

Chinas Griff nach der Welt S. 4 und 7



Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 14 – 5. April 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Trump holt zum Gegenschlag aus
Mueller-Report spaltet die Demokraten **2**

Deutschland

»Die Schere öffnet sich immer weiter«
Deutschlands Abiturprüflinge **3**

Hintergrund

Wie einst die USA
China ist auf dem besten Wege, Lateinamerika zu seinem »Hinterhof« zu machen **4**

Preußen / Berlin

Überlastete Justiz
Bund verspricht Abhilfe, doch Länder wittern eine Mogelpackung **5**

Ausland

Der Rächer aller Muslime
Erdogan verkalkulierte sich bei den Kommunalwahlen **6**

Kultur

Duisburg stellte sie nebeneinander
Lehmbruck und Rodin **9**

Geschichte

Wider den Zeitgeist
Vor 25 Jahren starb der Historiker Golo Mann **10**



Viel zu oft scheitert die Abschiebung abgelehnter Asylsucher: Immigranten vor dem Kölner Hauptbahnhof

Bild: Imago

Berlin blamiert sich

Dublin? Nur 0,1 Prozent der Illegalen kehrten 2018 nach Griechenland zurück

Die deutsche Politik blamiert sich abermals bei der Rückführung von Asylsuchern, weil Griechenland nicht mitspielt.

Diese Zahl wird vielen Deutschen die Zornesröte ins Gesicht treiben: 2018 hat Griechenland nur sechs Immigranten zurückgenommen, die über das Mittelmeer illegal nach Deutschland eingereist waren. Das sind nicht einmal 0,1 Prozent der mehr als 7000 Überstellungsersuchen, die Berlin in dem Jahr an Athen gestellt hat. Dabei ist die Rücknahme solcher Personen laut dem Dubliner Abkommen Pflicht.

Bei näherem Hinsehen jedoch relativiert sich die Schuldzuweisung an die Griechen. Zunächst hatte Athen der (immer noch sehr geringen) Zahl von 183 Rücknahmen zugestimmt. Dass dann nur sechs tatsächlich überstellt wur-

den, liegt daran, dass die Mehrzahl den üppigen deutschen Klageweg einschlug oder nicht an ihrer deutschen Meldeadresse angetroffen wurde. Dafür können die Griechen nichts.

Mehr noch: An dem absurden Verhältnis von sechs zu 7000 manifestiert sich ein politisches Versagen, dessen Wurzeln wohl eher in Deutschland als in Hellas zu suchen sind. Drei Faktoren sind es, die hier zu Buche schlagen.

Da ist das deutsche Asylrecht, das – einmalig in der Welt – theoretisch jedem Erdenbürger das einklagbare Recht einräumt, nach Deutschland zu kommen, sofern es ihm gelingt, eine Verfolgung in der Heimat glaubhaft zu machen. Dazu kommen Sozialleistungen,

die sogar dann noch gezahlt werden, wenn der Asylantrag abgelehnt wurde oder der Antragsteller in Deutschland kriminell wird.

Schließlich hat sich in der Welt herumgesprochen, dass Grenzkontrollen sowie Einreise- und Aufenthaltsrecht in der Bundesrepublik exzessiv gehandhabt werden und die deutsche Justiz der exorbitant angewachsenen Masse an Verfahren kaum noch gewachsen ist.

Das alles erzeugt einen Sogeffekt in den Armutsregionen der Welt. Länder wie Griechenland, Italien oder vor Jahren auch Ungarn waren oder sind es, die von der auf diese Weise losgetretenen Woge als erste erfasst werden. Dort kann man der deutschen

„Willkommenskultur“ jedoch wenig abgewinnen und ist nicht bereit, den eigenen Bürgern im Sinne des Wortes „grenzenlose“ Belastungen aufzuerlegen, um einem humanitären Größenwahn zu frönen.

Es klingt wie Hohn, wenn sich zum EU-Wahlkampf ausgerechnet die Grünen als fanatischste „Pro-Europa-Partei“ inszenieren. Sie stehen mit Kanzlerin Merkel an der ideologischen Spitze dieser destruktiven Politik, welche die EU eher auseinanderreibt als zusammenschweißt. Und sie begegnen den Skeptikern in anderen EU-Ländern mit jener beispiellosen Arroganz, die sie auch dem eigenen Volk gegenüber zeigen. Nur dass Bürger wie Politiker in Griechenland, Polen, Italien oder Ungarn sich dies nicht bieten lassen wollen.

Hans Heckel

Deutschland bleibt mit humanitärem Größenwahn allein

»Keinesfalls mehr – und das österreichweit einheitlich«

Innenminister Herbert Kickl fordert 1,50 Euro Stundenlohn für Hilfstätigkeiten im Staatsdienst von Asylbewerbern

Ein Entwurf des österreichischen Innenministers Herbert Kickl von der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) für einen bundeseinheitlichen Stundenlohn von 1,50 Euro für sogenannte Remunerantentätigkeiten ist vorletzten Montag im österreichischen Parlament in Begutachtung gegangen. Remunerantentätigkeiten sind Hilfstätigkeiten von Asylwerbern im Auftrag von Bund, Ländern, Gemeinden, Gemeindeverbänden und zu den Kommunen gehörenden Einrichtungen. Dies betrifft etwa Garten- und Hausarbeiten oder Transportdienste. Remunerantentätigkeiten sind Asylsuchern sofort nach dem Stellen eines Asylantrags möglich.

Ansonsten muss der Asylsucher drei Monate warten, bevor er eine Tätigkeit in einem Mangelberuf wie beispielweise Saisonarbeiter im Tourismus oder Erntehelfer annehmen darf. Dasselbe gilt für Tätigkeiten als Haushaltshilfe mit Dienstleistungsscheck oder als Selbstständiger.

Der Stundenlohn für Remunerantentätigkeiten wird bislang durch die beauftragende Körperschaft festgelegt und fällt dementsprechend unterschiedlich hoch aus. Nun soll er bundesweit einheitlich sein. Für Hilfstätigkeiten im Auftrag des Bundes gibt es bisher einen Stundensatz von 1,60 Euro, für Arbeit im Auftrag von Ländern und Gemeinden zum

Teil deutlich mehr und zwar teilweise über fünf Euro pro Stunde. Insgesamt können monatlich bis zu 110 Euro plus 80 Euro für jedes weitere Familienmitglied des Asylwerbers verdient werden, ohne

ein Ende zu setzen, sollen Asylbewerber für Remunerantentätigkeiten in Zukunft 1,50 Euro pro Stunde erhalten, „keinesfalls mehr – und das österreichweit einheitlich“, wie Kickl in der Begründung der

Asylbewerber sollen in den ersten drei Monaten nicht mehr Geld pro Stunde bekommen als Zivil- und Wehrdienstleistende

Einbußen bei der Grundversorgung befürchten zu müssen.

Dass manche Körperschaften damit mehr als für Zivil- und Grundwehrdiener auszahlen, kritisiert der Innenminister. Um dem

von ihm vorgelegten Verordnungsermächtigung unterstreicht. Die Begutachtung soll zu Ostern abgeschlossen sein.

Kritik an der Verordnungsermächtigung übten die im National-

rat vertretenen Oppositionsparteien Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) und NEOS sowie die Grünen. Sie fordern, dass Asylwerbern auch für Hilfstätigkeiten ein höherer Lohn zustehen sollte.

Dem entgegnete Bundeskanzler Sebastian Kurz von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), dass es sich bei der einheitlichen Bezahlung von 1,50 Euro pro Stunde um kein Erwerbseinkommen und damit keinen Lohn im eigentlichen Sinne handele, sondern um eine „Belohnung“ für jene Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren. Kurz erläuterte, dass dieser Regelung jene des Zivildienstes zugrunde liege. Außerdem befänden sich die Betroffenen in der Grundversor-

gung. Somit werde ihnen Wohnung, Verpflegung und anderes zur Verfügung gestellt. Er wolle diese Belohnung nicht mit einem Erwerbseinkommen vergleichen, weil das nicht die Intention sei – sonst schaffe man einen Billiglöhnbereich, so Kurz.

„Ähnliches habe ich schon 2016 gefordert, mit der SPÖ war dies aber nicht zu machen“, schrieb Kurz in einer Stellungnahme. Dieser hatte noch in seiner Funktion als Außen- und Integrationsminister im August 2016 verpflichtende gemeinnützige Ein-Euro-Jobs für Asylsucher gefordert, was die SPÖ unter dem damaligen Bundeskanzler Christian Kern ablehnte.

Michael Link

MELDUNGEN

Guaidós Vertreter nicht akkreditiert

Berlin – Die Bundesregierung erkennt den Gesandten des selbsternannten venezolanischen Übergangspräsidenten Juan Guaidó nicht als Botschafter an. Wie das Auswärtige Amt erklärte, habe die Bundesregierung den von Guaidó entsandten Otto Gebauer am 13. März 2019 erstmals „als persönlichen Vertreter von Interimspräsident Guaidó“ empfangen, mit dem man politische Gespräche führe. Weitere Schritte wie eine Akkreditierung Gebauers als Botschafter seien nicht geplant. Vor allem Spanien hatte in der EU darauf hingewirkt, dass die Repräsentanten Guaidós in der EU keinen Diplomatenstatus und keinerlei Vorrechte erhalten sollten. J.H.

Union stützt Minderheiten

Berlin – Die Vorstände von CDU und CSU haben auf einer gemeinsamen Sitzung ihr Programm für die Wahl zum EU-Parlament verabschiedet. Darin heißt es: „Unser Europa und seine Mitgliedstaaten achten die sprachlichen und kulturellen Rechte und Identitäten der Volksgruppen und Minderheiten in ihren angestammten Heimat- und Siedlungsgebieten. Daher setzen wir uns für den Schutz aller Sprachen in Europa ein. Darüber hinaus wollen wir die Nutzung der deutschen Sprache in Europa und in den EU-Institutionen stärken. Die deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler sowie die deutschen Volksgruppen in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa haben eine wichtige Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit Deutschlands mit den östlichen Nachbarstaaten und beim weiteren Zusammenwachsen unseres Europas. Auch die jüngere europäische Geschichte macht deutlich, dass Vertreibungen jeder Art international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden müssen.“ J.H.

Regierung bleibt bei »Hetzjagden«

Berlin – Die Bundesregierung hat ihre Einschätzung zu den Vorfällen in Chemnitz vom 26. August 2018 in einer Antwort auf eine Große Anfrage der AfD-Fraktion bekräftigt. Diese fuße „auf der Berichterstattung in den Medien“. Dazu zählten Videoaufnahmen, die zeigten, wie Personen aus einer Gruppe heraus Menschen beschimpften und in die Flucht jagten. Damit hätten Bundeskanzlerin Angela Merkel und Regierungssprecher Steffen Seibert von den Vorfällen als von Hetzjagden sprechen können. Andere Quellen als die Medienberichterstattung hatte die Bundesregierung nach eigenen Angaben nicht ausgewertet, weshalb ihr auch keine „über die Presseberichterstattung hinausgehenden Erkenntnisse“ vorlägen. Die Bundesregierung sieht dennoch „keinen Widerspruch“ zu der Einordnung der Polizei, des sächsischen Generalstaatsanwalts und des Ministerpräsidenten, die erklärt hatten, nach dem vorliegenden Videomaterial und den daraus gewonnenen Erkenntnissen habe es keine Hetzjagden gegeben. Auf die Frage, ob die Kanzlerin bereit sei, „sich öffentlich bei den Bürgern Deutschlands, Sachsens und der Stadt Chemnitz für den entstandenen Imageschaden zu entschuldigen, falls sie ihre Tatsachenbehauptungen nicht umgehend durch zweifelsfreie gerichtliche Beweise belegen kann“, ließ sie mitteilen, dafür bestehe „kein Anlass“. J.H.

Trump holt zum Gegenschlag aus

Mueller-Report spaltet die Demokraten und drängt sie in die Defensive

Zwei Jahre lang warteten die US-Demokraten auf den Bericht des Russlandermittlers Robert Mueller. Er sollte den amerikanischen Präsidenten Donald Trump zu Fall bringen. Doch es kam anders.

„Wenn mich Leute schlecht oder unfair behandeln oder versuchen, mich auszunutzen, war es mein ganzes Leben lang mein Prinzip, sehr hart zurückzuschlagen“, schrieb Trump bereits Ende

gen“. Die Hoffnungen der Demokraten, der Präsident würde als krimineller Hochstapler entlarvt, der nur von Russlands Gnaden im Weißen Haus sitze, platzten wie eine Seifenblase.

Man habe keine Beweise für eine Verschwörung des Trump-Teams mit Russland gefunden, um gemeinsam die US-Präsidentschaftswahlen 2016 zu manipulieren, lautet die zentrale Botschaft. Allerdings habe Moskau maßgeblich

trug noch mit Wissen Trumps und dessen Wahlkampfstabs gehandelt haben. Zur Frage, ob Trump die Justiz dabei behindert habe, festzustellen, ob es russischen Einfluss gegeben habe, traf Mueller keine Festlegung, sondern legte Indizien dafür und dagegen vor. Barr kam auf Grundlage dieser Indizien zu dem Schluss, dass dem Präsidenten auch in diesem Punkt keine strafrechtlichen Vorwürfe zu machen seien.

wollen den Druck auf Trump aufrechterhalten. Dazu gehören unter anderem Elijah Cummings, Vorsitzender des Kontrollausschusses, und Jerry Nadler, Vorsitzender des Justizausschusses. Der Streit um eine öffentliche Einsicht in den tatsächlichen Mueller-Report könnte bis zum Obersten Gerichtshof gehen und zu einer US-Verfassungskrise führen. Der gesamte Report ist unter Verschluss, liegt nicht einmal dem Weißen Haus vor.

der „Washington Post“. Trumps Anwalt, der frühere New Yorker Bürgermeister Rudy Giuliani, kündigte an, die Drahtzieher der „erfundenen“ Russland-Vorwürfe vor Gericht zu ziehen: „Wer hat sich das ausgedacht? Wer hat das bezahlt? Das sind die Fragen, auf deren Antwort die Menschen ein Anrecht haben.“

Die Stimmung in den USA ist aufgeheizt, und das bezieht sich nicht nur auf die Politiker. Es gibt kaum noch ein Medium, das sich als unparteiisch bezeichnen kann. Die „Mainstream-Medien“ spielten sich als „wirkliche Oppositionspartei“ auf, twitterte der Präsident erbost und konterte: „Die Mainstream-Medien sind unter Beschuss und werden weltweit als korrupt und verlogen verachtet. Sie haben immer gewusst, dass es keine Verschwörung gegeben hat, und dennoch zwei Jahre lang die Russland-Connection gepusht.“ Und Sean Hannity, Kommentator des Trump-nahen Senders Fox kommentierte unverblümt: „Wir werden jeden Beamten des Schattenstaats, der seine Macht missbraucht hat, zur Rechenschaft ziehen“, und bezog sich dabei auf Hinweise auf die weit verbreitete Verschwörungstheorie, dass es einen „Deep State“ (tiefen Staat) gebe, der Trump stürzen wolle. „Wir werden jeden Lügner in den Fake-News-Medien zur Rechenschaft ziehen. Wie werden jeden Lügner im Kongress zur Rechenschaft ziehen.“

Die Wahlkampfstrategen Trumps schickten einem Bericht der Tageszeitung „Die Welt“ zufolge eine Mail an alle TV-Sender mit den Namen prominenter Demokraten und der Forderung, diesen nicht länger ein Forum zu bieten. Darunter finden sich namhafte Trump-Kritiker wie Senator Richard Blumenthal sowie die Kongressabgeordneten Nadler, Adam Schiff, Vorsitzender des Geheimdienstsausschusses, Eric Swalwell sowie Tom Perez, Vorsitzender des Democratic National Committee, der Organisation der Bundespartei der Demokraten, und Ex-CIA-Direktor John Brennan. Die von ihnen angezielte Kampagne sei „ein politisches Attentat auf die USA“ gewesen. Peter Entinger



Urplötzlich wieder in der Favoritenrolle für die nächste Präsidentenwahl 2020: Donald Trump

Bild: Imago

der 80er Jahre in seinem Buch „The Art of the Deal“. Daran hat sich offenbar bis heute nichts geändert. Seine Gegner, in diesem Fall die oppositionellen Demokraten, bezeichnete er als „Feinde des Volkes“.

Vorletzten Woche präsentierte US-Justizminister William Barr eine vierseitige „Zusammenfassung“ des Russlandberichts des Sonderermittlers Robert Mueller mit „prinzipiellen Schlussfolgerun-

gen über soziale Medien eine Desinformationskampagne betrieben, um die US-Präsidentschaftswahlen 2016 „zu beeinflussen“. Zugleich habe die russische Regierung Computer und E-Mails der Demokraten gehackt, und zwar „mit Erfolg“, und das so gestohlene Material über diverse Mittelsmänner veröffentlicht, darunter die Enthüllungsplattform WikiLeaks. Die entscheidende Botschaft lautet allerdings, dass sie dabei weder im Auf-

trug noch mit Wissen Trumps und dessen Wahlkampfstabs gehandelt haben. Zur Frage, ob Trump die Justiz dabei behindert habe, festzustellen, ob es russischen Einfluss gegeben habe, traf Mueller keine Festlegung, sondern legte Indizien dafür und dagegen vor. Barr kam auf Grundlage dieser Indizien zu dem Schluss, dass dem Präsidenten auch in diesem Punkt keine strafrechtlichen Vorwürfe zu machen seien.

Das große Problem der Opposition besteht darin, dass Trump in weiten Teilen des Landes nicht so unbeliebt ist, wie sie geglaubt hat. Und die Mehrheitsbevölkerung ist zunehmend genervt vom politischen Dauer-Knatsch. Denn auch die regierenden Republikaner gossen unmittelbar nach Veröffentlichung des Mueller-Reports eifrig Öl ins Feuer. „Wir werden das nicht hinter uns lassen“, erklärte Trump-Berater David Bossie gegenüber

Einer ist mit seinem Latein noch nicht am Ende

Geert Wilders wird bei Regionalwahlen in den Niederlanden von einem rechten Intellektuellen überholt

Bei den Provinzwahlen in den Niederlanden wurde die erst 2016 gegründete EU-skeptische, nationalkonservative Partei Forum voor Democratie (FvD), geführt von dem erst 36 Jahre alten Juristen Thierry Baudet, aus dem Stand heraus mit fast 15 Prozent stärkste Kraft. Die FvD konnte auch die rechte Konkurrenz von Geert Wilders und seiner PVV halbieren, die in Zukunft nur noch siebtstärkste politische Kraft in Holland ist.

Zwei Tage nach dem schlimmen Terroranschlag eines türkischstämmigen Terroristen mit drei Toten und fünf Schwerverletzten in einen öffentlichen Bus in Utrecht, der stundenlang das ganze Land gelähmt und die Bevölkerung in große Angst versetzt hatte, war allen klar, dass alle Wahlprognosen nichts mehr gelten würden. Es siegte eine Partei, die es bei den letzten Provinzwahlen nicht einmal gab, und die auf Anheb zur stärksten Gruppierung der Niederlande wurde.

Durch das überraschende Ergebnis der FvD gingen die Zahlen der übrigen Parteien fast unter. Die Grünen waren die zweiten großen Gewinner des Abends, sie konnten die Zahl ihrer Sitze mehr als ver-



Von Presseleuten umlagerter Wahlsieger: Thierry Baudet Bild: pa

doppeln und sind zusammen mit den Christdemokraten drittstärkste Kraft. Dagegen halbierten sich die linken und sozialdemokratischen Parteien noch einmal, besonders stark die linke SP und die linksliberale D66.

Der Anschlag von Utrecht hatte die Stimmung im Land noch einmal stark verändert. Zwar war das Motiv des mitmaßlichen Täters zum Wahlzeitpunkt noch ungeklärt, aber die Art und Weise des

Tätergangs deuteten auf ein Terror- oder Hassverbrechen mit islamistischem Hintergrund hin.

Baudet hatte als einziger Politiker nach dem Anschlag von Utrecht seinen Wahlkampf nicht unterbrochen. Immigration aber ist nicht das einzige Thema, das ihm Wähler beschert hat. Baudet, der an der menschengemachten Erderwärmung zweifelt, kann damit viele überzeugen, seine Anhänger vertrauten weder den For-

schungseinrichtungen noch den Behörden.

Der Sieg der FvD hat viel mit der Person ihres Spitzenkandidaten zu tun. Baudet ist ein charismatischer Medienliebhaber, der den „Next“ anstrebt – den Exit der Niederlande aus der Europäischen Union. Der rechtskonservative Politiker vertritt ganz ähnliche Positionen wie Geert Wilders: gegen Immigration, gegen die EU, gegen Klimaschutz.

Während Wilders volksnah auftritt und sich in der Sozialpolitik nicht vor klassisch linken Positionen scheut, gibt Baudet den Intellektuellen. Er spielt Klavier und spricht fließend Latein, zuweilen sogar im Parlament. Damit konnte er sogar der PVV viele Anhänger abjagen. 30 Prozent seiner neuen Wähler kommen von Wilders.

Zusammen mit der seit 2006 existierenden PVV, die von 11,6 auf 6,9 Prozent abrutschte, bekamen die Rechtskonservativen im Land 21,3 Prozent der Stimmen, ein Rekord in der Parlamentsgeschichte. Dabei ist der 2012 promovierte Rechtsphilosoph erst seit 2009, als er Jean-Marie Le Pen besuchte, politisch aktiv.

Baudet wählte für seinen Wahlsieg große Worte: „Wir sind zur

Front gerufen worden, weil unser Land uns braucht“, sagte er am Wahlabend. Die nächste Herausforderung für Baudet wird die Europawahl sein, an der seine Partei teilnimmt.

Für den niederländischen Senat, dessen Abgeordnete von den Provinzparlamenten gewählt werden, hat das Wahlergebnis schwerwiegende Folgen. Die Regierungsparteien haben ihre Mehrheit im Senat verloren, dadurch wird es für sie viel schwieriger, neue Gesetze zu verabschieden. Der Senat (die „Erste Kammer“) hat zwar weniger Macht als die „Zweite Kammer“ des Parlaments, er kann aber wie der Bundesrat die Gesetzgebung blockieren.

Kurz nach dem überraschenden Wahlerfolg von Baudet rief ein Islam-Dozent der Universität von Utrecht indirekt zum Mord an ihm auf. Er fragte auf seiner Facebook-Seite: „Volkert, wo bist du?“ Volkert van der Graaf war der Mörder des 2002 ermordeten rechtskonservativen Politikers Pim Fortuyn. Volkert ist nach Verbüßung von zwei Dritteln seiner 18-jährigen Haftstrafe im Jahr 2014 vorzeitig entlassen worden, muss aber seitdem eine elektronische Fußfessel tragen. Bodo Bost

Die Schere öffnet sich immer weiter

Die Zahl der Schüler wächst, die entweder beim Abitur durchfallen oder aber sehr gute Noten bekommen

Während seit einigen Wochen freitags Tausende Schüler mit dem Wohlwollen von Politik und Medien die Schule schwänzen, um für eine veränderte Klimapolitik zu demonstrieren, sorgen neue Zahlen für Aufsehen, denen zufolge immer mehr junge Menschen entweder das Abitur nicht schaffen oder aber mit sehr guten Noten ablegen.

Während im Abiturjahrgang 2009 laut Kultusministerkonferenz noch 2,39 Prozent der Schüler durchfielen, waren es 2017 schon 3,78 Prozent. Für 2018 liegen noch nicht aus allen Bundesländern Zahlen vor, die Tendenz zeigt allerdings, dass in vielen Ländern die Durchfaller-Quote abermals angestiegen ist. Besonders hoch ist sie in Mecklenburg-Vorpommern, wo 2017 etwa jeder 14. Abitur-Prüfling scheiterte. Experten kritisieren, dass Schüler schlechte Leistungen vor dem Abitur zu einfach ausgleichen könnten – in der Prüfung dann aber nicht mehr.

Susanne Lin-Kitzing, die Bundesvorsitzende des Philologenverbands, vermutet hinter dem vermehrten Durchfallen ein prinzipielles Lernproblem. So seien es Schüler schlicht nicht gewohnt, sich über einen längeren Zeitraum kontinuierlich auf eine Prüfung vorzubereiten. „Was ich will, ist, dass gute Leistung gut bewertet wird, sehr gute Leistung sehr gut, aber nicht ausreichende Leistung eben auch nicht ausreichend“, erklärte sie gegenüber dem Berliner „Tagespiegel“. Lin-Kitzing sieht Fehler in der grundsätzlichen Ausrichtung. „Im Abitur zeigt sich die Frucht von kontinuierlichem Lernen und kontinuierlichem Leisten“, erklärte sie. Schülern werde diese Kontinuität aber nicht abgefordert, manche würden bereits ab der Unter- und Mittelstufe nur versetzt, weil sie schlechte Leistungen in einem Fach durch gute in einem anderen Fach ausgleichen könnten. „Nur im Abitur müssen Mathe, Deutsch und eine Fremdsprache verbindlich bestanden werden, da hilft kein Ausgleich mehr“, sagt die Erziehungswissenschaftlerin.

„Wir dürfen ein systematisches Scheitern nicht zulassen“, sagt Maike Finnen, stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Nordrhein-Westfalen der „Rheinischen Post“. Die gestiegenen Durchfallquoten würden belegen, dass der Bildungserfolg auch vom Elternhaus abhängt. „Diejenigen mit Unterstützung von zu Hause schaffen es eher als die ohne.“ Deswegen

möglicherweise auch daran, dass es immer mehr versuchen. Laut dem Statistischen Bundesamt lag im Jahr 2017 der Anteil der 20- bis 24-Jährigen mit Abitur bei 53 Prozent. Unter den 60- bis 64-Jährigen verfügte laut der Statistikbehörde dagegen nur knapp ein Viertel über eine Fachhochschul- oder Hochschulreife.

Das grundsätzliche Problem könnte dabei im Schulsystem lie-

gen. Fast jeder vierte Abiturient hatte 2017 eine 1 vor dem Komma.

Das verdeutliche die Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom Elternhaus der Kinder, sagt der Vorsitzende des Verbands Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann. Bei der einen Gruppe könnten die Eltern die notwendige Förderung und Unterstützung privat organisieren, die anderen fie-

erennen, aber am Ende ist mal ein Land besser und mal ein Land schlechter“, sagte er dem „Mitteldeutschen Rundfunk“.

Auch andere Experten machen gesunkene Anforderungen für den Anstieg an Einser-Abiturienten verantwortlich. „Man braucht mittlerweile weniger als die Hälfte der Anforderungen in einem Test oder einer Klausur und hat bestanden. Auch für eine sehr gute



Auch ihre Anzahl hat zugenommen: Junge Menschen, die sich der Abiturprüfung stellen

Bild: pa

müsse man gerade an den Gymnasien für mehr Fördermöglichkeiten sorgen. Da mache sich aber der Ressourcenmangel bemerkbar. „Schulen müssten besser ausgestattet, Lehrer mehr unterstützt und geschult werden. Der Druck für die Schüler und die Erwartungshaltung an sie sind sehr hoch“, sagt Finnen. Das dürfe nicht allein an ihnen hängen bleiben.

Dass immer mehr Schüler das Abitur nicht bestehen, liegt aber

gen. In Deutschland werden die Kinder sehr früh auf unterschiedliche Schulformen aufgeteilt. Die frühe Aufteilung führe dazu, dass viele Eltern ihr Kind um jeden Preis an einem Gymnasium anmelden oder die Schulen zu einer Gymnasialempfehlung drängen.

Doch nicht nur die Zahl der sehr schlechten Schüler, auch die der sehr guten scheint zuzunehmen. So wird bundesweit inzwischen häufiger die Note 1,0 ver-

len „durch den Rost“. „Die Schere öffnet sich immer weiter“, erklärte Beckmann.

Für Torsten Heil, Pressesprecher der Kultusministerkonferenz, lässt sich der Anstieg der Bestnoten nicht auf einen einzelnen Grund beschränken. Möglicherweise habe es etwas mit den neuen bundeseinheitlichen Standards zu tun. Der Anstieg der Bestnoten sei außerdem nur gering. „Es ist zwar eine Tendenz der Verbesserung zu

Punktzahl braucht man mittlerweile weniger gute Ergebnisse, als beispielsweise in der achten oder neunten Klasse, um eine Eins zu bekommen“, sagte Thomas Langer, Chef des Philologenverbands Sachsen. „Wir müssen uns gegen den Bundestrend wenden, indem wir konsequent Leistung einfordern. Es muss nicht jeder das Gymnasium besuchen, es braucht nicht jeder Abitur“, erklärte Langer. Dieter Barbian

»Geeignete Maßnahmen«

OVG Münster zwingt Berlin, US-Drohneinsätze zu untersuchen

Angehörige von Opfern von US-Drohnenangriffen in Somalia und Jemen verklagen die Bundesrepublik wegen deren logistischer Hilfe bei US-Drohnenangriffen. Die Kläger behaupten, dass die tödlichen Angriffe in ihren Heimatländern von der in Deutschland liegenden US-amerikanischen Ramstein Air Base gesteuert worden seien. Sie werfen der Bundesrepublik vor, bei den tödlichen Drohnenangriffen ihre Schutzpflichten aus dem Grundgesetz verletzt zu haben.

Das US-Militär bekämpft in Somalia und Jemen die radikal-islamischen Milizen Islamischer Staat und al-Shabaab (die Jugend) mit geheimen Drohnenangriffen. Im vergangenen Jahr kamen nach Informationen der „New York Times“ allein in Somalia bei insgesamt 47 Angriffen 326 Menschen ums Leben. In diesem Jahr dürfe diese Zahl stark ansteigen. Bereits in den ersten beiden Monaten wurden 225 Menschen getötet.

Deutsche Gerichte haben in diesen islamischen Kriegsgebieten keine Möglichkeiten, Behauptungen nachzuprüfen oder gar vor Ort zu ermitteln. Auch von den US-Streitkräften werden deutsche Behörden wohl kaum Material bekommen, um die Anschuldigung

nachzuprüfen, immerhin sind die US-Luftwaffenstützpunkte eine Art extraterritoriales Gebiet. Auf den von den Klägern vorgelegten Fotos, die als Beweismaterial für die Angriffe gelten sollen, sind jedoch verdächtigweise neben zerstörten Häusern und getöteten Menschen auch zerbombte Tanklastfahrzeuge und Lastkraftwagen zu sehen, in den kaum zugänglichen



Steht ihre Nutzung durch die USA für Drohneinsätze im Einklang mit dem Völkerrecht? Ramstein Air Base

Bild: United States Air Forces in Europe

Buschgebieten Somalias eher ungewöhnlich.

Nichtsdestotrotz haben drei Kläger aus dem Jemen vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster einen Teilerfolg mit einer Klage zu US-Drohneinsätzen erzielt. Das Gericht verurteilte die Bundesrepublik dazu, sich durch „geeignete Maßnahmen“ zu vergewissern, ob eine Nutzung der US Airbase in Ramstein durch die

USA für Drohneinsätze im Jemen im Einklang mit dem Völkerrecht stattfindet. Erforderlichenfalls müsse die Bundesrepublik bei den Vereinigten Staaten auf die Einhaltung des Völkerrechts hinwirken, urteilten die Richter. Die Forderung der Kläger, die Nutzung der Airbase Ramstein für bewaffnete Drohneinsätze zu unterbinden, wies das Gericht jedoch ab.

Es ist damit zu rechnen, dass mit der Zunahme dieser Art von Cyber-Kriegführung in den letzten Monaten die Flut von Prozessen in Deutschland noch zunehmen wird. Für die Vereinigten Staaten erhalten die Kläger keine Einreise. Deshalb finden die Prozesse in Deutschland statt und nicht in dem Land, das verantwortlich für die Angriffe ist. Bodo Bost

Wider die EU-Skeptiker

CDU und CSU rüsten zum Wahlkampf für die Europawahl

Vereint im Kampf gegen sogenannte Rechtspopulisten ziehen CDU und CSU in den Europawahlkampf. Die Forderung nach noch mehr EU lautet der gemeinsame Nenner. Die Strategen in München und Berlin glauben, dass das Täuziehen um den EU-Austritt Großbritanniens ihnen in die Karten spielen werde. Leitlinie sei das Engagement gegen die Bedrohung der EU durch Populisten von links und rechts sowie gegen Nationalisten, erklärte die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer. Es sei die gemeinsame Aufgabe, Europa nicht zum Spielball fremder Mächte werden zu lassen. Man brauche ein starkes und geeintes Europa, damit die USA oder China nicht allein die weltweiten Spielregeln bestimmen könnten, sagte sie bei der Vorstellung des gemeinsamen Wahlprogramms.

Von einer „Richtungsentscheidung“ sprach CSU-Generalsekretär Markus Blume: „Die Zukunft unseres Kontinents steht auf dem Spiel.“ Europa befinde sich weltweit in einem Systemwettbewerb. „Die Zeiten, in denen wir uns auf andere verlassen konnten, sind vorbei“, mahnte er. „Wir müssen deutlich machen: Wir in Europa nehmen

unser Schicksal selbst in die Hand.“ Die Zielrichtung der Attacken ist klar. Hauptfeind der Christdemokraten sind die sogenannten Rechtspopulisten, die je nach Lesart entweder von Russland finanziert würden oder – wie neuerdings Italien – mit China kungelten. Wer ein Chaos wie in England verhindern wolle, dürfe auf keinen Fall die Alternative für Deutschland wäh-



Manfred Weber Bild: Michael Lucan

len, erklärte der CSU-Vorsitzenden Markus Söder, verschwiege dabei allerdings, dass die AfD einen „Dexit“, also einen Austritt Deutschlands aus der EU, nur als Ultima Ratio auf der Agenda stehen hat. Die Union hingegen präsentiert sich als Wahrer der europäischen Idee. Während auf der linken Seite ein „Verbot und Umverteilungseuropa“ gefordert werde, wolle die andere Seite mit nationalistischen Tö-

MELDUNGEN

Gender-Sprache unwichtig

Berlin – Eine klare Mehrheit der Deutschen hält die Einführung einer „geschlechtsneutralen Sprache“ („Gender-Deutsch“) für überflüssig. Dies ergab eine Umfrage des Instituts Insa-Consulere im Auftrag des Vereins Deutsche Sprache. Während mehr als 60 Prozent der Befragten „gendergerechte“ Sprache für die Gleichstellung der Frau für „sehr“ oder „eher unwichtig“ halten, glauben nicht einmal 28 Prozent, dass die „Gender-Sprache“ für die Emanzipation „sehr“ oder „eher wichtig“ sei. Die Übrigen antworteten mit „weiß nicht“ oder „keine Angabe“. Interessant: Selbst unter den Anhängern der Grünen halten gut 60 Prozent die „geschlechtergerechte“ Sprache für unwichtig. H.H.

Schulverbot für AfD-Kinder

Berlin – Privatschulen dürfen die Kinder von AfD-Politikern ablehnen. Diese Auffassung vertritt die Berliner Schulverwaltung in einem Rechtsgutachten, nachdem sich eine Waldorfschule geweigert hatte, das Kind eines AfD-Abgeordneten aufzunehmen (die PAZ berichtete). Zwar schreibe das Schulgesetz vor, jeder habe das Recht auf „diskriminierungsfreie“ schulische Bildung, ungeachtet der „religiösen oder politischen Anschauungen“. Dies gelte aber nicht für Privatschulen, so das Ergebnis der behördeninternen rechtlichen Prüfung. Auch liege kein Verstoß gegen die Diskriminierungsverbote im Landesschulgesetz und im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz vor. Unzulässig seien demnach Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder ethnischen Herkunft. Die Aufnahme dürfe aber „durchaus aus Gründen unterschiedlicher Weltanschauung“ abgelehnt werden. Dass die Ablehnung in diesem Fall nur aufgrund der politischen Einstellung des Vaters erfolgte, sei „unerheblich“. J.H.

Zeitzeugen



Oliver Stuenkel – Aus der Sicht des Professors für Internationale Beziehungen am Fundação Getulio Vargas in São Paulo bedroht die wirtschaftliche Einflussnahme Chinas auf Mittel- und Südamerika „die politische Freiheit des Kontinents“. Allerdings habe Peking im Gegensatz zu den anderen Großmächten auch „eine Vision für Lateinamerika“ – und das öffne viele Türen zwischen Mexiko-Stadt und Santiago de Chile.

Matt Ferchen – Der China-Experte vom Carnegie-Tsinghua Center for Global Policy in Peking wundert sich, dass die Regierungen Lateinamerikas die wachsende Einflussnahme Pekings so gelassen hinnehmen: „Gegen China macht keiner den Mund auf.“ Würden die Europäer oder gar die USA so vorgehen, hätte es längst einen regelrechten Aufstand gegeben.



Mauricio Macri – Bevor der Unternehmer im November 2015 zum Staatspräsidenten Argentiniens gewählt wurde, hatte er versprochen, den durch China finanzierten Bau von zwei riesigen Staudämmen am Rio Santa Cruz in Patagonien zu stoppen. Diese Zusage brach Macri allerdings kurz nach seinem Amtsantritt wegen der Drohung Pekings, kein Geld mehr für andere Infrastrukturprojekte in Argentinien bereitzustellen.

Enrique Dussel Peters – Die asymmetrischen Handelsbeziehungen zwischen China und Lateinamerika sind für den Professor im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universidad Nacional Autónoma de México eine ernsthafte Gefahr für die Entwicklung auf dem Subkontinent. Andererseits – so Peters – verleihe Chinas Präsenz den Staaten dort aber auch mehr Freiheit: „Hat ein Land Probleme mit den USA, kann es sich China zuwenden.“



Barack Hussein Obama – Während der Amtszeit des 44. US-Präsidenten rückte Lateinamerika sukzessive aus dem Fokus Washingtons. Denn Obamas außenpolitische Strategie zielte vorrangig darauf ab, lokale Machthaber in Asien als Verbündete gegen China zu gewinnen. Allerdings drehte Peking den Spieß sehr bald um und machte den „Hinterhof“ der USA zu seinem Einflussgebiet.

Wie einst die USA

China ist auf dem besten Wege, Lateinamerika zu seinem »Hinterhof« zu machen

Lateinamerika stand lange unter der Fuchtel der Kolonialmächte Spanien und Portugal, bevor es dann zum „Hinterhof“ der USA mutierte. Jetzt scheinen Mittel- und Südamerika sukzessive in die Abhängigkeit von China zu geraten.

China ist heute der größte Geldgeber von Ländern wie Brasilien, Venezuela und Ecuador. Diese und andere lateinamerikanischen Staaten erhielten von Peking in den letzten zehn Jahren Kredite in Höhe von über 200 Milliarden US-Dollar – weit mehr, als die Weltbank und der Internationale Währungsfonds in dem Zeitraum bereitstellten. Inzwischen steht alleine schon Brasilien mit 90 Milliarden in der Kreide.

Außerdem investierte die Volksrepublik auch gewaltige Summen in die Infrastruktur der Region, unter anderem, um diese an die Handelsrouten von und nach China anzubinden. Anfang 2015 hatte Staats- und Parteichef Xi Jinping angekündigt, Peking werde in den

folgenden vier Jahren weitere 250 Milliarden Dollar hierfür bereitstellen – und genau so geschah es dann auch.

Nicht zuletzt deshalb stieg das Handelsvolumen zwischen dem Reich der Mitte und Lateinamerika zwischen 2002 und 2017 von 17 auf 257 Milliarden Dollar. Dadurch avancierte China zum wichtigsten Handelspartner von Brasilien, Chile, Argentinien und Peru. Dabei importiert die Volksrepublik vor allem Rohstoffe und nutzt Mittel- und Südamerika als Absatzmarkt für seine Industrieprodukte.

Die Expansion Chinas in Richtung Lateinamerika wurde möglich, weil sowohl die USA als auch die Europäische Union sich immer weniger in der Region engagierten, sodass ein Machtvakuum entstand, das Peking zu seinen Gunsten nutzte. Die daraus resultierenden Konsequenzen sind

dramatisch. Bei der Einhaltung von Sicherheits-, Sozial- und Umweltstandards ist China alles andere als Weltspitze, was die lateinamerikanischen Regierungen aber in aller Regel ignorieren oder tolerieren. Für sie ist es wichtiger, dass Peking seine Entwicklungshilfe nicht mit politischen Forderungen verknüpft – insbesondere im Hinblick auf die inneren Angelegenheiten der Empfängerstaaten. Hingegen erwartet es wie andere Geberstaaten Rücken-

deckung auf dem internationalen Parkett. So zum Beispiel in der Taiwan-Frage. Mittlerweile haben die Dominikanische Republik, El Salvador und Panama bereits ihre diplomatischen Beziehungen zu Taipeh abgebrochen – und weitere lateinamerikanische Staaten wie Guatemala, Honduras, Nicaragua und Paraguay werden sicher bald folgen. Dadurch gerät die von Peking als abtrünnig ge-

Vereinzelt ist das Militär dem Handel bereits gefolgt



Auch von China finanziert: Bau der Staudämme Condor Cliff und La Barrancosa im argentinischen Teil von Feuerland

Bild: Imago

Chinas Panamakanal

El Gran Canal gehört zu Pekings größten Infrastrukturprojekten

Um den Abbau wie Abtransport lateinamerikanischer Rohstoffe zu gewährleisten und bei der Bevölkerung wie den Regierungen der Region an Ansehen zu gewinnen, finanziert die Volksrepublik dort zahlreiche Infrastrukturprojekte. Dazu zählen die beiden Staudämme Condor Cliff und La Barrancosa im argentinischen Teil von Feuerland. Die sollen Strom für Buenos Aires und die anderen großen Städte im Norden, aber auch für in chinesischer Hand befindliche Kupferbergwerke erzeugen – das Vorhaben wird von Peking mit 4,7 Milliarden US-Dollar unterstützt.

Viel Geld steckt das Reich der Mitte zudem in die Verkehrswege und -anlagen Süd- und Mittelamerikas. So zum Beispiel in den Häfen von São Luis do Maranhão in Nordbrasilien. Dort liegt

die Investitionssumme bei einer reichlichen halben Milliarde Dollar.

Das sind allerdings Peanuts im Vergleich zur geplanten Bahnstrecke vom brasilianischen Atlantik-Hafen Santos bei São Paulo zum peruanischen Hafen Ilo am

Investitionen in den Rohstoffabbau und -abtransport

Pazifik. Die 3755 Kilometer lange Südamerikanische Transkontinentalbahn (Corredor Ferroviario Bioceánico Central) soll rund 60 Milliarden Dollar kosten, wobei der Löwenanteil wiederum von China käme. Durch Eisenbahnlinie würde auch die Bolivien führen, an dessen strategisch

wichtigen Lithiumvorkommen China wachsendes Interesse zeigt.

Als ein ähnlich ehrgeiziges Vorhaben gilt der Nicaragua-Kanal (El Gran Canal), der als Konkurrenz zu dem von den USA kontrollierten Panamakanal gedacht ist und dessen Bau weitere 50 Milliarden Dollar verschlingen dürfte. Die will das Hongkonger Konsortium HKND Group bereitstellen, um dann später den 278 Kilometer langen Kanal 100 Jahre lang in Eigenregie betreiben zu können.

Zwar gibt es einigen Widerstand gegen all diese Projekte – entweder aus Gründen des Umweltschutzes oder weil sie mit Enteignungen von Land verbunden sind –, aber die Proteste haben kaum Aussicht auf Erfolg. Dieses gilt umso mehr, wenn chinesisches Geld in Länder fließt, in denen autoritäre oder korrupte Regierungen herrschen. W.K.

Pekings Politik ist klar merkantilistisch

Chinas Hunger nach Rohstoffen scheint keine Grenzen zu kennen, und die eigenen Ressourcen genügen dem boomenden Reich der Mitte schon lange nicht mehr. Deshalb streckt es seine Fühler sowohl nach Afrika als auch nach Südamerika aus. Inzwischen kauft Peking massenhaft Kupfer und Salpeter aus Chile, Leder aus Argentinien, Baumwolle aus Peru und neuerdings auch Lithium, das für Akkumulatoren benötigt wird, aus Bolivien. Dazu kommen die Erdöllieferungen: Eine Zeitlang haben Venezuela und Ecuador ihre gesamte Rohöl-Produktion nach China veräußert. Und auch vor exotischen Hölzern wird nicht Halt gemacht – gegenwärtig sind Terrassendielen aus Suriname der größte Renner. Manchmal kaufen die Asiaten hierfür gleich ganze Regenwälder auf.

Außerdem mutiert Lateinamerika nun zunehmend zur Speisekammer der Volksrepublik. Deren Bewohner konsumieren inzwischen Fleisch aus Argentinien, Brasilien und Paraguay, Wein aus Chile, Avocados aus

Rohstoffimport und Fertigwarenexport

Mexiko, Kaffee aus Kolumbien und Garnelen aus Ecuador. Darüber hinaus werden riesige Mengen Soja importiert, das in China als Tierfutter dient. Brasilien liefert inzwischen drei Viertel der im Land geernteten Soja-Bohnen an das Reich der Mitte – und die Anbauflächen wachsen beständig. Daher errichten die Chinesen im Bundesstaat Mato Grosso gigantische Silos zum Zwischenlagern der Ölfrucht, die dann über den Hafen von Paranaquá verschifft wird, der zu 90 Prozent in der Hand chinesischer Unternehmen ist. Wenn die Rohstoffpreise hoch liegen, profitiert Lateinamerika von seinen intensiven Handelsbeziehungen zu China, ansonsten liegt der Vorteil auf Seiten Pekings.

Im Gegenzug exportiert China sehr viele Industriegüter wie Autos, Computer, Mobiltelefone, Kleidung, Haushaltsgeräte und sogar Waffen nach Mittel- und Südamerika. Lateinamerikanische Fertigwaren sind in China eher unerwünscht. Es schottet sich dagegen ziemlich konsequent ab. W.K.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinsler-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32

Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32

Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42

Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Rettungsversuch für den Rechtsstaat

Überlastete Justiz: Bund verspricht Abhilfe, doch Länder wittern eine Mogelpackung



Mutmaßliche Straftäter werden auf die Bürger losgelassen: Wird's der „Pakt für den Rechtsstaat“ richten?

Bild: action press

Deutschlandweit sorgte Rene Wilke, der Oberbürgermeister von Frankfurt an der Oder, im vergangenen Jahr für Aufsehen. Nach einem brutalen Überfall auf die Besucher eines Musikklubs kündigte der Linkspartei-Politiker die Ausweisung von ausländischen Straftätern an. Nun hat der Fall eine überraschende Wende genommen.

Wegen einer überlangen Verfahrensdauer hat das Oberlandesgericht (OLG) Brandenburg noch im März die Freilassung von Tatverdächtigen aus der Untersuchungshaft angeordnet. Die vier syrischen Männer im Alter zwischen 21 und 40 Jahren stehen unter dringendem Verdacht, im August vergangenen Jahres die Gäste eines Musikklubs mit Messern, Steinen und Eisenstangen angegriffen zu haben. Vorgeworfen wird den Freigelassenen besonders schwerer Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung, Nötigung, Bedrohung und in einem Fall sogar versuchter Totschlag.

Die vier Syrer hatten bereits seit dem vergangenen Sommer in Untersuchungshaft gesessen. Nach Angaben der zuständigen Kammer des Landgerichts Frankfurt an der Oder kann der Prozess wegen anderer Verfahren allerdings erst im kommenden Juni eröffnet werden. Wie eine Gerichtsprä-

cherin mitteilte, wird der Prozess wegen der Urlaubszeit auch sofort wieder unterbrochen werden. Für das Oberlandesgericht waren dies Gründe, trotz des weiterbestehenden Tatverdachts die Freilassung aus der Untersuchungshaft anzuordnen.

Brandenburgs Justizminister Stefan Ludwig (Linkspartei) musste sich in den vergangenen Monaten bereits mehrmals im Rechtsausschuss des märkischen Landtages Kritik anhören, weil Tatverdächtige wegen überlanger Verfahren aus der Untersuchungshaft entlassen wurden. Erst im Januar hatte das OLG der Haftbeschwerde eines ehemaligen NPD-Politikers wegen einer zu langen Verfahrensdauer stattgegeben.

Ludwig sprach bislang immer von Einzelfällen, räumte allerdings auch eine hohe Belastung der brandenburgischen Gerichte infolge von Personalabbau ein. In der Justiz des Bundeslandes sind in den vergangenen 20 Jahren 1850 Stellen gestrichen worden.

Brandenburg ist mit seinem Problem kein Einzelfall. Laut einer Erhebung des Deutschen Richterbundes (DRB) haben in ganz Deutschland im vergangenen Jahr die OLG in mindestens

65 Fällen Haftbefehle gegen dringend Tatverdächtige wegen zu langer Strafverfahren wieder aufgehoben. Allein im Land Berlin sind im Jahr 2018 mindestens 13 Tatverdächtige auf freien Fuß gesetzt worden, weil sich die Bearbeitung der Verfahren zu lange hingezogen hatte. Aus Sicht des Richterbundes sind Strafgerichte und Staatsanwaltschaften so stark beansprucht, dass sie „am Anschlag“ arbeiten. Zudem weist der DRB darauf hin, dass

Frist überschritten: Tatverdächtige aus U-Haft freigelassen

auch die Komplexität und damit der Aufwand bei den Verfahren gewachsen seien.

In ihrem Koalitionsvertrag hatten CDU, CSU und SPD einen „Pakt für den Rechtsstaat“ angekündigt, der die Situation an den Gerichten verbessern soll. In dem Papier versprach die Große Koalition unter Angela Merkel: „Wir wollen den Rechtsstaat handlungsfähig erhalten.“

Dazu sollen bis Ende 2021 bundesweit 2000 neue Stellen für Richter und Staatsanwälte geschaffen werden. Allein für das Land Brandenburg soll das Programm rund 60 neue Richterstellen bedeuten. Im Kreis der Justizminister der Bundesländer ist dennoch von einer Mogelpackung die Rede. Für die-

sen Vorwurf lassen sich einige Gründe anführen.

Umgerechnet auf die 16 Bundesländer verspricht der Plan zwar eine deutliche Verbesserung, es drohen langfristig aber auch erhebliche finanzielle Belastungen. Für die laufenden Kosten des Justizpersonals auf Länderebene bleiben weiterhin die Länder zuständig. Die Justizminister der Länder hatten gehofft, dass sich der Bund zumindest an den zusätzlichen Stellen dauerhaft beteiligt. Die Länder gehen von einer Zusatzbelastung von 400 Millionen Euro im Jahr aus. Der Bund will sich aber nur einmalig mit 220 Millionen Euro beteiligen.

Vor diesem Hintergrund hat der „Pakt für den Rechtsstaat“ aus Sicht der Länder einen Beigeschmack: Der Bund präsentiert nämlich ein Projekt, das am Ende weitgehend von den Ländern bezahlt werden soll. Selbst um die Anschubfinanzierung, die der Bund übernehmen will, ist hart gerungen worden. Vereinbart ist nun, dass die Länder bei den Einstellungen im Justizbereich zunächst in eine Art von Vorleistung gehen und 1000 Stellen schaffen. Danach erhalten sie die erste Rate von 110 Millionen Euro vom Bund. Der Rest soll folgen, wenn die Länder alle 2000 Stellen besetzt haben.

Norman Hanert

Kein Aprilscherz

Von VERA LENGSELD

Es ist Montag, der 1. April. Ein harter Tag für die Berliner. Erstens kämpfen sie mit der Zeitumstellung, die von der EU zwar bereits abgeschafft wurde, aber noch zwei Jahre bleiben soll. Also stehen sie nicht, wie gestern noch, im Tageslicht an der Bushaltestelle, sondern wieder im Dunkeln. Als wäre das nicht Unglück genug, streikt die BVG. Das sind die Berliner Verkehrsbetriebe, die sonst immer so tun, als ob sie die Berliner von A nach B befördern.

An der Haltestelle bibbernd erinnere ich mich, dass der bekannteste BVG-Streik im November 1932 stattfand. Damals machte die KPD unter Thälmann gemeinsame Sache mit der NSDAP gegen die „Sozialfaschisten“ von der SPD. Ein knappes Vierteljahr später war Schluss mit lustig. Nach der Machtergreifung wurde die KPD genauso verfolgt wie die Genossen von der SPD.

Diesmal geht es nicht um große Politik, sondern nur um höhere Fahrpreise. Die Klassenkämpfe sind vorbei, heute gibt es nur Nahkampfverkehr und Taxifahrerkrieg im unsicheren Chaos. Wer sich ins Auto gesetzt hat, steht im Endlosstau. Es helfen weder bitten oder flehen noch fluchen. Und die nächsten Wahlen sind erst im Mai. Bis dahin, so hoffen die Verantwortlichen, ist alles vergessen. Die BVG steht ohnehin nicht auf dem Wahlzettel.

Die Schüler, die am Freitag noch mit behördlicher Billigung die Schule schwänzen und die Straßen blockieren durften, haben heute ein besonders Problem. Es ist Klausurtag. „Da es sich um eine Zentralprüfung handelt, kann keine Schule von sich aus entscheiden, den Termin für die Spanisch-Klausur wegen des BVG-Streiks zu verschieben.“ Das stand zur Warnung schon vorher in der Zeitung.

Ach, hätten nur die Putzkolonnen der BVG gestreikt, wäre das kaum jemandem aufgefallen. Der Dreck und die Schmierereien in den Fahrzeugen der BVG gehören inzwischen zu Berlin wie das Brandenburger Tor. Die Schmierereien werden sich nach dem Streik vervielfacht haben, denn die „Berliner Morgenpost“ meldete: „Auch in der Berliner Graffiti-Szene wird sich auf den Streiktag vorbereite ... Denn am Montag stehen zahlreiche U-Bahn-Züge den ganzen Tag über in den unterirdischen Abstellanlagen und können – wie schon am 15. Februar zu beobachten war – in aller Ruhe besprüht werden.“

Auf den Straßen verdichtet sich der Verkehr zu einem unentwirrbaren Knäuel. Nur die Härtesten kommen durch. Das sind die Fahrradfahrer, die in Berlin vor allem als Kampfradler vorkommen. Wenn sie nicht mit einem Herzinfarkt aus dem Sattel fallen, was nach der Zeitumstellung häufiger vorkommen soll, gelangen sie irgendwann verschwitzt an ihr Ziel. Zum Scherzen ist ihnen dann nicht mehr zumute – trotz des 1. Aprils.

Ausländer überrepräsentiert

In Berlins Gefängnissen ist jeder zweite Insasse Nichtdeutscher

Ausländer sind in den Berliner Haftanstalten überproportional vertreten. Saßen 2013 in Berliner Justizvollzugsanstalten 1133 Häftlinge ein, stieg ihre Zahl zum 31. März 2018 auf 1327. Und betrug der Anteil der Ausländer 2013 noch 35 Prozent sind es jetzt rund 50 Prozent. Damit ist der Anteil der ausländischen Straftäter doppelt so hoch wie ihr Anteil an der Wohnbevölkerung. Ende 2017 lebten 880 000 Ausländer in Berlin. Das entspricht 25 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Bei 20 285 Personen ist die Nationalität ungeklärt oder ohne Angabe – hier laufen oft noch die Asylverfahren. Die meisten ausländischen Gefangenen sind türkischer Herkunft, es folgen Polen, Rumänen, Libanesen und Bulgaren. In der Untersuchungshaft liegt der Ausländeranteil sogar bei 75 Prozent.

Bemerkenswerterweise sind die etwa 43 000 Italiener in der Stadt

nicht in der Rangliste der meisten Straftäter zu finden, obwohl sie an dritter Stelle des Ausländeranteils stehen. Auch die gut 27 000 Briten fallen nicht auf. Noch höher als in Berlin ist der Ausländeranteil unter Häftlingen nur noch in Hamburg mit 58 Prozent. Doch

Briten oder Italiener fallen kaum auf

auch bundesweit liegt der Anteil mit 32 Prozent oder 51 000 weit über dem Anteil an der Wohnbevölkerung. Deutsche mit Immigrationshintergrund sind nicht extra erfasst worden. Zusätzliche Schwierigkeiten und Kosten entstehen dadurch, dass die Häftlinge mit den Gefängnisbeamten oft nicht kommunizieren können – oder wollen. Viele ausländische Gefangene fordern, dass ihnen

Anweisungen und Regeln in ihrer Muttersprache erklärt werden.

Mitunter wurden Mithäftlinge als Dolmetscher herangezogen. Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) will Video-Dolmetscher einsetzen. Die bietet ein Dienstleister aus Österreich an, dessen Angebot vom rot-rot-grün regierten Thüringen bereits genutzt wird. Ein weiteres Problem sind zunehmende Gewalttätigkeiten unter Häftlingen. Dies betrifft zunehmend Gruppen aus Osteuropa, aber auch zwischen russischen und tschetschenischen Insassen.

Thomas Goiny, CDU-Parlamentarier und zugleich Vorsitzender des Bundes der Strafvollzugsbediensteten (BSBD): „Die Leute können uns oft nicht mal sagen, ob ihre Bauchschmerzen daher kommen, dass ein Mitgefänger sie verprügelt hat.“ Von der Möglichkeit, gefährliche Straftäter in ihrer Heimat die Haftstrafe verbüßen zu lassen, wird nur wenig Gebrauch gemacht. Frank Bückler

Debatte um Friedrich Merz

Will der CDU-Politiker Regierender Bürgermeister werden?

Berlins CDU-Chefin Monika Grütters ist will nicht wieder antreten. Aus der Partei heraus ist nun Friedrich Merz (anstelle von ihr) als Bürgermeisterkandidat ins Gespräch gebracht worden.

Bisher hieß es, die Landesvorsitzende habe den ersten Zugriff auf die Kandidatur 2021. Im Mai 2019 will die Partei einen neuen Vorsitzenden wählen. Grütters – in der Hoffnung, bei den Mitgliedern auf mehr Zuspruch als bei den Delegierten des Parteitag zu stoßen – wollte zunächst eine Mitgliederbefragung abhalten. Nun schmiss sie hin. Ihr möglicher Nachfolger im Parteivorsitz, Kai Wegner, strebt nicht nach der Kandidatur fürs Amt des Regierenden Bürgermeisters. Er will Bundestagsabgeordneter bleiben.

Zurzeit kommt die CDU an der Spree bei Umfragen nur auf 20 Prozent. Selbst zusammen mit AfD (elf) und FDP (sieben) wäre man immer noch sehr weit von

einer Mehrheit entfernt. Mit der SPD (17 Prozent) oder den Grünen (22) würde es auch nicht reichen. Die CDU müsste in der Zustimmung der Bürger einen großen Sprung machen, um so stark zu werden, dass sie den Regierungschef stellen könnte. Grütters

Kai Wegner will im Bundestag bleiben

erfreut sich zwar einer freundlichen Berichterstattung in den Mainstreammedien, es hat sich aber gezeigt, dass dies weder ihr noch der CDU genützt hat.

Die Debatte um Merz' Kandidatur könnte sich als Trumpfkarte für Wegner erweisen. Bei einem Mitgliederdialog trat Merz vor rund 260 Besuchern auf und übte scharfe Kritik am rot-rot-grünen Senat. Zur Frage nach einer mög-

lichen Spitzenkandidatur schwieg er. Dafür äußerten sich drei Unternehmer. Christian Krohne (32, Unternehmer aus Charlottenburg-Wilmersdorf): „Ich kann mir Merz gut als Regierenden Bürgermeister vorstellen. Er ist ein konservativer Kopf, der unserer Partei im Moment fehlt.“ Norman Gutshow (41, Veranstaltungsleiter aus Pankow): „Eine Kandidatur von Friedrich Merz wäre eine tolle Sache. Er ist eine Führungspersönlichkeit, die die Stadt wieder nach vorne bringen würde.“

Und schließlich Gabriele Boomgarden (63, Selbstständige aus Charlottenburg-Wilmersdorf): „Ich würde seine Kandidatur begrüßen, weil er einer der wenigen Politiker ist, die sagen, was sie denken. Merz ist eloquent, macht einen ehrlichen Eindruck.“ Sollte Merz 2021 Regierender Bürgermeister von Berlin werden, hätte Annegret Kramp-Karrenbauer möglicherweise ein parteiinternes Problem. F.B.

MELDUNGEN

Identitäre vor der Auflösung?

Wien – Die österreichische Bundesregierung prüft die Auflösung der österreichischen Bewegung der Identitären, nachdem bekannt wurde, dass diese eine Spende des Attentäters von Christchurch erhalten haben soll. Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) erklärte, es gäbe „keine Toleranz für gefährliche Ideologien, ganz gleich, aus welcher Ecke sie kommen“. Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) kündigte eine schonungslose Aufklärung an. Außerdem versicherte er, seine Partei, der immer wieder Verbindungen zu den Identitären nachgesagt werden, habe mit den Identitären „nichts zu tun“. J.H.

Klage gegen Einreiseverbot

Wien/Kiew – ORF-Korrespondent Christian Wehrschütz hat den ukrainischen Geheimdienst SBU verklagt. Ihm war die Verlängerung seiner Akkreditierung verweigert worden mit der Begründung, eine Gefahr für die nationale Sicherheit der Ukraine darzustellen. Der erfahrene Journalist hatte über die Ostukraine und über Wahrheiten berichtet, die Kiew offenbar nicht genehm waren. Die Anwälte des Journalisten vom größten österreichischen Fernsehsender ORF wollen beweisen, dass Wehrschütz keine ukrainischen Gesetze verletzt hat und die Verhängung des Einreiseverbots rechtswidrig ist. Sollte auf diplomatischer Ebene ein positives Ergebnis erreicht werden, sind Wehrschütz und seine Verteidiger bereit, die Klage zurückzuziehen. Die Ukraine hatte auch einem italienischen Journalisten des Fernsehsenders RAI die Einreise verweigert, der über die Präsidentschaftswahl berichten wollte. Österreichs Außenministerin Karin Kneissl bezeichnete das Vorgehen der Ukraine als inakzeptabel und mit EU-Werten unvereinbar. MRK

Bei den Kommunalwahlen in der Türkei machte Präsident Recep Tayyip Erdogan Wahlkampf mit dem Christchurch-Massaker. Er forderte offen die Todesstrafe für den Attentäter und drohte mit Lynchjustiz. Der Schuss ging besonders in den Großstädten nach hinten los. Dort verlor die Erdogan-Partei AKP dramatisch.

Der erste ausländische Staatschef, der die Massaker in Neuseeland verurteilt hatte, war der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan, der sich mitten im Kommunalwahlkampf befand, in dem seine Partei eine historische Schlappe und den Verlust fast aller Großstädte des Landes hinnehmen musste. Er hatte im türkischen Wahlkampf aus den Anschlägen auf zwei Moscheen in Neuseeland „Angriffe auf den Islam und auch auf die Türkei“ gemacht und gleich darauf, wie üblich bei ihm, mit Rache gedroht.

Um den „wachsenden Rassismus und die Islamphobie des Westens“ zu belegen, ließ er mehrmals kurze Ausschnitte des Massakers aus den Videoaufnahmen des Attentäters laufen. Und das, während die übrige Welt mit viel Mühe versuchte, das Gewaltvideo des Täters aus Internetseiten wie Facebook oder Youtube zu entfernen.

Erdogan zeigte einen Ausschnitt des Videos auf einer Großleinwand bei einer live vom türkischen Staatsfernsehen übertragenen Kundgebung in Eskisehir. Zudem ließ er Ausschnitte aus dem Manifest des Attentäters zeigen, in denen dieser der Türkei und Erdogan droht, und lieferte damit dem Attentäter ein unverhofftes Forum.

Bereits am Montag hatte Neuseelands Außenminister Winston Peters die Verwendung des Videos im Wahlkampf verurteilt. Eine solche Politisierung des Massakers gefährde „die Sicherheit der neuseeländischen Bevölkerung“, kritisierte Peters. Neuseeland macht sich jetzt mit Recht Sorge um die

Sicherheit seiner Landsleute in der Türkei, jeder Moslem kann sich jetzt dort auf Erdogan berufen, wenn er losballert.

Erdogan forderte für den Attentäter zudem die Todesstrafe, die es in Neuseeland gar nicht gibt und in der Türkei auch noch nicht. Er sagte: „Wenn Neuseeland ihn nicht zur Rechenschaft zieht, wer-

Der Täter von Christchurch hatte die australische Staatsangehörigkeit. Bei der Schlacht von Gallipoli zwischen Februar 1915 und Januar 1916 starben mehr als 8000 Australier und mehr als 2000 Neuseeländer. Insgesamt kamen auf beiden Seiten mehr als 100 000 Soldaten ums Leben. Gallipoli war der letzte Sieg der os-

gab bekannt, dass Außenminister Peters in die Türkei reisen werde, um Erdogan mit dessen Aussagen zu „konfrontieren“.

Erdogan führt sich seit einigen Jahren immer mehr als Oberhaupt aller Muslime auf, wie es der einstige osmanische Sultan tat, der jedoch auch den religiösen Titel „Kalif aller Gläubigen“

mussten sterben, weil der Betreiber die Grubengase nicht richtig kontrolliert hatte und die Anlage von der staatlichen Grubenaufsicht nicht genug kontrolliert worden war.

Erdogan sagte damals bei einem Besuch in Soma: „Solche Dinge kommen ständig vor, das liegt in der Natur der Dinge.“ Diese kalt-

Der Rächer aller Muslime

Türkeis Präsident Erdogan verkalkulierte sich bei den Kommunalwahlen – Ärger zudem mit Neuseeland



Führt sich auf wie das Oberhaupt aller Muslime, besitzt aber keinen religiösen Titel: Präsident Erdogan beim Wahlkampf

Bild: pa

den wir dies tun – auf eine andere Weise.“ Zugleich drohte er noch allen anderen Australiern mit antimuslimischer Gesinnung dasselbe Schicksal an, wie es den Truppen der Entente-Mächte aus Großbritannien, Australien, Neuseeland sowie Frankreich im Ersten Weltkrieg bei der Schlacht von Gallipoli gegen die osmanische Streitmacht unter Befehl des deutschen Generals Otto Liman von Sanders widerfahren sei.

manischen Truppen vor ihrem Untergang.

Auch Australiens Regierungschef Scott Morrison zeigte sich sehr verärgert über Erdogans Äußerungen und Einmischungen. Er bestellte den türkischen Botschafter in Canberra ein. Die Äußerungen Erdogans bezeichnete er als „sehr beleidigend“. Morrison weigerte sich auch, eine Entschuldigung anzunehmen. Neuseelands Premierministerin Jacinda Ardern

trug. Erdogan hat bislang noch keinen religiösen Titel.

Für die 301 getöteten muslimischen Bergleute beim Grubenunglück von Soma vor fünf Jahren zeigte ihr damaliger Ministerpräsident Erdogan weniger Empathie, als für die getöteten Moscheebesucher in Christchurch. Die Angehörigen der 301 getöteten Bergleute von Soma hätten allerdings gerade diese Empathie erwartet. Denn ihre Angehörigen

blütige Stellungnahme hatte die Angehörigen und betroffenen Kumpel derart erzürnt, dass noch während Erdogans Besuch Bergarbeiter versuchten, den Wagen des Ministerpräsidenten anzugreifen. Einige der erzürnten Angehörigen wurden später wegen Erdogan-Beleidigung belangt und verurteilt, allerdings keiner der Verantwortlichen für das Grubenunglück. Bei allen handelte es sich um Muslime. Bodo Bost



Ja, ich abbinere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z.Zt. 14,4 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Preussische Allgemeine Zeitung

Woche für Woche Orientierung in der Medienflut Klartext für Deutschland

vertrieb@preussische-allgemeine.de
Telefon 040-41 40 08 42
Fax 040-41 40 08 51

Pakt mit dem chinesischen Teufel

Peking stößt in das Brexit-Vakuum vor – Seidenstraßen-Vertrag mit Italien alarmiert die Europäische Union

Italien geht als erster G7-Staat, trotz heftiger Proteste und Warnungen aus Brüssel, ein heikles Bündnis mit Peking ein. Es geht um Häfen und politischen Einfluss Chinas in Europa.

Chinas „Neue Seidenstraße“ mit einem Volumen von mehr als einer Billion Euro ist weltweit das ehrgeizigste und weitreichendste Wirtschaftprojekt der letzten Jahre. Es soll den Vormarsch des Reichs der Mitte zur Weltmacht zementieren und untermauern.

Bei dem Vorhaben geht es der kommunistischen Führung in Peking um Investitionen in Häfen, Straßen, Bahnstrecken, Funknetze oder Flughäfen. Es umfasst fast alle Kontinente und Wirtschaftsbereiche mit der Zentrale im KP-Politbüro in Peking. Vor allem wirtschaftlich klamme und kleine Staaten, wie im überbevölkerten und unterentwickelten Afrika sowie in Osteuropa und Asien, haben bislang angeknirscht.

Mit Italien, das am 22. Mai mit China einen entsprechenden Rahmenvertrag unterzeichnet hat, ist erstmals ein G7-Staat und Gründungsmitglied der Europäischen Union auf diesen Zug im wahrsten Sinne aufgesprungen. Denn es geht auch um Züge, die im Gefolge der neuen Seidenstraße wieder das zentrale Transportmittel werden sollen. Bislang war in der EU nur der Hafen von Athen in chinesischer Hand.

Durch den Vertrag mit Italien könnte Triest, das in Italien nur noch ein Schattendasein fristet, wieder wie zu k. u. k.-Zeiten, als es Haupthafen der Wiener Monarchie war, zum neuen Endpunkt wichtiger Handelswege mitten in der alten EU werden. Triest hatte auch damals ein Hinterland, das bis weit in den Osten in die heutige Ukraine reichte. Chinesische Produkte könnte es, mit Triest als Angelpunkt, bald auch überall in der EU geben. Dann werden noch mehr chinesische Touristen in die EU drängen. Legendäre Fußballklubs wie Inter Mailand, die

schon jetzt in chinesischer Hand sind, werden dann bald neue Gesellschaft bekommen.

Rom, das von der Europäischen Union knapp bei Kasse gehalten wird, braucht für die Finanzierung seiner umstrittenen Sozialreformen dringend Geld. Deshalb bekam der chinesische Staatspräsident Xi Jinping in Italien knapp vier Tage lang einen fast kaiserlichen Empfang.

mit Peking in die Arme eines asiatischen Tigers, von dem es keine Solidarität erwarten darf, sondern nur eiskaltes Geschäftskalkül.

Die EU ist nicht gegen gesunde Wirtschaftsbeziehungen, die wirtschaftlich starke Länder wie Deutschland ja auch mit China unterhalten, aber bei Italien scheint die Masche durchschauvier. Während die EU dabei ist, immer mehr eine Solidargemein-

Rechtssicherheit zumindest in den westlichen Ländern profitiert, schafft es keine Rechtssicherheit für seine Handelspartner im eigenen Land. Deshalb fehlt es an Transparenz, internationalen Standards, Umweltschutzgarantien, fairen Wettbewerbsbedingungen und öffentlichen Ausschreibungen, die gerade in einem EU-Land wie Italien eingehalten werden müssten.

italienischen Unternehmen gewinnen“, jubelte Wirtschaftsminister und Vizeregierungschef Luigi Di Maio von der linksorientierten Fünf-Sterne-Bewegung. Rom ist infolge seiner nationalistischen Wirtschaftspolitik in die Rezession gerutscht, die Staatsverschuldung ist exorbitant hoch und die Infrastruktur marode, wie der Brückeneinsturz von Genua gezeigt hat.



Wurde von Italiens Staatspräsidenten Sergio Mattarella wie ein Kaiser empfangen: Chinas Staatschef Xi Jinping im Quirinalspalast von Rom

Foto: ddp images

Als erste große Wirtschaftsna-tion, als erstes Mitglied der sieben Industriemächte (G7) und als erster großer EU-Staat hat sich Italien Chinas Initiative für eine „Neue Seidenstraße“ angeschlossen. Was verheißungsvoll klingt, alarmiert die übrigen EU-Staaten und die USA. Italien, dessen Regierung mit dem Slogan „Italien zuerst“ infolge seiner Sozialgeschenke-Politik wie kaum ein anderes EU-Land auf die Solidarität der anderen EU-Staaten angewiesen ist, wirft sich mit seinem Pakt

schaft zu werden, von der Italien profitiert, ist auf der Ebene des Welthandels das Gegenteil der Fall. Italien möchte von beiden Tendenzen profitieren, deshalb bekommt es von Brüssel mit Recht den Warnschuss versetzt.

Die „Neue Seidenstraße“ funktioniert bislang nur als Einbahnseidenstraße. Während China weltweit von der Öffnung von Handelsrouten und Märkten profitiert, öffnet es seine Häfen und Handelsrouten für den Rest der Welt nicht. Während China von

Italien ist naiv, wenn es glaubt, bei Investitionen in solcher Höhe Gegenleistungen zu bekommen. Wenn es zu Geschäften kommt, kommen zumeist chinesische Unternehmen zum Zuge, die dann noch eigene Arbeiter schicken, wie in Afrika oft bewiesen. China sitzt am längeren Hebel und braucht die Unterschrift Italiens unter den Deal nur zur Absicherung seiner Legitimität für das höchstumstrittene Projekt.

„Für uns ist heute ein Tag, an dem Italien gewinnt, an dem die

US-Präsident Trump konnte mit seiner neuen Zollpolitik das uferlose Wachstum Chinas auf Kosten des Rests der Welt etwas stoppen. Deshalb scheint Peking jetzt bei der EU in ein durch den Brexit verursachtes politisches Vakuum vorstoßen zu wollen. Italien sei als entwickelte Wirtschaftsmacht „deutlich weniger gefährdet“ als andere Länder, von China vereinbart zu werden, versichert Regierungschef Giuseppe Conte. Der ist allerdings Jura- und kein Wirtschaftsprofessor. *Bodo Bost*

Drohendes Flugchaos

Warum die Luftfahrt der wachsenden Nachfrage kaum gewachsen ist

In diesen Tagen buchen hunderte Deutsche ihren Sommerurlaub. Doch das Risiko, dass nach 2018 ein neuerliches Flugchaos droht, ist groß. Dabei hatte die Politik nach zahlreichen Verspätungen und Flugausfällen noch im vergangenen Herbst einen Maßnahmenkatalog verabschiedet, um für Abhilfe zu sorgen. Doch die Fluggastzahlen sind weiterhin ansteigend, was bedeutet, dass es am deutschen Himmel noch enger wird. Nach dem Rekordwert von 3,4 Millionen Flugbewegungen aus dem Vorjahr erwartet die Deutsche Flugsicherung (DFS) für 2019 eine weitere Steigerung um bis zu vier Prozent im deutschen Luftraum.

Die Gewerkschaft der Flugsicherung (GdF) hat bereits vor einem neuerlichen Chaos im europäischen Luftverkehr im kommenden Sommer gewarnt. Hauptgrund für die angespannte Situation sei massiver Personalmangel in den Kontrollzentralen der DFS. Dazu kämen Software-Probleme.

Das vergangene Jahr markierte einen absoluten Tiefpunkt. An deutschen Flughäfen hatten mehrere zehntausend Flüge eine Verspätung von mehr als einer Stunde. Mehr als 1900 haben die Fluglinien gleich ganz abgesagt.

Wenn auch Experten sagen, dass der Zenit der Steigerungsraten erreicht sei, so gehen die Passagierzahlen dennoch nach oben. Die Internationale Luftverkehrs-Vereinigung (IATA, International Air Transport Association) rechnet in ihrer Prognose für 2019 mit einer etwas verlangsamten Steigerung der globalen Passagierzahl um sechs Prozent auf 4,59 Milliarden; 2018 waren es 4,34 Milliarden. Das dämpft die Hoffnungen

Der Rekordwert von 2018 wird 2019 wohl noch übertroffen

deutscher Flugplaner, die einheimischen Fluggesellschaften könnten aus dem deutschen Luftraum auf andere ausweichen. „Keine Chance“, winken Verantwortliche aus Österreich, den Beneluxländern oder Frankreich ab.

Neben den steigenden Zahlen an Flügen und Passagieren führen interne Probleme zu enormen Risiken. Nicht nur die Fluglotsen klagen über Überlastung, auch die Sicherheitsbehörden sind betroffen. Viele Flughäfen

sind auf privates Personal umgestiegen, die Krankenstände sind hoch, die Qualität teilweise dürftig.

An Deutschlands größtem Flughafen Frankfurt am Main brach um die Weihnachtszeit 2018 das nackte Chaos aus. Ein privater Dienstleister hatte zu wenig Personal gestellt, an den Sicherheitsschleusen stauten sich die Fluggäste in einer Länge von teilweise mehr als 100 Metern. Viele blieben sprichwörtlich auf gepackten Koffern sitzen. Der Flughafen konnte sich nicht anders helfen, als die Reisenden aufzurufen, mehr als vier Stunden vor dem Abflug im Terminal zu sein.

Und es droht weiteres Ungemach. Gerade der Markt für Urlaubreisen ist umkämpft, Branchenverbände warnen seit Jahren vor einem Preiskrieg ohne Grenzen. Die Gefahr, dass die Pleite einer Luftverkehrsgesellschaft ganze Flugpläne aus den Fugen geraten lässt, ist groß. Und damit nicht genug: Die technischen Probleme beim größten Flugzeughersteller Boeing versetzen die Branche in Aufruhr. Am Ende, so das Horrorszenario, könnte es zu Flugmaschinen für die Zahl an Fluggästen geben. *Peter Entinger*

Italiener wollen Geld zurück

Forderung nach Abschaffung der Gläubigerbeteiligung bei Banken

Vergangenen Monat haben die Richter des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) ein Urteil verkündet, gemäß dem eine Millionenhilfe zur Rettung einer italienischen Provinzsparkasse im Jahr 2013 rechtens gewesen ist. Italiens Einlagensicherungsfonds hatte der angeschlagenen Banca Tercas seinerzeit mit rund 300 Millionen Euro unter die Arme gegriffen.

Die EU-Kommission hatte dieses Vorgehen als eine wettbewerbsverzerrende Staatsbeihilfe eingestuft und war dagegen gerichtlich vorgegangen. Die Kommission bemängelte, der italienische Staat würde beim Einlagensicherungsfonds über den Einsatz der Mittel entscheiden, faktisch handele es sich damit um eine staatliche Hilfe. Die EuGH-Richter bewerteten in ihrem Urteil allerdings die Gelder aus dem Sicherungsfonds als rein private Mittel. Damit wurde die italienische Position nachträglich bestätigt.

Für Unmut in Italien sorgt, dass die nun höchstrichterlich widerlegte Sichtweise der EU-Kommission als Leitlinie galt, als im Jahr 2015 vier italienische Regionalbanken mit Problemen zu kämpfen hatten. Bei diesen sprang der Sicherungsfonds

nicht ein, sondern es kam zu einer Gläubigerbeteiligung (Bail-in). Dabei wurden zehntausende Anleihebesitzer herangezogen, um die Verluste der Banken mitzutragen.

Das Urteil zur Rettung der Banca Tercas im Jahr 2013 hat in Italien nun zu Vorwürfen geführt, der Sicherungsfonds hätte auch bei der Rettung der vier Regionalbanken eingreifen können. Italiens Bankenverband fordert von der EU sogar eine Entschädi-

Aktuelles Urteil des EuGH hat die alte Diskussion befeuert

gung von fünf Milliarden Euro, weil diese seinerzeit auf eine Gläubigerbeteiligung bestanden habe. Antonio Patuelli, der Präsident der Bankenvereinigung ABI, forderte zudem die Abschaffung der Gläubigerbeteiligung. Patuelli sieht mit dem Verfahren das Vertrauen der Sparer in das Bankensystem unterminiert.

Bei einer Ansprache im Parlament forderte auch Italiens Wirtschaftsminister Giovanni Trilla eine Abschaffung der Gläubigerbeteiligung und erklärte, diese Re-

MELDUNGEN

USA importieren russisches Öl

Washington – Seit Februar haben die USA mehr als drei Millionen Fass Öl aus Russland importiert. Zwar sind die USA selbst Ölproduzent, doch das hochwertige Schieferöl ist sehr teuer. Um die Preise für Benzin und Diesel in den Vereinigten Staaten auf einem durchschnittlichen Niveau zu halten, muss billiges Öl auf dem Weltmarkt zugekauft werden. Weil die USA Sanktionen gegen die staatliche Ölgesellschaft Venezuelas verhängt haben, kauft sie nun billiges Öl der Sorte Urals aus Russland, entgegen ihrer Forderung nach verschärften Sanktionen und der kategorischen Ablehnung – zumindest für Europa – der Energieversorgung aus Russland. *MRK*

Ungarn benennt Verluste

Budapest – Ungarns Außenminister Peter Szijjarto, der die Anti-Russland-Sanktionen der EU scharf kritisiert, bezifferte laut „Sputnik“ gegenüber dem russischen Föderationsratsvizechef Nikolaj Fjodorow die Verluste, die Ungarn nach der Verhängung der EU-Sanktionen entstanden sind, auf sieben Milliarden US-Dollar. Er hoffe jedoch, dass der Handelsumsatz zwischen beiden Ländern bald zehn Millionen US-Dollar erreichen werde. *MRK*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.913.119.161.676 €

Vorwoche: 1.928.123.348.830 €

Verschuldung pro Kopf:
23.107 €

Vorwoche: 23.260 €

(Dienstag, 2. April 2019,
Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Mutti-Kulti«

Von Erik Lommatzsch

Mit Begriffen, die einen Sachverhalt kurz, präzise und treffend beschreiben, ist es wie mit Spitznamen: Sie entstehen spontan, zufällig und mitunter auch versehentlich. Diesbezüglich ein guter Ansatz ist die Wortkreation „Mutlikulti“.

Die AfD Saarland hat vor einiger Zeit sehr viel Häme auf sich gezogen, als sie groß plakatieren ließ: „Kein Mutlikulti in Deutschland“. Der Buchstabendreher „tl“ statt „lt“ wurde zu spät entdeckt, das ungnädige Internet verbreitete diese Panne schnell und großflächig. Hält man kurz inne, so war das sofortige Abhängen dieser Plakate jedoch viel-

leicht sogar eine Art Kurzschluss, denn hierin steckt Potenzial.

Es ist noch gar nicht so lange her: Anno 2010 hatte Angela Merkel Multikulti noch für gescheitert erklärt. Das hat sie sich dann nochmal anders überlegt. Aus der Fülle der auch rhetorischen Meisterstücke auf diesem Weg sei etwa verwiesen auf: „... wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land“ von 2015.

Ein Synonym für die Kanzlerin war schon früher entstanden, seit dieser Zeit wurde es verstärkt in

den Verkehr gebracht. Es handelt sich um den nur vordergründig leicht spöttisch gebrauchten Begriff „Mutti“. In puncto Stimmengewinn ist die „Mutti“-Bezeichnung nicht hoch genug zu schät-

chen da. Notfalls holt Mutti für ihre Kinder selbst die Kohlen aus dem Feuer. Davon geht man zumindest aus. Dieses Bild, diese Suggestion, dieses „Framing“ ist Wahlkampfgold – gewesen und

der regierenden „Mutti“ (und ihren Getreuen und letztlich auch von ihren immer noch vorhandenen Wählern – aber die lassen wir mal außen vor, die haben ja von nichts gewusst und müssen sich auch nicht entschuldigen, weil sie ein freundliches Gesicht machen).

Gute Menschen erkennen in der derzeitigen Situation Deutschlands eine offene Gesellschaft, Bereicherung, Vielfalt, ein Land, in dem wir gut und gerne leben. Böse, unbelehrbare und/oder rechte Menschen sehen hier ein sich immer weiter ausbreitendes Chaos, die Auflösung des Rechts- und Sozialwesens, das Ende der Staat-

lichkeit durch erschreckende Biegarkeit des Grundgesetzes.

Kurz und für alle: Die Situation lässt sich doch kaum besser und kürzer beschreiben, als durch die verbale Verbindung von „Mutti“ Merkel und „Multikulti“. Hier kommt das eigentlich unbeabsichtigte „Mutlikulti“ ins Spiel. Davon ausgehend ist man schnell bei „Mutli-Kulti“ (auch schon sehr schön) und dann auch schon bei „Mutti-Kulti“. Erweiterungen wären auch möglich. „Mutti-Kulti-Land“ Oder „Mutti-Kulti-Lebensgefühl“. Nur gegen „Mutti-Kulti-Zukunft“ sträubt sich innerlich irgendwas.

Die verbale Verbindung von »Mutti« Merkel und »Multikulti« beschreibt die Situation

zen: Eine Mutti ist immer ein wenig peinlich, aber wenn es hart auf hart kommt, ist sie eben verlässlich und immer zum Ausheulen, Taschengeldabfassen (wenn auch unter Ermahnungen) und Mutma-

würde es auch immer noch sein, sollte die Kanzlerin sich entschließen ... Stopp! Daran wollen wir lieber nicht denken.

„Multikulti“ ist 2019 zweifelsfrei da, angerichtet und geprägt von

Neue Perspektive

Von Thomas W. Wyrwoll

In Kasachstan ist Gründungspräsident Nursultan Nasarbajew nach 30 Jahren zurückgetreten. Nasarbajew hat es geschafft, die Wirkung des Genozids an seinem Volk durch Zaren und Sowjets zu beenden und die Weichen für sein Gedeihen in der Zukunft zu stellen. Ein potenziell ideales Mittel hierzu ist ihm aber abhanden gekommen: Kasachstans einst über eine Million Deutsche haben ihre Heimat weitgehend verlassen. Neben ersten deutschen Ansiedlern seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gingen sie vor allem auf unter Stalin deportierte Russlanddeutsche zurück. Die seit jeher von den Deutschen angetanen Kasachen lehrten die zunächst oft aus Viehwaggons Entladenen das Überleben in ihren einst typischen Erdlöchern, und die Neuankommlinge revanchierten sich mit allem, was sie hatten, insbesondere Kenntnissen in der Land-

wirtschaft. Dass bis heute nur rund 200.000 Deutsche übrigblieben, rührt vor allem aus Fehlern der Sowjetzeit her, die selbst ein Nasarbajew nicht revidieren konnte.

Auch wenn seit Stalin den Russlanddeutschen praktisch keine höhere Bildung möglich war, wurde etwa ein Gerold Belger zum führenden Intellektuellen Kasachstans. Würde man es schaffen, solchen Deutschen eine Perspektive zu bieten, kämen sicherlich viele von ihnen zurück – oder neu ins Land. Ihre Fähigkeiten wären für die Kasachen von höchstem Nutzen und böten zudem Anknüpfungsmöglichkeiten für die deutsche Wirtschaft, die allein schon wegen der in der Region vorhandenen und dringend benötigten Seltenen Erden in Kasachstan ein ideales Partnerland hätte – was ganz im Sinne seines Gründungspräsidenten wäre.



Mütterliche Gefühle zeigt Angela Merkel, wenn überhaupt, dann noch am ehesten gegenüber Einwanderungswilligen nach Deutschland: Pegida-Demonstration in Dresden

Bild: pa

Zu den Erscheinungen, die sich langsam und fast unmerklich in den Politikbetrieb und von diesem in das Bewusstsein der Menschen einschleichen, gehört es, dass die Berufung auf „Werte“ in der Öffentlichkeit einen bestimmenden Platz eingenommen hat. Auch wenn sie meist nicht näher benannt werden, ist doch der Hinweis auf ihr Bestehen von moralisch zwingender Art, sodass er genutzt werden kann, abweichende Auffassungen und Meinungen in einer höherrangigen, nicht sachlichen Ebene zu widerlegen und ungewollte Diskussionen als unnötig, ja sogar verwerflich abzuwehren. Der Rückgriff auf die Werte ist endgültig und ersetzt jede Argumentation.

Nun lehrt aber die Erfahrung, dass diese meist nicht näher bezeichneten Werte just in einer solchen Gesellschaft beschworen werden, welche die Ihrigen bereits verloren hat. Vor, sagen wir, 50 Jahren, als der redliche Kaufmann, der treue Gatte, der unbestechliche Beamte, der ehrliche Politiker die Norm bestimmten, war von Werten nie die Rede. Es gab Dinge, die waren selbstverständlich, und andere, die tat man nicht. Dieses „das tut man nicht“ wurde in den Jahren 1968 und folgende abgeschafft. Einige Zeit darauf schlich sich die Wert-Floskel ein.

In den Fällen aber, in denen die Benennung eines Wertes geschieht, wird, jedenfalls im politischen Zusammenhang, meist die Demokratie genannt, leider ein untaugliches Beispiel. Denn die Demokratie ist ein Ordnungsprinzip, kein Selbstzweck mit ethischer Grundlage. Wertbezogen ist an ihr, was sie ermöglichen und organisieren soll, nämlich die Freiheit im Staate. Die Freiheit ist ein Wert an sich, so wie die Gerechtigkeit oder die Hilfsbereitschaft. Wäre die Demokratie ein Wert an sich, so müsste sie auch im Operationssaal,

Gegenwind



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall, „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

auf einem Segelschiff oder im Orchester Anwendung finden.

In zahlreichen Kulturen der Welt organisieren die Menschen ihr Zusammenleben auf andere Weise, als es im Westen geschieht, und die Demokratie ist dabei oftmals als Ordnungsprinzip überflüssig. Bei anderen geschichtlichen Voraussetzungen, Traditionen und Zielvorstellungen können andere Regelwerke das Ziel der Gesellschaft, nämlich das größte Glück der größten Zahl zu organisieren, gegebenenfalls besser erreichen, als es durch importierte Ordnungsmuster möglich wäre.

Diese Einsicht sollte, empirisch belegt und kontrollierbar an 1000 Beispielen, kein Geheimnis sein, doch oftmals widersetzt sich die Politik der Beweiskraft der Wirklichkeit. Nimmt man die Strategie der NATO, mit oder ohne EU, als Exempel, so ist festzustellen, dass sie sich absolut gegenläufig verhält. Der Export von Demokratie, das heißt, kriegerische Überfälle auf andere Länder unter dem Hinweis und mit der Erklärung, dort fehle es an Demokratie, gehört zu den typischen Verhaltensmustern des Bündnisses und in der Hauptsache natürlich der USA.

Sie erheben den Anspruch, die Berufung auf die Werte rechtfertige diese Politik, wobei sie diese Werte als global gültig ausgeben. Dabei aber handelt es sich um einen

Demokratie-Export ist keine gute Ausrede

Von FLORIAN STUMFALL

Anspruch postkolonialer Bevormundung. Samuel Huntington schrieb in seinem vorzüglichen Buch „Der Kampf der Kulturen“ – von Eine-Welt-Fanatikern wütend bekämpft – über das tatsächliche Gewicht westlicher Theoreme: „Die Nichtwestler betrachten als westlich, was der Westen als universal betrachtet.“ Und die Nichtwestler sind in der Überzahl, wenn man sich schon auf die Demokratie beruft, der das Mehrheitsprinzip innewohnt.

In diesem Zusammenhang ist natürlich sehr schnell von den Menschenrechten die Rede. Sie stellen zwar tatsächlich eine ethische Größe dar, aber eben nur im westlichen Sinn, folgend einer durch das Christentum geprägten Sicht vom Menschen und bestätigt durch die Aufklärung. Auch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UN kann daran nichts ändern, wie die moslemischen Länder zeigen. Sie haben die Menschenrechte unter den Vorbehalt des Islam gestellt, das heißt, sie gelten nur insoweit, als sie dem Wort des Propheten nicht zuwiderlaufen. Hier ist es zu sehen: Andere geschichtliche Voraussetzungen, Traditionen und Zielvorstellungen führen zu abweichenden Ergebnissen.

Das aber hindert die Führungsmacht des Westens nicht daran, den Anspruch auf Demokratie als ethische Grundlage für Infiltration, Umsturz und Krieg zu nehmen, wo immer es strategisch vorteilhaft erscheint. Dies ist Anlass genug, einen Blick auf die demokratische Qualität der USA selbst zu werfen.

In den USA kann niemand Kandidat für das Amt des Präsidenten werden, der nicht mindestens eine Milliarde US-Dollar aufwenden kann, für Senatoren und Gouverneure gilt das mit entsprechenden Prozentsätzen Abschlag. Vor der Wahl, die sie gegen Trump verlor, hatte Hillary Clinton erklärt, sie versuche, für ihre Kampagne zwei Milliarden Dollar zu sammeln.

Eine solche Kandidatensuche widerspricht dem demokratischen Prinzip der Gleichheit, weil nur Super-Reiche daran teilnehmen können. Oder aber ein von diesen ausgewählter Kandidat – Beispiel Obama – wird von ihnen mit den nötigen Mitteln ausgestattet und verbleibt somit seinen Lebtag in der Abhängigkeit von seinen Gönnern. Auch das widerspricht demokratischen Regeln. Die USA sind keine Demokratie, sie sind eine klassische Plutokratie, das heißt, es gibt die Herrschaft nicht des Volkes, sondern einiger sehr reicher Menschen und Clans. Arend Oetker, der von 2000 bis 2005 Vorstandsvorsitzender der Atlantik-Brücke war, hat über die Bedeutung dieser US-gelenkten Propagandaorganisation, die der frühere Weltbankpräsident McCloy und der Großbankier Eric Warburg gegründet haben, und die den Einfluss der USA in Deutschland fördert, gesagt: „Die USA werden von 200 Familien regiert und zu denen wollen wir gute Kontakte haben.“

Seither dürfte die Zahl der Familien geringer und ihr Vermögen größer geworden sein. Wenn es schon um die demokratische Qualität der USA schlecht bestellt ist, dann, so hofft man, dürfte doch wenigstens ihre Rolle als Statthalter der Menschenrechte, die sie über den ganzen Kalten Krieg gespielt haben, außer Zweifel stehen. Doch auch hier gibt es Überraschungen. Denn am 26. Oktober, kaum zwei Monate nach dem 11. September, wurde der Patriot Act erlassen, der die wesentlichen Bürgerrechte außer Kraft setzt. Die ungewöhnlich kurze Zeit der Rechtssetzung lässt es so ausschauen, als habe das Weiße Haus nur auf eine Gelegenheit gewartet, die Vorlagen aus der Schublade zu nehmen und durch den Kongress zu peitschen, was angesichts der damaligen Stimmung nicht schwer war.

Das Gesetz schafft mehr oder minder vollständig das Fernmeldegeheimnis und den Schutz der Privatsphäre ab, Hausdurchsuchungen sind erlaubt, auch ohne Wissen des Betroffenen, das Bankgeheimnis ist abgeschafft, und jedermann kann auf Verdacht für unbestimmte Zeit in Haft genommen werden, ohne das Recht auf einen Anwalt. Mit diesem Standard der

Menschenrechte dürften die USA weit hinter manchem Land liegen, das sie einer un-demokratischen Ordnung oder der Verfehlungen gegen die Menschenrechte zeihen oder aus solchen Gründen schon überfallen haben.

Wenn sich die westliche Allianz schon nicht aus Respekt vor anderen Kulturen davon abhalten lässt, ihren Frieden zu stören, so sollte sie sich angesichts des einschlägigen Zustandes ihrer Führungsmacht für ihren nächsten Krieg – sei es in Venezuela oder anderswo – eine bessere Ausrede zu rechtlegen als diejenige des Demokratie-Exportes.

Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltansicht aufs Korn genommen.

Wie bestellt und nicht abgeholt

Zwei Bildhauer-Genies – Duisburg stellt den vor 100 Jahren gestorbenen Wilhelm Lehmbruck neben Rodin

Vor 100 Jahren beging der Bildhauer Wilhelm Lehmbruck Selbstmord. Der von Depressionen geplagte Künstler sah in Rodin ein Vorbild. Entsprechend ehrt Duisburg ihn jetzt mit der Schau „Lehmbruck & Rodin“.

Ob emporsteigender oder niedergestürzter Jüngling: Die Bildhauerei Wilhelm Lehmbrucks beeindruckt. Seine spindeldünne „Kniende“ (1911) gilt als Verkörperung der modernen Bildhauerei schlechthin. Aber obwohl er ein erfolgreicher Künstler war, hatte er mit nur 38 Jahren genug vom Leben und drehte am 25. März 1919 in seinem Berliner Atelier die Gashähne auf.

„Keiner weiß warum“, sagt Söke Dinkla. Sie ist Direktorin des Duisburger Lehmbruck Museums. Es beherbergt die weltgrößte Sammlung des Bildhauers, der sich auch mit Gemälden und Grafiken hervortat. Das von Lehmbrucks Sohn Manfred entworfene Museum zeigt die Gedächtnisschau „Schönheit. Lehmbruck & Rodin – Meister der Moderne“. Sie umfasst 100 Werke der beiden Künstler sowie einige Arbeiten von neun Zeitgenossen und Nachfolgern.

Warum spielt Auguste Rodin in Lehmbrucks Gedächtnisschau eine so prominente Rolle? Weil sich der 1881 in Duisburg-Meiderich geborene Bergmannssohn intensiv mit dem Werk des Franzosen beschäftigte. Nachdem sich Lehmbruck mit Gattin Anita 1910 in Paris niedergelassen hatte, lernte er Rodin persönlich kennen. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs veranlasste Lehmbruck zum Umzug nach Berlin, wo er sich zum Sanitätsdienst meldete.

Von 1917 an lebte der Künstler mit Anita und den drei Söhnen in Zürich. Dort verliebte sich der unter Depressionen leidende Künstler unglücklich in die junge Schauspielerin Elisabeth Bergner. Sie saß ihm Modell für die Halbfigur der ausgesprochen hochnäsigen wirkenden „Betenden“ (1918).



Grazile Schönheit: Lehmbrucks „Die Badende“ von 1902 (l.). Oben: Selbstporträt des Künstlers

Bilder (2): Lehmbruck Museum/Frank Vinken

Museumsdirektorin Dinkla bezeichnet die Werke von Rodin und Lehmbruck als „verstörend schön“. Denn beide setzten sich von der akademischen Kunst ab, deren Vorbild die harmonisch proportionierten Körper antiker Bildwerke waren. Rodin und Lehmbruck aber strebten nach modernem künstlerischen Ausdruck. Lehmbruck äußerte: „Zeitgemäß muss die Kunst sein, nicht ein Wiederaufgreifen alter Stile.“

Die Ergebnisse dieses Bestrebens fallen jedoch trotz verwandter Darstellungsthemen verschieden aus. Rodins gedrungene Figuren neigen zu Gefühlsausbrüchen und vermitteln den Eindruck von Bewegung. Lehmbrucks überlängte Gestalten setzen hingegen auf Ruhe und Zurückhaltung. Dinkla bringt das auf die Formel: „Das Introvertierte (Lehmbrucks) und das Extrovertierte (Rodins) sind das Gegensatzpaar, das wir in den

Figuren der beiden Bildhauer wiederfinden.“

Seinen „Sitzenden Jüngling“ (1916/17) bezeichnete Lehmbruck als Gegenentwurf zu Rodins „Denker“ (1881/82): „Sehen Sie, das ist meine Konzeption eines Denkers. Rodins ‚penseur‘ ist muskulär wie ein Boxer. Was wir Expressionisten suchen ist: präzise aus unserem Material den geistigen Gehalt herauszuziehen.“

Rodins „Penseur“ erklärt das Denken zum Kraftakt. Der nach vorn gebeugte Oberkörper ist angespannt, die Rechte gegen das Haupt gestemmt und die Unterschenkel sind zum Körper hin angewinkelt. Man macht sich darauf gefasst, dass er jeden Moment aufspringen und zur Tat schreiten könnte. Lehmbrucks magerer „Sitzender Jüngling“ wirkt dagegen ausdrucksvoll niedergeschlagen. Er lässt das ungestützte Haupt tief hängen und streckt die

Unterschenkel vor, sodass an schnelles Aufstehen nicht zu denken ist. Zwar signalisiert die zur Faust geballte Rechte Tatkraft, die schlaff herunterbaumelnde Linke aber verrät Unentschlossenheit.

Dinkla verallgemeinert diese Beobachtung: „Lehmbrucks Skulpturen sind gezielt mehrdeutig.“ So weist sein „Emporsteigender Jüngling“ (1913/14) mit den Fingern in die Höhe, aber neigt den Kopf nach unten. Und sein Frauenakt „Große Sinnende“ (1913) könnte ebenso gut „Wartende“ heißen, denn mit ihrem hinter den Rücken geführten rechten Arm, dessen Finger das linke Handgelenk umgreifen, wirkt sie wie bestellt und nicht abgeholt.

Der „Torso“ genannte fragmentierte Körper war eine wichtige Anregung, die von Rodins Schaffen ausging. Ihm ist die umfangreiche letzte Abteilung gewidmet. Sie beginnt mit Rodins „Das

Gebet“ (1909) betitelter Darstellung einer nackten Frauenfigur ohne Kopf, Arme und Unterschenkel. Er war der erste Bildhauer, der den Torso zum eigenständigen Kunstwerk erhob. Sein Beispiel machte Schule. Das belegt die Schau mit stark abstrahierten Werken von Arp, Archipenko und Brancusi. Lehmbruck gewann die Torsi entweder durch Zerteilung seiner Ganzfiguren, bevorzugt der weiblichen, oder durch von vornherein als solche konzipierte Neuschöpfungen.

Die eindrucksvollste dieser Plastiken ist der armlose, bis etwa zur Hälfte des Oberkörpers wiedergegebene „Kopf eines Denkers“ (1918). Während das Haupt als Sitz des Geistes unversehrt ist, wirkt der körperliche Rest regelrecht verkümmert. Davon ausgenommen ist die an den Brustkorb gelegte linke Hand. Sie formt ein Herz. Lehmbrucks Freund, der Dichter Fritz von Unruh, äußerte 1919 über dieses Werk: „Ein Kopf, der nicht durch seine Sinnesorgane in die Plastik tritt, sondern durch die Wölbung des Stirnschädels die Gedankenwelt zur Dominante unseres Leibes erhebt.“

Wilhelm Lehmbruck ist neben seiner Frau Anita auf dem Duisburger Waldfriedhof bestattet. Auf der Stele am Ehrengrab stand ein Eisenguss des „Kopfes eines Denkers“. Er wurde vor einigen Jahren gestohlen. Der 100. Todestag gab den Anstoß, das Ehrengrab wieder mit dem „Kopf eines Denkers“ zu schmücken. Diesmal als vor Metalldieben sicherer Steinguss. Veit-Mario Thiede

Bis 18. August im Lehmbruck Museum, Friedrich-Wilhelm-Straße 40, Duisburg, geöffnet Dienstag bis Freitag von 12 bis 17 Uhr, sonnabends und sonntags von 11 bis 17 Uhr, Eintritt: 9 Euro. Katalog: Hirmer Verlag, 208 Seiten, 39,90 Euro. Empfehlenswert ist Marion Bornscheuers kleine Künstlerbiografie „Wilhelm Lehmbruck“, Wienand Verlag, 95 Seiten, 12,95 Euro. Internet: www.lehmbruckmuseum.de

MELDUNGEN

Wiedervereinertes Paar im Kabinett

Berlin – Das Pastellbild „Dame im Coupé“ und die Gouache „Schutzmann im Winter“ galten seit ihrer Auslagerung im Zweiten Weltkrieg als verschollen. Nun gelang dem Kupferstichkabinett der Staatlichen Museen zu Berlin die Rückgewinnung der beiden Blätter des Berliner Malers Adolph Menzel. Dazu musste das Museum die Zeichnungen über einen Kunstvermittler erneut aufkaufen. Kurz zuvor gelang dem Museum mit „Die Schlittschuhläufer“ und „Oberregierungsrat Knerk“ bereits der Rückerwerb zweier anderer Menzel-Bilder. Mit der „Dame“ hat übrigens der „Herr im Coupé“, der ebenfalls zur Sammlung des Kupferstichkabinetts gehört, seine Partnerin wiedergewonnen. Rund 74 Jahre nach ihrem Verschwinden werden die Werke erstmals wieder öffentlich präsentiert: vom 13. April bis 4. August in der Ausstellung „In bester Gesellschaft – Ausgewählte Erwerbungen des Berliner Kupferstichkabinetts 2009–2019“ und ab September in der großen Sonderausstellung „Menzel. Maler auf Papier“. tws

Osterkonzert am Schweizer See

Lucern – Mit Chorwerken von Bach, Fauré, Gounod, Mozart und Vivaldi läuten die Wiener Sängerknaben am 6. April in der Jesuitenkirche das Osterfestival von Luzern ein. Höhepunkt des seit 1988 bestehenden Klassikfests am Vierwaldstättersee ist am 10. April die bereits ausverkaufte Aufführung von Verdis „Requiem“ unter Teodor Currentzis. Für alle anderen acht Veranstaltungen gibt es aber noch Karten, so auch für das Abschlusskonzert am 14. April mit dem Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks. Der 90-jährige Maestro Bernard Haitink dirigiert Mozart und Bruckner. Karten: www.lucernefestival.ch tws

Fraternisierung mit dem Feind

Keira Knightley im Film »Niemandland« – Eine Liebe im kriegszerstörten Hamburg

Der „Deutsche“ hatte in der angelsächsischen Filmindustrie lange Zeit einen ähnlichen Ruf wie der Teufel im Christentum: Er war das Böse an sich, ein Feindbild, ein Buhmann.

Dass sich die Zeiten geändert haben, kann man an dem britischen Film „Niemandland“ ablesen, der am 11. April in die Kinos kommt. Darin geht eine von Englands Kinostar Keira Knightley gespielte britische Offiziersgattin im kriegszerstörten Hamburg mit einem Deutschen fremd. Nun kann man leicht dem Deutschen die Schuld in die Schuhe schieben, dass eine intakte Ehe in die Brüche geht. Doch der vom schwedischen Schauspieler (warum eigentlich kein Deutscher?) Alexander Skarsgård gespielte Hamburger Stefan Lubert ist selbst eine sehr sympathische und vom Bombenkrieg als tragisches Opfer gezeichnete Figur.

Der Film, der im Winter 1946 spielt, ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. So drückt eine ausländische Filmproduktion, in die allerdings auch deutsche Fördergelder flossen, ernsthaftes Interesse an den deutschen Bombenopfern aus. Dazu brauchte es gut 75 Jahre, bis nämlich eine Einzelgeneration die Handlungen ihrer Großeltern hinterfragte.

Im Fall von „Niemandland“ verarbeitete der Waliser Autor Rhidian Brook die Geschichte seines Großvaters, der als britischer Besatzungsoffizier im zerstörten Hamburg lebte. Im Roman, der 2013 als „The Aftermath“ erschienen ist, wie im Film wird erzählt,

Damit ist die Konstellation einer „Ménage à trois“ gegeben, wobei sich die frisch angereiste Offiziersgattin Rachael anfangs Mühe gibt, nicht mit dem Feind zu fraternisieren. Einem Deutschen, so lernt sie, reicht man nicht die Hand zur Begrüßung.

und es wird erwähnt, dass in nur einer Nacht so viele Bomben auf Hamburg fielen wie in London während des gesamten Krieges.

Mithilfe digitaler Effekte hat man die Kriegszerstörungen einigermaßen realistisch dargestellt. Die Stadt Prag, in der man ein paar Ruinen fand, war beim Dreh so etwas wie das Double für Hamburg, und auch Luberts Villa steht nicht an der Elbe, sondern an der Moldau. Immerhin fanden die Innenaufnahmen, wo sich Rachael nicht mit einem Bauhaus-Sessel von Mies van der Rohe anfreunden kann, in einem Schloss nahe Hamburg statt.

Das mit internationalen Stars besetzte Kinodrama – als Rachael Mann ist noch Australier Filmheld Jason Clarke mit von der Partie – gibt sich alle Mühe, das deutsche Kriegsleidens ins rechte Licht zu rücken. Allerdings kommt diese Gutmenschen-Geschichte von Deutschen und Briten nur schleppend voran. Das historische Korsett scheint den Schauspielern die Luft zum Atmen zu nehmen, und zwischen Knightley und Skarsgård funkt es nie wirklich. Dass zur dramatischen Überspitzung auch noch „Werwolf“-Attentate mit ins Spiel gebracht werden, macht die Sache nicht spannender. Harald Tews



Einem Deutschen (Alexander Skarsgård, l.) reicht man nicht die Hand: Keira Knightley (r.) als britische Offiziersgattin Rachael

wie er eine Villa mit Elbblick in dem von den Bomben verschonten Stadtteil Blankenese requiriert, wobei er den Hausherrn, einen Architekten, nicht ganz aus dem eigenen Haus vertreibt und ihn samt Tochter gnädigerweise im Dachgeschoss wohnen lässt.

Überhaupt spricht der Film unheimlich viele Wahrheiten aus, die vor allem für das angelsächsische Publikum neu sein dürften. Bei dem im Juli 1943 durch den von britischen Bomben entfachtem Feuersturm wird die Zahl von 40.000 getöteten Hamburgern genannt,

Unter der Toga

Pompeji im neuen Museum von Nîmes

Städte wie Doha, wo jüngst das Nationalmuseum in Form einer Wüstenrose eröffnet wurde, schmücken sich gerne mit ausgefallener Museumsarchitektur. Seit vergangenem Sommer lockt auch das südfranzösische Nîmes viele Geschichtsmuffel dank einer Museumsattraktion in die Stadt.

Direkt im Stadtzentrum und in Sichtweite des weltbekanntesten antiken Amphitheaters liegt ein neuer Hingucker: das für knapp 60 Millionen Euro erbaute Römische Museum. Es beherbergt auf 9200 Quadratmetern an die 5000 antike Schätze, die aber nur eine Nebenrolle spielen. Das Gebäude selbst will bewundert sein. Die französisch-brasilianische Architektin Elizabeth de Portzamparc will mit der gewellten Fassade an den Faltenwurf einer römischen Toga erinnern.

Im Inneren ergeben sich durch geschwungene Fenster spektaku-

läre Panoramblicke unter anderem auf das Ende des 1. Jahrhunderts n. Chr. nach dem Vorbild des römischen Kolosseums erbaute Amphitheater, das zu den besterhaltensten überhaupt zählt.

Eine neue Sonderausstellung konterkariert diese heile antike Welt, geht es doch vom 6. April bis 6. Oktober mit „Pompeji, eine vergessene Episode“ um die Zerstörungen, die der Vesuv im Jahr 79 n. Chr. angerichtet hat. Anhand von Ausgrabungszeugnissen wird die Geschichte von Plinius dem Älteren erzählt, der mit zwölf Schiffen eine Rettungsaktion für die Bevölkerung startete. Das Unternehmen scheiterte, wobei der Retter dabei selbst ums Leben kam. Wer bis Oktober nach Südfrankreich fährt, sollte unbedingt einen Museumsabstecher nach Nîmes unternehmen. H. Tews

www.museedelaromanite.fr



Spektakulärer Museumsneubau: Das Musée de la Romanité in Nîmes

Bild: action press

Historiker wider den Zeitgeist

Debatten scheute er nicht – Vor 25 Jahren starb Golo Mann

Seine „Lieblingsgestalt in der Geschichte“ sei „Bismarck, trotz allem“. Der Historiker und Schriftsteller Golo Mann bekannte dies 1980 beim Ausfüllen des von Marcel Proust inspirierten und nach diesem benannten Fragebogens. Seine Antwort auf die Frage, „Was möchten Sie sein?“ lautete: „Jemand, der glücklicher ist als ich.“ Bereits früher hatte er geäußert, er wisse nicht, ob er „zu sehr viel Lebensfreude überhaupt bestimmt“ gewesen sei.

Golo Mann wurde am 27. März 1909 als drittes Kind des Literaten und nachmaligen Nobelpreisträgers Thomas Mann in München geboren. Eigentlich lauteten seine Vornamen Angelus Gottfried Thomas. Die Mutter notierte 1911: „Golo, wie er sich nennt, wird immer verständiger ...“ Den selbstgeformten Vornamen sollte er ein Leben lang beibehalten. Das Verhältnis zum berühmten Vater war problematisch. So äußerte er einmal: „Jede zehn Minuten in seiner Gegenwart waren eine Grausamkeit.“ Trotz späterer Entspannung litt Golo Mann zeitlebens darunter, wenn er in erster Linie als Sohn von Thomas Mann und nicht aufgrund seines eigenen Wirkens wahrgenommen wurde. Nach dem Besuch der Internatsschule Schloss Salem und dem Studium wurde er in Heidelberg bei dem Philosophen Karl Jaspers promoviert.

Der Familie folgend, verließ er 1933 Deutschland, lebte unter anderem in Frankreich und der Schweiz. Als er nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges von der Schweiz aus nach Frankreich einreiste, wurde er interniert, obwohl seiner Familie bereits 1936 die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt worden war. Frei kam er, nachdem sein Vater und die US-Hilfsorganisation Emergency Rescue Committee interveniert hatten. Die Ausreise gestaltete sich jedoch abenteuerlich. Schließlich gelangte er gemeinsam mit seinem Onkel Heinrich Mann und Franz Werfel sowie deren Ehefrauen über Spanien und Lissabon in die USA. Publizistisch war er dort, wie schon zuvor, zusammen mit seinem Bruder Klaus tätig. Er nahm die Staatsbürgerschaft der USA an und trat in deren Armee ein.

Als deutscher Muttersprachler war er prädestiniert für die Mitarbeit an deutschsprachigen Programmen US-amerikanischer Militärsender. Für die American Broadcasting Station sprach er ebenso Kommentare wie für den Geheimsender 1212, der gegenüber seinen deutschen Hörern vorgab, ein deutscher Sender zu sein. Nach dem Krieg blieb Mann

folgte er einem Ruf als Professor für Politische Wissenschaft an die Technische Hochschule Stuttgart. Ab 1965 war Mann freischaffend tätig. Er bezog das elterliche Haus in Kilchberg am Zürichsee. Zu den politischen Debatten der Zeit erhob er wiederholt seine Stimme. Stets umstritten, wurde er immer gehört.

zur Persönlichkeit. Seiner „Lieblingsgestalt“ Otto von Bismarck widmete Mann zwar keine große Biographie, wandte sich aber bereits in seinem ersten Buch einer nicht minder komplexen Figur zu – Friedrich von Gentz. Mann stellt in dem gleichnamigen Werk den Mitarbeiter Clemens von Metternichs, der sich nicht nur politisch, sondern vor allem auch publizistisch

sich Mann nachdrücklich gegen die „Theoriebedürftigkeit der Geschichte“. 1978 hielt er ein „Plädoyer für die historische Erzählung“, damals gänzlich gegen den Strom der „fortschrittlichen“, in soziologischen Modellen das Heil sehenden Geschichtswissenschaft. Der Biograf Urs Bitterli konstatiert, Mann sei im „akademischen Umfeld des deutschsprachigen

der 1940er Jahre: „Diese beiden kann das Land jetzt nicht gebrauchen. Der Marxismus für feine Leute stürzt die Deutschen nur aus einer Verwirrung in eine andere.“ Gerächt haben sich „diese beiden“, sie verhinderten später Manns Berufung auf einen Frankfurter Lehrstuhl. „Heimlicher Antisemitismus“ wurde ihm unterstellt und Horkheimer war sich nicht zu schade, Manns Homosexualität als Nichteignungsgrund für die Professur anzuführen.

Mann, der 1932 noch in der „Sozialistischen Studentengruppe“ engagiert war und lange Willy Brandt und dessen Ostpolitik unterstützte, bis er die SPD in zu großer Nähe zum Kommunismus sah, nahm deutlich Stellung gegen die 68er-Bewegung. Genannt sei der Artikel: „Hört auf, Lenin zu spielen!“ Anlässlich der Entführung des später ermordeten Hanns Martin Schleyer durch die Rote Armee Fraktion (RAF) brachte er in einem „Welt“-Artikel im September 1977 die Möglichkeit der Hinrichtung von Terroristen ins Spiel.

Vehement setzte er sich für Franz Josef Strauß ein, als dieser 1980 das Amt des Bundeskanzlers anstrebte. Für Hans Filbinger brach er eine Lanze, als er dessen rechtfertigende Erinnerungen 1987 sehr positiv besprach.

Bezüglich der bevorstehenden deutschen Einheit war er zurückhaltend und – seiner Natur entsprechend – pessimistisch. „Sie werden wieder Unsinn machen“, schrieb er, und man würde „kein wirkliches Europa haben, wenn wir weiterhin Nationalstaaten hätten im Sinne der Vergangenheit“. Den Umbruch im Herbst 1989 hat Mann erwartungsgemäß begrüßt, und zwar so stark, dass sich der Lyrikliebhaber, der mehrere hundert Gedichte auswendig parat hatte, zu dem arg holprigen Vers „Sozialismus ade/Scheiden tut nicht sehr weh!“ hinreißen ließ.

Golo Mann, der einmal formulierte, alle Geschichte sei transparent, „nach dem Ewigmenschlichen hin“, ist am 7. April 1994 in Leverkusen, wo er in den letzten Monaten in der Familie seines Adoptivsohns gepflegt worden war, gestorben.

Erik Lommatzsch



Im März 1979 in seinem Haus in Zürich-Kilsberg, das er von seinem Vater übernahm: Der Historiker und Schriftsteller Golo Mann

beim Rundfunk, beteiligte sich am Aufbau von Radio Frankfurt. Als Zurückkehrender habe er „Scham über die unsagbaren Greuel, welcher seine eigene Nation sich schuldig gemacht“ habe, empfunden, von „Kollektivschuld“ sprach er jedoch nicht. Bezüglich der Alliierten äußerte er 1946: „... wie mir die Taten dieses Siegesgesindels zuwider sind, läßt sich mit Worten nicht ausdrücken.“

Mann lehrte von 1947 bis 1958 am kalifornischen Claremont Men's College Geschichte. 1960

Eine pessimistische, mitunter auch resignative Haltung gehörte zur Grundveranlagung Manns. Er war der Ansicht, wer wirklich gelitten habe, besitze ein Anrecht auf „Vergeltungsbedürfnisse“. Dies überliefert der Journalist und Historiker Joachim Fest in einem persönlich gehaltenen Essay. Fest formulierte auch, Mann habe „eine häufig ungehalten hervortretende Abneigung gegen alles Ideologiewesen und dessen Anwälte“ gehabt.

Charakteristisch für den Geschichtsschreiber war der Bezug

stisch betätigt hat, als „Gegenspieler Napoleons“ und „Vordenker Europas“ vor. Das Buch hatte er bereits im US-amerikanischen Exil verfasst. Auf Deutsch erschien es erstmals 1947.

Als Hauptwerk und zugleich Meisterstück der Geschichtsschreibung gilt „Wallenstein. Sein Leben erzählt von Golo Mann“. Seit der Schulzeit war Mann von der Gestalt des Feldherrn des Dreißigjährigen Krieges fasziniert. Unterstrichen durch die Titelwahl der 1971 erschienenen, mehr als 1000-seitigen Darstellung, wandte

Kulturbereichs ... zum Außenseiter und gleichzeitig, kurios genug, zu einem der meistgelesenen deutschen Historiker der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“ geworden. Letzteres betrifft neben dem „Wallenstein“ vor allem seine „Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts“, die 1958 erschien und wie seine anderen großen Werke bis heute lieferbar ist.

Über die führenden Vertreter der Frankfurter Schule, Max Horkheimer und Theodor Adorno, die Mann aus der Exilzeit bekannt waren, sagte er Ende

»Karneval des Wahnsinns«

Vor 100 Jahren wurde Bayern eine Räterepublik

Wie im Oktober 1917 in Russland und im März 1919 in Ungarn trat im April 1919 in Bayern ein weiteres Mal eine Räterepublik an die Stelle einer jungen bürgerlichen, parlamentarischen Republik, die ihrerseits einer Monarchie gefolgt war. Zwischen den dicht aufeinanderfolgenden Räterepublik-Proklamationen in Ungarn und Bayern besteht durchaus ein kausaler Zusammenhang. Die Nachricht von der Ausrufung der Föderativen Ungarischen Sozialistischen Räterepublik am 21. März 1919 (siehe PAZ Nr. 11 vom 15. März) gab den Protagonisten des Räteystems in Bayern Auftrieb. Die Schaffung einer roten Achse Bayern–Österreich–Ungarn–Russland erschien möglich. Am 4. April 1919 trat die Augsburger Arbeiterschaft in den Generalstreik, um die Ausrufung einer Räterepublik auf bayerischem Boden zu erzwingen. Zwei Tage später, am Abend des 6. April, gründete der Zentralrat der bayerischen Republik

und der Revolutionäre Arbeiter in München auf einer von Ernst Niekisch geleiteten Sitzung im Wittelsbacher Palais die Räterepublik Bayern. Neben der Staatsgründung mit Wirkung vom 7. April mittags wurde die Bildung eines neben dem Zentralrat agierenden Rates der Volksbeauftragten beschlossen.

Damit trat die Räterepublik Bayern in ihre erste Phase, die durch das Wirken anarchistischer Intellektueller geprägt war, bei denen es sich zum Teil um Abenteurer und manchmal sogar um pathologische Charaktere handelte wie im Falle des Volksbeauftragten für Äußeres Franz Lipp von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD), einer linken Abspaltung der SPD. Deshalb war der Zentralrat unter der Führung des Schriftstellers Ernst Toller (USPD) auch unfähig, seine vollmundig angekündigten Maßnahmen, darunter die Sozialisierung der Wirtschaft, umzusetzen. Angesichts

dessen sprach die Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) frustriert von einer „Scheinräterepublik“. Da sich außerdem bereits ab dem 9. April 1919 vielerorts lokaler Widerstand gegen die Räteherrschaft regte, blieb deren Einfluss auf den Raum Augsburg-München-Rosenheim beschränkt.

Am 12. April verlangte Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) die „Wiederherstellung des früheren Zustandes“ in Bayern und bot dem nach Bamberg geflüchteten Kabinett des Ministerpräsidenten Johannes Hoffmann, der vor der Ausrufung der Räterepublik, am 17. März 1919, vom bayerischen Landtag zum Nachfolger Kurt Eisners (siehe PAZ Nr. 7 vom 15. Februar) gewählt worden war, Militärhilfe an. Die Regierung Hoffmann setzte jedoch zunächst auf die von Alfred Seyffertitz geführte und im Dezember 1918 ausgedienten Frontsoldaten gebildete Republikanische Schutztruppe,

die der Räteherrschaft in München ein Ende bereiten sollte. Doch der hierzu initiierte Palmsonntagsputsch vom 13. April 1919 misslang aufgrund der heftigen Gegenwehr von Rotgardisten unter dem Kommando von Rudolf Egelhofer (KPD).

Daraufhin übernahmen KPD-Kader die Kontrolle über die Räterepublik, was deren zweite Phase einleitete. Die Betriebs- und Soldatenräte riefen im Hofbräuhaus eine Kommunistische Räterepublik aus, erklärten den Zentralrat für aufgelöst und etablierten einen 15-köpfigen Aktionsausschuss, der sowohl die gesetzgebende als auch die vollziehende Gewalt innehaben sollte und von dem aus Russland stammenden Berufsrevolutionär Eugen Leviné geleitet wurde.

Unmittelbar darauf versuchten Freikorps, nach München vorzudringen, was die eiligst neu aufgestellte Rote Armee Egelhofers aber zunächst verhindern konnte. Daran setzte Reichswehrminister Gustav Noske (SPD) auch

35 000 Mann reguläre Truppen unter dem früheren preußischen Generalleutnant Ernst von Oven in Marsch, um dem „Karneval des Wahnsinns“, wie Noske die Räteregierung nannte, ein Ende zu setzen. Das Vorrücken der Truppen führte zu Spannungen innerhalb des Aktionsausschusses, der schließlich nach einem Misstrauensvotum der Betriebs- und Soldatenräte am 27. April 1919 zurücktrat. Damit waren die kommunistisch geprägte Phase der Räterepublik und deren Ausrichtung an Moskau beendet.

Dem am nächsten Tag neu konstituierten 20-köpfigen Aktionsausschuss unter der Leitung von Toller gehörten keine KPD-Leute mehr an. Toller drängte angesichts der katastrophalen Ernährungslage in München auf Verhandlungen mit der Regierung Hoffmann, die jedoch auf bedingungsloser Kapitulation bestand.

Am 30. April 1919 erschossen Rotarmisten im Luitpold-Gymnasium zehn bürgerliche Geiseln, wahrscheinlich auf Befehl Egelho-

fers, der in den letzten Tagen der Räterepublik Bayern als deren eigentlicher Machthaber fungierte. Dieser Geiselmord führte auf Seiten der regulären Truppen Noskes und der Freikorpsverbände zu massiven Rachegehlüsten. Das bekamen deren Gegner in den Tagen vom 1. bis zum 3. Mai zu spüren, als die Verbände der sogenannten Weißen München und weitere von den Anhängern der Räterepublik gehaltene Orte außerhalb der Landeshauptstadt erstürmten. Hierbei gab es Hunderte von Toten aufseiten der Verlierer. Analog zu Ungarn wird in diesem Zusammenhang vom „weißen Terror“, der den „roten Terror“ abgelöst habe, gesprochen.

So endete die Räteherrschaft in Bayern. Ähnlich wie in Ungarn schlug auch in Bayern nach der Herrschaft der Räte das Pendel heftig in die andere Richtung aus. So mutierte Bayern nach der Zeit der Räterepublik zur konservativen „Ordnungszelle“ innerhalb der Weimarer Republik.

Wolfgang Kaufmann

Der mit dem Schuh haut

Nikita Chruschtschow entlarvte Josef Stalins Verbrechen – und löste fast einen Weltkrieg aus

Für die einen war er ein ungeheurer Bauerntölpel, der die Sowjetunion vor der Welt blamierte, für die anderen war er der Befreier von der blutigen Zwangsherrschaft des Stalinismus: Nikita Sergejewitsch Chruschtschow. Vor 125 Jahren, am 17. April 1894, wurde der Ukrainer in Kalinowka geboren.

Der Name des Parteichefs der KPdSU von 1953 bis 1964 und Regierungschefs der Sowjetunion von 1958 bis 1964 ist eng verbunden mit weltpolitischen Krisen während des Kalten Krieges. Dazu zählen die Niederschlagung des Arbeiteraufstandes in Posen und des Volksaufstandes in Ungarn 1956, die zweite Berlin-Krise 1958, der pöbelnde Auftritt vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen 1960, der Bau der Berliner Mauer 1961 und die Kubakrise 1962.

Dabei gab es durchaus Anlass zu Hoffnungen. Im Februar 1956 brach Parteichef Chruschtschow auf einer Geheimsitzung des XX. Parteitag der KPdSU erstmals das Schweigen über die Verbrechen Josef Stalins. Ausgerechnet Stalin, der sein Entdecker und Förderer gewesen war. Während des Studiums hatte Chruschtschow Stalins Ehefrau Nadjeschda Allilujewa kennengelernt. Durch sie bekam er Kontakt zu Stalin, der ihn zum Essen einlud. Chruschtschow nannte die Allilujewa sein „Lotterielos“.

Chruschtschows Vater arbeitete als Bergmann im Donezbecken in der Ukraine. Den gleichen Beruf ergriff der Sohn. 1918 trat er in die Kommunistische Partei ein, kämpfte in der Roten Armee. Ganz auf der politischen Linie Stalins, stieg er in der Partei auf. Bereits 1933 war er Chef des Moskauer Gebietspartei-Komitees, 1934 saß er im Zentralkomitee (ZK), 1939 war er Mitglied im Politbüro. Er überlebte nicht nur die blutigen Säuberungen Stalins, den sogenannten Großen Terror, er unterstützte ihn als einer der engsten Vertrauten des Diktators. Während andere hohe Parteikader reihenweise liquidiert wurden, machte Chruschtschow Karriere. Er verstand es, sich bei den Machtkämpfen wegzuducken, den ungefährlichen Tölpel zu spie-

Pöbelnder Auftritt vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 23. September 1960: Nikita Chruschtschow mit seinem Schuh

Bild: pa



len. Seine Konkurrenten überschätzten ihn schlicht.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Chruschtschow ZK-Sekretär. In diesem Amt war er, als Stalin im März 1953 starb. Der gefürchtete Chef des Geheimdienstes, Lawrentij Berija, galt als besonders aussichtsreicher Nachfolgekandidat. Chruschtschow gehörte zu dessen Gegnern. Drei Monate nach Stalins Tod wurde Berija verhaftet und erschossen. Als „kollektive Führung“ teilten sich Chruschtschow als Erster Sekretär des ZK und damit Parteichef sowie Malenkov als Mini-

sterpräsident und damit Regierungschef die Macht. Dieses Kollektiv hielt nicht lange. 1955 kritisierte Chruschtschow Malenkov öffentlich, wenig später erklärte Malenkov seinen Rücktritt. Nikolaj Bulganin folgte als Regierungschef. Chruschtschow bestimmte nun zunehmend. Noch im Sommer des Jahres schrieb er die Teilung Deutschlands in zwei Teile fest.

Nach dem XX. Parteitag 1956, dem ersten nach dem Tod seines Förderers Stalin, lud der Erste Parteisekretär ausgewählte Delegierte zu einer geheimen Sondersitzung.

Notizen wie Tonbandmitschnitte waren nicht erlaubt. Chruschtschow behauptete zwar später, spontan gesprochen zu haben, doch las er die Rede Wort für Wort vom Blatt ab. Er sagte, Stalin sei als Übermensch mit gottähnlichen Eigenschaften stilisiert worden und habe absolute Unterwerfung verlangt. Wer sich widersetzte, sei moralisch und physisch vernichtet worden. Der Tyrann habe seine Macht missbraucht, habe ganze Kader liquidieren lassen.

Eine knappe Mehrheit im Politbüro, darunter Bulganin, versuchte

1957 als Reaktion auf diese Rede Chruschtschow auszubooten, scheiterte aber. Der Parteisekretär übernahm im Folgejahr Bulganins Amt als Ministerpräsident. Damit vereinte Chruschtschow die Ämter des Partei- und des Regierungschefs wieder in einer Person.

Außenpolitisch löste Chruschtschow 1958 die zweite Berlin-Krise aus, als er den Abzug der westlichen Alliierten aus West-Berlin verlangte bei gleichzeitiger Umwandlung in eine entmilitarisierte freie Stadt. Der Westen unter Führung des US-Präsidenten John F.

Kennedy lehnte ab. In dieser Situation schossen die Sowjets ein US-amerikanisches Spionageflugzeug ab, ein geplantes Gipfeltreffen in Paris platzte daraufhin.

Die Lage war extrem angespannt, als Chruschtschow 1960 an der UN-Vollversammlung in New York teilnahm. Zur Debatte stand die Entkolonialisierung. Ein Delegierter der Philippinen hatte die Sowjetunion beschuldigt, die Grundrechte zerstört zu haben. Chruschtschow hämmerte mit seinem Schuh auf den Tisch und schäumte: „Warum darf dieser Nichtsnutz, dieser Speichellecker, dieser Fatzke, dieser Imperialistenknecht und Dummkopf – warum darf dieser Lakai der amerikanischen Imperialisten hier Fragen behandeln, die nicht zur Sache gehören?“

Die Welt belächelte den peinlichen Auftritt. Aber nicht lange. Die Sowjetunion beschloss 1962, Fidel Castro mit Waffen und militärischen Ausbildern zu unterstützen. Chruschtschow drohte, ein Eingreifen der USA werde einen Dritten Weltkrieg zur Folge haben. Kennedy konterte „notfalls mit Waffengewalt“ zu antworten, sollte versucht werden, von Kuba den Kommunismus auf andere Länder zu übertragen. Den Einsatz von Kernwaffen schloss er nicht aus. Inzwischen waren sowjetische Mittelstreckenraketen auf Kuba stationiert. Die US-Amerikaner verhängten eine Seeblockade. Castro ließ mobil machen. Chruschtschow gab letztendlich nach, die Raketen wurden abgezogen. Die Sowjetunion sah wie ein Verlierer aus.

Die Kubakrise war nur einer der Anlässe, die zur Entmachtung Chruschtschows führten. Seine vorsichtige Annäherung an die Bundesrepublik, das gestörte Verhältnis zur KP Chinas und Misserfolge bei der Reform der Landwirtschaft gehörten ebenfalls dazu. Am 14. Oktober 1964 verlor Chruschtschow seine Ämter als Parteichef und Ministerpräsident. Die „Prawda“ meldete erst zwei Tage später, Chruschtschow sei „wegen seines vorgerückten Alters in Rente gegangen“. Der Rentner zog sich auf seine Datscha zurück. Dort starb er am 11. September 1971 an Herzversagen. Klaus J. Groth

Tödliche Falle für den »Caudillo del Sur«

Der Film »Vivat Zapata!« mit Marlon Brando in der Titelrolle machte Mexikos gleichnamigen Revolutionshelden auch in Deutschland bekannt

Im Jahre 1952 wurde Marlon Brando bei den Filmfestspielen in Cannes zum besten Darsteller gewählt und im darauffolgenden Jahr erhielt er den British Film Academy Award als bester ausländischer Darsteller und wurde für den Oscar nominiert. Im Gegensatz zu Brando wurde Anthony Quinn 1953 nicht nur für den Oscar nominiert, sondern erhielt ihn sogar als bester Nebendarsteller. Zu verdanken hatten die beiden Schauspieler die Ehrungen ihrem Mitwirken in dem Hollywoodstreifen „Viva Zapata!“ des Regisseurs Elia Kazan aus dem Jahr 1952, der den Titelhelden auch in Deutschland bekannt machte. In Emiliano Zapatas Heimat bedurfte es hierzu nicht des Kinofilms. Noch heute gibt es in Mexiko eine Ejército Zapatista de Liberación Nacional (EZLN, Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung), die sich den Zielen dieses Führers der mexikanischen Revolution verschrieben hat.

Wie viele Volkshelden entstammte Zapata den Kreisen jener, für deren Rechte er sich stark machte und deren Führer er wurde. Im Gegensatz zu 97 Prozent der Landbevölkerung besaßen seine Eltern zwar eigenen Boden zum

Bewirtschaften, aber auch sie waren nicht rein europäischer Abstammung, sondern Mestizen, also Mischlinge indianischer und weißer Herkunft, und lebten auf dem Land. Südlich der Landeshauptstadt Mexiko-Stadt, im Dorf San Miguel Anenecuilco im Bundes-



Emiliano Zapata

staat Morelos, kam Zapata am 8. August 1879 zur Welt. Im Alter von 30 Jahren wurde er zum Sprecher seines Dorfes gewählt.

Als 1910 die Mexikanische Revolution ausbrach, schlug Zapata sich auf die Seite von Francisco Madero gegen das Regime des

Präsidenten Porfirio Díaz. So wie Zapata, der „Caudillo del Sur“ (Führer des Südens), mit seinen rund 4000 besitzlosen Landarbeitern im Süden, kämpfte Pancho Villa im Norden Mexikos für Madero. Und es gelang, Díaz zu vertreiben. Der Präsident, der sich auf Großgrundbesitzer, Industrielle, Großkaufleute und Bankiers gestützt hatte, trat zurück und ging nach Frankreich ins Exil. Der Weg für Madero war frei. Am 6. November 1911 wurde er Mexikos neuer Präsident.

Wie in „Viva Zapata!“ zutreffend geschildert, machte Madero jedoch dort weiter, wo Díaz aufgehört hatte. Zapata reagierte darauf mit dem Plan von Ayala, den er am 25. November unterzeichnete und drei Tage später in Ayala-Stadt unweit seines Geburtsortes verkünden ließ. Kernpunkte waren freie Wahlen, die Durchführung einer Bodenreform zugunsten der landlosen Bauern und der Rücktritt Maderos.

Letzterer verlor die Unterstützung jener, die ihn an die Macht gebracht hatten, ohne dabei die Unterstützung jener zu gewinnen, gegen die er an die Macht gelangt war. Victoriano Huerta, ein Brigade-

general aus der Zeit von Díaz, den Madero nicht nur wie die gesamte Elite Díaz' übernommen, sondern sogar mit dem Oberkommando über die Armee betraut hatte, wandte sich gegen seinen Förderer, putschte 1913 gegen ihn und ließ ihn schließlich sogar töten.

So wie einst Madero der Hoffnungsträger der Opposition gegen Díaz gewesen war, wurde nun Venustiano Carranza, der Gouverneur von Coahuila, zum Hoffnungsträger gegen Huerta. Wieder kämpften Villa im Norden und Zapata im Süden für den neuen Hoffnungsträger. Wieder war der Aufstand erfolgreich. Wie zuvor schon Díaz ging 1914 auch Huerta nach Europa ins Exil, allerdings mit dem Unterschied, dass er dort nicht blieb, sondern später in die USA reiste, wo er 1916 auch starb.

Wie einst Madero erwies sich auch Carranza für Zapata und Villa als Enttäuschung. Carranza strebte die Alleinherrschaft an und war nicht bereit, die Macht mit seinen einstigen Weggefährten zu teilen. Carranza hatte den Vorteil, dass er mit Álvaro Obregón einen sehr begabten militärischen Befehlshaber hatte. Der Autodidakt verstand es, mit dem Einsatz

von Schützengraben, Maschinengewehren und Stacheldraht für die Verteidigung Lehren aus dem Ersten Weltkrieg zu ziehen. Von Obregón unterstützt, wandte sich Carranza als erstes gegen Villa im Norden. In der Entscheidungsschlacht um Ciudad Juárez vom 15. und 16. Juni 1919 gelang es Carranza schließlich, mit US-amerikanischer Hilfe Villas Mannen zu marginalisieren.

Nun konnte sich Carranza ganz auf Zapata im Süden konzentrieren. Zu dessen Ausschaltung bediente sich der Präsident schließlich eines Hinterhalts. Auf seine Anweisung hin signalisierte sein Oberst Jesús Guajardo Zapata den Willen, die Seite zu wechseln. Als Zapata Beweise für Guajardos Sinneswandel forderte, tötete dieser mit Zustimmung Carranzas ungefähr 50 von dessen Männern.

Auf Unterstützung dringend angewiesen, stimmte Zapata schließlich zu, Guajardo auf dessen Hacienda San Juan bei Chinameca in Morelos am 10. April 1919 zu besuchen. Als er mit einer zehnköpfigen Eskorte die Hacienda erreichte, erklang zur Begrüßung ein Horn. Das war das Signal für die auf den Dächern versteckten

Schützen, das Feuer auf ihn zu eröffnen. Zapata hatte keine Chance und starb im Kugelhagel.

Wie er starben später auch Carranza, Guajardo, Villa und Obregón eines unnatürlichen Todes. Carranza, der sich gegen Villa und Zapata erfolgreich durchgesetzt hatte, wurde bereits 1920 von Obregón mit Unterstützung von Zapatisten weggeputscht und geriet auf der Flucht in einen tödlichen Hinterhalt. Mit Carranza fiel auch Guajardo. Dieser wurde noch im selben Jahr erschossen. 1923 wurde Villa Opfer eines tödlichen Attentats. Hinter dem gut organisierten Anschlag wird Obregóns Regierung vermutet, da Obregón und Villa unterschiedliche Männer für die Nachfolge Obregóns im Präsidentenamts favorisierten. Obregón wurde 1928 selbst Opfer eines tödlichen Attentats. Dem Täter, einem römisch-katholischen Priesteramtskandidaten, war Obregóns Politik zu antikirchlich. Im darauffolgenden Jahr wurde der Attentäter hingerichtet. Mexikos Geschichte in der damaligen Zeit ist geprägt von enttäuschten Hoffnungen, wechselnden Fronten und Koalitionen sowie tödlicher Gewalt. Manuel Ruoff

Eine Brise frischer Wind

Noch hält die Käseglocke der Einheitsmeinung – Doch es gibt Zeichen der Hoffnung

Beim täglichen Blick in die großen Zeitungen oder auf die GEZ-finanzierten Nachrichten ist die überbordende Linkslastigkeit nach wie vor deutlich spürbar. Pauschal verdammt wird nahezu jede Äußerung, die auch nur vorsichtig die unreflektierte Willkommenskultur, das zerstörerische, naive Gutmenschenentum oder die Klimareligion hinterfragt. Kritiker werden diffamiert, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Argumenten findet kaum statt.

Noch sind es nur vereinzelte kleine Anzeichen

Neuerdings gibt es jedoch mitunter erstaunliche Meldungen. So äußerte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble Anfang März gegenüber der „Berliner Morgenpost“, dass die AfD „Teil der Politik“ sei. „Und ihre Wähler sind genauso ernst zu nehmen wie alle anderen Wähler.“

Genau genommen handelt es sich um eine sagenhafte Unverschämtheit, wenn ein Parlamentspräsident eines demokratischen Staates erklärt, dass eine Partei, die bei einer landesweiten Wahl 12,6 Prozent erreichte, zur Politik

gehöre und den Wählern gönnerhaft ernst zu nehmende Absichten zubilligt. Unter den gegebenen Umständen ist es allerdings schon bemerkenswert, im positiven Sinne. Ebenso Schäubles Feststellung, dass der Verfassungsschutz die AfD nicht öffentlich zum Prüffall erklären dürfe.

Ulrich Schellenberg, der Vorsitzende des „Deutschen Anwaltvereins“, dem immerhin etwa 66.000 Mitglieder angehören, nutzte den diesjährigen Neujahrsempfang zu einem groben verbalen Rundumschlag gegen den Bundestagsabgeordneten Stephan Brandner. Das juristische Magazin „Legal Tribune Online“ sprach im Januar von einem „Eklat“. Zu dem Empfang mit 200 Gästen, darunter Justizministerin Katarina Barley, war der AfD-Politiker Brandner in seiner Funktion als Vorsitzender des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages geladen.

Kurz nach Beginn seiner Rede habe Schellenberg gesagt, dass er bei AfD-Gesetzentwürfen immer eine „unfreiwillige Zeitreise in die Vergangenheit“ unternehme, die Partei gebrauche Vokabular der Nationalsozialisten, der Chef des Anwaltvereins sprach von „Entgleisungen“. Dem direkt angegriffenen Brandner verweigerte er die Möglichkeit zur Erwidern.

Aufgreifenswert wäre dies nicht, hätte nicht Ende Februar

dasselbe Magazin bekannt gegeben, dass Schellenberg als Anwaltvereinsvorsitzender zurückgetreten sei. Es sei „keine freiwillige Entscheidung“ gewesen. Neben dem Führungsstil Schellenbergs wurden als Gründe genannt: „Zu wenig berufspolitische Vision, zu viel Öffentlichkeitsarbeit zu allgemeinen politischen Themen.“ Eine direkte Verbindung wurde nicht hergestellt, aber das Verhalten gegenüber Brandner dürfte hier einzuordnen sein. Wahrscheinlich fühlten sich längst nicht alle im Verein organisierten Anwälte durch ihren Vorsitzenden gut repräsentiert.

Die Buchhändlerin Susanne Dagen, bekannt geworden als Initiatorin der „Charta 2017“, nahm im vergangenen September an einer öffentlichen Tagung zum Thema „Die Neue Mitte? Rechte Ideologien und Bewegungen in Europa“ teil. Veranstaltet wurde das Ganze vom „Deutschen Hygiene-Museum Dresden“, Kooperationspartner war unter anderem die „Bundeszentrale für politische Bildung“. Der Zugang zu einem „Workshop“, welchen eine Vertreterin der Amadeu-Antonio-Stiftung leitete, wurde Dagen verweigert. Die Veranstalter beugten sich der von einer Stasi-Denunziantin geleiteten Stiftung, welche jeglichen Diskurs von vornherein verweigerte.

Dass es in besagtem „Workshop“ ausgerechnet um „Echokammern“ ging, unterstreicht die Widersinnigkeit der Abweisung einer potenziell kritischen Stimme. Teilnehmer hätten sich durch die Anwesenheit der Buchhändlerin unter Druck gesetzt gefühlt, sie hätten dann Hemmungen gehabt, sich frei zu äußern. Der „Schutz von Engagierten auf einer Tagung“ habe Vorrang, so die „Workshop“-Leiterin. Susanne Dagen hat gegen ihren Ausschluss geklagt. Vor dem Dresdner Landgericht bekam sie nun Recht.

Immerhin: Der Richter gab Susanne Dagen recht

Die leicht geänderte Tonlage in Aussagen des Inhabers des zumindest formell zweithöchsten Staatsamtes, der wohl erzwungene Rücktritt des Anwaltvereinsvorsitzenden, nicht zuletzt wegen kompetenzüberschreitender Beschimpfungen einer ihm nicht genehmen Partei, oder die Entscheidung eines Richters gegen eine Linksideologie-triebende Stiftung sind vielleicht keine Tendenzwende, aber immerhin ein auffrischender Wind.

Erisk Lommatzsch



Moment der Woche

Nun gibt es also einen Beschluss: Das EU-Parlament will, dass die Umstellung von Normalzeit („Winterzeit“) auf Sommerzeit 2021 endet. Offen ist jedoch, welche Zeit dann dauerhaft gelten soll. Viele plädieren dafür, nicht zur dauerhaften Normalzeit zurückzukehren, wie sie bis 1980 in Deutschland galt, sondern das ganze Jahr bei der Sommerzeit zu bleiben.

Dagegen regt sich jedoch unterschiedener Widerstand von Medizinern und Pädagogen. Der Deutsche Lehrerverband warnt, dass die Schüler dann zwei Mo-

nate länger in völliger Dunkelheit zur Schule gehen müssten, was zu mehr Unfällen führen dürfte.

Mediziner erklären, dass das frühe Aufstehen für Teenager aufgrund ihres

Welche ist die »richtige« Zeit?

altes Biorhythmus' ohnehin eine Belastung darstelle, gerade in der dunklen Jahreszeit, wenn das blaue Sonnenlicht fehle, das uns wachmache. Eine dauerhafte Sommerzeit würde dieses Problem weiter verschärfen, was auf den Lernerfolg drücke. Die Debatte um die „richtige“ Zeit wird also weitergehen. *H.H.*

Die Pille gegen Lug und Trug

»Redpilling« ist der Schlachtruf der neuen Wahrheitsucher, die der Politischen Korrektheit den Garaus machen wollen

Ein neue Generation zeitkritischer Blogger hat die Nase voll von ideologischem Blendwerk. Die „Redpilling“-Bewegung will den Vorhang aus Lügen und Illusionen zerreißen. Was in den USA begann, greift nun auch auf Deutschland über.

Den Anstoß gab der US-amerikanische Kultfilm „Matrix“. Eine Schlüsselszene zeigt die heimliche Zusammenkunft der Hauptfiguren Morpheus und Neo. Hinter geschlossenen Gardinen hält Morpheus auf jeder Hand eine Tablette hin und spricht: „Das ist die letzte Gelegenheit, Neo. Danach gibt es kein Zurück mehr. Nimmst du die blaue Pille, endet die Geschichte. Du wachst in deinem Bett auf und glaubst, was du glauben willst. Nimmst du die rote, bleibst du hier im Wunderland, und ich zeige dir, wie tief der Kaninchenbau reicht.“

Neo langt nach einer der Kapseln. Da erhebt Morpheus nochmals die Stimme: „Bedenke! Alles, was ich dir biete, ist die Wahrheit, mehr nicht.“ Tapfer greift der Held die rote und spült sie mit einem Schluck Wasser hinunter. Davon schreckt er hoch aus seiner Scheinwelt, die ihm ein ausgeklügeltes System vorgegaukelt hat. Er taucht in einer herben Wirklichkeit auf, die ihm Übelkeit bereitet. Sein Vorleben in Unmündigkeit hatte ihm die Kraft geraubt, den Tatsachen ins Gesicht zu schauen.

Das große Kino von 1999 machte Schule. In den sozialen Netzwerken der USA begannen sogenannte „Redpillers“, dem Zeitgeist auf den Zahn zu fühlen und dessen Gemeinplätze anzufechten. Linke, Globalisierer, Multikulturelle, Feministinnen und Genderkrämer beschimpften die Freidenker als Faschisten.

Das Hickhack machte das bunte Kügelchen erst recht bekannt. Der feuerwehrröte Drops wurde zum Modewort für Aufklärung. Schriftsteller Timothy Klaver betitelte sogar ein frommes Buch da-

mit: „Redpilling Atheists“, soll heißen: Aufklärung von Gottesleugnern mittels roter Lutschpastillen. Laut der englischsprachigen Wikipedia versinnbildlicht das Bonbon nunmehr gesichertes Wissen, harte Tatsachen und freie Rede. Die blaue Pille steht für selbige Einfalt, Selbsttäuschung und Luftschlösser.

Die deutschsprachige Ausgabe des Weltnetz-Lexikons steuert einen erhellenden Artikel über den amerikanischen Dokumentarfilm „The Red Pill“ bei. Der Streifen von 2016 behandelt die Männerrechts-Bewegung der Vereinigten Staaten. Eine Journalistin glaubt, von Hass getriebene Frauenfeinde vor sich zu haben. Bei ihren Nachforschungen bröckelt das modische Weltbild. Sie beugt sich schließlich der Tatsache, dass Männer und Jungen in vieler Hinsicht im Nachteil sind.

Deren Selbstmordrate ist höher, ebenso die Zahl der Todesfälle am Arbeitsplatz, ihre Lebenserwartung umso geringer. Vor Familiengerichten werden sie benachteiligt. Häusliche Gewalt der Ehefrau findet kein Gehör. Ferner belegt der Film, wie Feminist*innen nach Art der deutschen Antifa Kundgebungen der Männerrechtsbewegung stören oder behindern. Zum Ende des Flimmerwerks schwört die Journalistin ihrem Weiblichkeitswahn ab.

In der Wirklichkeit ist es noch lange nicht so weit. In Deutschland musste noch ein Mann „Überfällige Anmerkungen zum Geschlechterkampf“ machen. Mit dieser Unterzeile versah Matthias Matussek im Jahr eins vor „Matrix“, also 1998, seine Streitschrift „Die vaterlose Gesellschaft“. Unlängst folgte als weiteres Werk „White Rabbit“, weißes Kaninchen. Ein solcher Nager kommt auch in dem Lichtspiel von der roten Pille vor. Dort wiederum war es eine Anspielung auf ein Lied dieses Namens der Gruppe Jefferson Airplane von 1967. Der Stammbaum des Kults reicht mit-

hin weit zurück. Matusseks Kaninchen berichtete „aus dem Innenraum der Vierten Gewalt“. Gemeint sind die Medien, die neben dem klassischen Dreigestirn Regierung, Gesetzgeber und Gerichtsbarkeit als gleichwertige Kraft im Staat walten wollen. Trefender wäre „fünftes Rad am Wagen“. „Denn die Medien haben sich – so scheint es – in den letzten Jahren in einen unkritischen Jubelchor der Regierung verwandelt und das Land in einen Hippiestaat, der so verrückt agiert, als gäben die Woodstock-Veteranen Jefferson Airplane mit ihrer psychedelischen Hymne den Takt vor“, heißt es bei Matussek.

An einer griffigen Übersetzung von „Redpilling“ fehlt es jedoch immer noch. Darum kommt die klärende Arznei hierzulande Englisch daher. Auf der Weltnetzseite „D-Generation“ serviert der Berliner Blogger Christian Hesse seinen Landsleuten das kesse Kügelchen so: „Redpilling beschreibt den Prozess der Erleuchtung und

Aufklärung aus dem tiefen Dornröschenschlaf der glückseligen Ignoranz.“

Weiter gibt es Saures für die Meinungs-Eunuchen der gutmenschlichen Medien. Zum „Redpillen“ von deren Opfern empfiehlt der Blogger Ehrlichkeit: „Wichtig ist immer aufrichtig zu sein, was ja nicht schwer ist, weil wir die Tatsachen auf unserer Seite haben und nicht wie Staatsfunk, Google und das Politikartell ständig die Fakten verdrehen müssen, um sie dem Narrativ anzupassen.“

Vor allem braucht es Geduld, meint der bekehrte Berliner: „Redpilling wird selten in einer halben Stunde zur Erleuchtung führen.“ Auch gebe es fast aussichtslose Fälle: „Einen grünen Betonkopf wirst Du nur schwer redpillen können.“ Wer sogar eine grüne Betriebsnudel aus der Nähe erlebt hat, dürfte ihm zustimmen. Hesse: „Am besten sucht man sich Vertrauensverhältnis besteht.“

Ebenso eindringlich warnt ein „Rote Pille Blog“ vor Medien-Bvormundung, Feminismus und sonstigen Danaergeschenken des Zeitgeists. Unter der Überschrift „Mein Sohn der Kloputzer“ nimmt sich Verfasser Henry Fenech die Fraktionsoberin der Grünen im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt, zur Brust. Auf die Frage, was sie ihrem Sohn in Sachen Emanzipation beigebracht habe, sagte sie: „Bei uns war immer klar: Wenn du kein Klo putzen kannst, kriegst du nie eine Freundin.“

Die rote Pille Fenechs lautete: „Was für eine absurde Logik! Genau das Gegenteil ist der Fall – wer als Mann unmännlich ist, weibliches Verhalten an den Tag legt und sich unterwürfig (Beta) verhält, wird von Frauen gemieden. So sieht die Realität aus – wie kann man die eigenen Söhne so belügen?!“

Zur trostlosen Lage von „Beta-Männern“ heißt es: „Dies liegt wahrscheinlich an den gleichge-

schalteten GEZ-Zwangsgebühren-Mainstream-Medien, denen leider kaum konservative Medien entgegen stehen. Hier haben die Amis deutlich mehr Auswahl, wie beispielsweise Fox News, wo man auch mal Feminismus-kritische Beiträge sehen kann.“

Manche Michel machen es schon wie die Amis. Eine besondere „Red-Pill-Philosophie“ verbreitet der Blog „Der lange Weg zum ersten Mal“. Wie unschwer zu erraten ist, dreht sich hier alles um die Frage, wer wie mit wem. Dazu wird eine bittere Medizin gegen den Traum von romantischer Liebe verabreicht: Weibsbilder seien Männer mordende

Den Anstoß für die Bewegung gab der US-Kinohit »Matrix«

Vampire. Gemäß einem sogenannten „Briffault-Gesetz“ seien sie sämtlich gefühllos.

Die provokante Regel lautet: „Frauen beherrschen den Partnermarkt. Sie diktieren die Konditionen, zu denen Sex stattfindet sowie Beziehungen und Ehen eingegangen werden. Sie handeln dabei marktrational: Eine Kosten-Nutzen-Analyse, bei der vergangene Nutzen ignoriert und zukünftige Nutzen mit der vermuteten Eintrittswahrscheinlichkeit gewichtet werden, gibt den Ausschlag. Wenn der Marktwert des Partners sinkt, verlässt sie ihn.“

Bezaubernd sang es Margot Hielscher. Die Künstlerin trällerte ehemals in einem Schlager von Theo Mackeben: „Frauen sind keine Engel. Sie tun so, doch nur zum Schein. Sie schauen euch mit sanften Augen an und können so herzlos sein.“ Doch es gibt auch Trost: „Dennoch sind sie so süß. Sie schenken einem verliebten Mann auf Erden schon das Paradies.“ *Volker Wittmann*



Stichwortgeber Hollywood: „Matrix“-Hauptdarsteller Keanu Reeves

Bild: action press



MELDUNGEN

Kollision an der Bahntrasse

Lycyk – An einer Eisenbahn-Überführung der Trasse Suwalki-Lycyk ist es zu einer Kollision mit einem die Trasse kreuzenden Militärtransport gekommen, der am Viadukt hängenblieb. Zu dem Vorfall kam es in der Nähe von Prostokert bei Treuburg. Die Ladefläche und das transportierte Gerät wurden beschädigt. Andere Gefährte kamen nicht zu Schaden. Das weggeschobene Militärfahrzeug und die Geräte wurden gesichert. Soldaten und auch der Zugverkehr kamen nicht zu Schaden. PAZ

Bernsteinfund bei Kanalbau

Neue Welt – An der Stelle, wo der Schifffahrtskanal durch die Frische Nehrung entsteht, wurden zwei Bernstein-Lagerstätten gefunden. Bei Baumfällarbeiten im Wald hatten Geologen das Terrain untersucht. Das Meeressamt Gdingen analysierte alle erhaltenen Daten, sah aber keinen Bernstein von Bedeutung. Wie die Pressesprecherin des Meeressamtes erläuterte, läuft zurzeit die Analyse einer eventuellen Möglichkeit zum Abbau. Mit Hilfe der Dokumentation soll beim Umweltministerium der Antrag auf Erteilung einer Abgrabungs-Konzession gestellt werden, dies hängt jedoch vom Ergebnis der Analyse ab. Dabei werden die Kosten des Bernsteinabbaus mit seiner Verwendungsmöglichkeit abgewägt. Der Elbinger PiS-Abgeordnete schätzt den Wert des Bernsteinvorkommens auf zirka 200 Millionen Euro, was in etwa der Höhe der Baukosten des Kanals durch das Frische Haff entspricht. PAZ

Gericht gibt Deutschem recht

Dietrichswalde – Das Landgericht Allenstein hat den polnischen Staat verurteilt, mehr als 114 000 Euro Entschädigung für eine Konfiszierung in den 70er Jahren und spätere Veräußerung des landwirtschaftlichen Betriebes eines deutschen Erben in Dietrichswalde zu zahlen. Anton B. hatte eine Entschädigung in Höhe von 163 000 Euro verlangt für einen landwirtschaftlichen Betrieb von 57 Hektar, auf dem sich ein Wohnhaus und Wirtschaftsgebäude befanden. Das Grundvermögen hatte die Mutter des Klägers, Cecylia W., die in den 70er Jahren aus der Volksrepublik Polen ausgewandert und ihr Vermögen zurückließ, im Wege der Erbschaft erworben. Das Grundvermögen wurde vom Staat auf Grund einer Entscheidung des Bürgermeisters von Dietrichswalde konfisziert, deren Ungültigkeit der Minister für Landwirtschaft und Dorfentwicklung 2016 bekräftigt hat. Der Bevollmächtigte des Klägers verlangte vom Landgericht Allenstein ein Drittel der eingeklagten Summe nach dem Wert des damaligen Standes. Das Gericht urteilte, dass auch die Gerichtskosten von knapp 3000 Euro erstattet werden müssen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. PAZ

Die Erinnerungskultur pflegen

Deutsch-polnische Zusammenarbeit: In Allenstein trafen sich Jung und Alt zum Erfahrungsaustausch

„Archiv der erzählten Geschichte“ ist ein Projekt, das seit 2009 durch das Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Opatowitz und den Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften geleitet wird. Die aktuelle Begegnung fand am 19. März in Allenstein statt.

Das Ziel der Zusammenkunft ist es, die von Zeitzeugen erzählten Geschichten, Erinnerungen, Erlebnisse und Erfahrungen vor dem Vergessen zu bewahren. Projektteilnehmer sind Jugendliche, Schüler von Gymnasien und Studenten, die Interesse daran haben, in persönlichen Gesprächen mit Zeitzeugen deren Lebensschicksale kennenzulernen.

Auf diese Weise erfahren die jungen Leute die Geschichte vor und nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges aus der Perspektive von damals aufwachsenden Menschen. Die Zeugnisse der Zeitzeugen werden in Form von Interviews festgehalten. Digitalisiert sind sie auf der Internetseite der Organisatoren zu hören.

Nach zehn erfolgreichen Jahren ist es dem Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in der Republik Polen gelungen, über die Regionen Schlesien und Oberschlesien, in denen zahlreiche Vertreter der Deutschen Minderheit leben, hinauszugehen und die Berichte von Zeitzeugen aus Ostpreußen mit einzubeziehen.

Die berührenden Fragmente der aufgezeichneten Interviews konnte man in Allenstein am 19. März als Zusammenfassung im 2. Galczynski-Allgemeinbildenden Lyzeum in Allenstein hören. In einem Schulkonferenzraum begegneten einander junge Reporter



Podiumsdiskussion im Anschluss der Veranstaltung: Zeitzeugen beantworten Fragen

Bild: D.K.

und ihre Gesprächspartner, um sich mit den Anwesenden über die Projektergebnisse und die Bedeutung eines solchen Zusammentreffens auszutauschen.

An der Veranstaltung nahmen nicht nur Stadtvertreter und Mitglieder der Deutschen Minderheit teil, sondern auch viele Jugendliche aus Allensteiner Schulen sowie Studenten der Universität Ermland-Masuren.

Nachdem die Projektleiterin Izabela Waloszek ihren besonderen Dank an Anna Czajkowska und Marta Szpanel, die Jugendliche für die Arbeit im Rahmen des „Archivs der erzählten Geschichte“ begeisterten, ausgerichtet hatte, präsentierte sie mehrere Fotos von den Begegnungen der jungen und älteren

Menschen. Man erhielt Einblicke darin, wie 17 Schüler des Galczynski-Lyzeums dank geschichtlicher und journalistischer Werkstätten auf eine professionelle Durchführung von

Interviews änderten Weltbild der Jungen

Gesprächen mit Zeitzeugen vorbereitet wurden.

Insgesamt entstanden 35 Interviews. Ein Teil der aufgezeichneten Berichte soll ähnlich wie bei vorangegangenen Projekttagen als Buch veröffentlicht werden. Nach Ansicht von Frau Waloszek ist es den Teilnehmern gelungen, über einen Dialog generationsübergrei-

fende Brücken zu bauen. Das führte zum gegenseitigen Verständnis und ermöglichte die Bewahrung schwieriger wie auch freudiger Erinnerungen an Geschehnisse, die sich vor, während und nach dem Zweiten Weltkrieg im südlichen Ostpreußen abgespielt haben.

Im Anschluss an die Fotopräsentation fand eine Podiumsdiskussion statt, in der zwei junge Reporterinnen, Aleksandra Soliwoda und Julia Durska, den Zuhörern über ihre Erfahrungen erzählten, die sie während der mit Zeitzeugen verbrachten Momente sammelten. Obwohl die Schülerinnen für Interviews von einem Profi-Journalisten geschult wurden, sei es – wie sie selbst bekannten – nicht ohne Stress ge-

gangen, und es war nicht immer leicht, eine ausreichende Basis des gegenseitigen Vertrauens zu erzielen, um ein gutes Gespräch zu führen. Aber es habe sich gelohnt, denn die Treffen sowie die Gelegenheit, die Vergangenheit aus der Sicht der erfahrenen Menschen kennenzulernen, habe ihre Weltanschauung geändert. Sie hätten gelernt, die vergangenen Zeiten nicht durch das Prisma trockener Fakten aus Geschichtsbüchern, sondern mit den Augen der damals Lebenden wahrzunehmen.

Tatsächlich kommen die Jugendlichen mit sehr persönlichen Geständnissen in Berührung, stärken durch ihre Beteiligung am Projekt die Erinnerungskultur und vertiefen ihre historische Bildung. Dieser Meinung waren auch die zur Podiumsdiskussion eingeladenen Gesprächspartner der jungen Journalisten. Als die Moderatorin der Veranstaltung ihnen das Wort erteilte und nach verschiedenen Situationen aus ihrem Leben fragte, erinnerten sie sich an ihr Familienleben, ihre Arbeit, Kindheit, Jugend- und Schulzeit.

Einen besonderen Eindruck auf die Anwesenden machte Otto Tuschinski von der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit, als er auf spannende und ausdrucksvolle Weise sowohl die Ereignisse in Allenstein nach 1945 als auch seine Sportleidenschaft und seine Boxtrainerkarriere schilderte. Schon jetzt wirbt das Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit bei allen interessierten Jugendlichen und Studenten für eine Fortsetzung des Projekts „Archiv der erzählten Geschichte“. Dawid Kazanski

Alleen-Rettung im südlichen Ostpreußen

Im Rahmen des Programms »Grüne Straße« ergreifen Allensteins Behörden Maßnahmen zur Baumpflege

Die Woiwodschaftsstraßenbehörde in Allenstein führt das Programm „Grüne Straße“ durch, mit dem nicht nur die alten Alleen entlang der Woiwodschaftsstraßen erhalten bleiben, sondern auch neue entstehen sollen.

Ohne entsprechende Schutzmaßnahmen würden die Bäume mit der Zeit aussterben. „Grüne Straße“ ist ein Programm zur Gestaltung und Pflege von Straßen-Grünanlagen, insbesondere historischen Alleen, die ein Kulturerbe Ostpreußens sind. Dieses Verfahren erfolgt bei gleichzeitiger Gewährleistung der erforderlichen Verkehrssicherheit. Daher werden junge Bäume in einer beträchtlichen Entfernung von der Straße gepflanzt, um keine Gefahr für die Verkehrsteilnehmer zu bilden.

Das Ermland und Masuren zeichnen sich nicht nur in der Republik Polen, sondern auch in Europa durch die Anzahl und den Zustand der Alleen aus. Sie zeugen von einer bewussten Gestaltung der Landschaft und haben nicht nur historische oder landschaftliche Bedeutung, sondern



Schützenswert: Typische masurische Allee

Bild: E.G.

auch wichtige Kommunikations-, Informations- und Naturfunktionen. Baumreihen schützen vor Sonne und Schnee sowie vor Lärm und Abgasen, markieren den Straßenverlauf und sind ein klares Zeichen der Raumorganisation.

Seit Jahrhunderten waren Alleen ein weit verbreitetes Element von Parks und Gärten. Bereits in der ersten Hälfte des 18.

Jahrhunderts wurde der Schwerpunkt auf das Anlegen von Hecken, Alleen und Zeilen in einer offenen Landschaft entlang von Straßen, Flüssen und Bächen gelegt.

Die Errichtung der Alleen in Preußen wurde von König Friedrich Wilhelm I. und seinem Sohn Friedrich II. initiiert. Ihre Nachfolger setzten diese Tätigkeit fort. Auf Befehl von Friedrich Wil-

helm IV. wurde 1841 ein Dekret über Alleen erlassen, in dem das Erhalten von alten und das Anpflanzen neuer Alleen sowohl auf staatlichem als auch auf privatem Land empfohlen wurde.

In Ostpreußen wurden bis in die 1930er Jahre alte Alleen gepflegt und neue eingerichtet. Sie wurden zuerst entlang der Hauptverbindungswege angelegt, doch später bildeten sie ein dichtes Netzwerk, das Großstädte und kleine Dörfer miteinander verband. Gleichzeitig entstanden auch Alleen innerhalb der privaten Landgüter, nicht nur in Parks oder auf dem Weg zu Friedhöfen, sondern auch entlang von Straßen, die zu benachbarten Höfen und zu entfernten Vorwerken, Mühlen oder Bahnhöfen führten. Sie waren auch ein wichtiges Element im Inneren des Dorfes. An vielen Orten wurden entlang der Dorfstraße Bäume gepflanzt. Die Alleen wurden mit der Zeit zu einem untrennbaren Teil der preußischen Landschaft. Heute sind sie Kulturerbe der Region, das es zu bewahren und zu erhalten gilt.

Im Rahmen des Programms „Grüne Straße“, das seit fünf Jahren durchgeführt wird, finden zweimal jährlich Baumpflanzaktionen entlang der Straßen statt – im Frühjahr und im Herbst. Es werden auch die Grenzen der Fahrbahn wieder hergestellt und die dort wachsenden Bäume einer professionellen dendrologischen Untersuchung unterzogen. Im Rahmen des Programms unterliegen alle Bäume professioneller Betreuung durch Spezialisten.

Im Jahr 2018 entstand innerhalb des Programms „Grüne Straße“ ein Projekt, das nur den wertvollsten Alleen galt und das mit EU-Mitteln gefördert wird. Dieses Projekt wird zwei Jahre dauern. Es wurden einzigartige Alleen entlang der Woiwodschaftsstraßen ausgewählt, die besondere Unterstützung benötigen, um zu überleben. Auf der Liste befinden sich Straßen in der Umgebung von Rosenberg, Marwalde, Liebstadt, Rhein und Barten.

Im Rahmen des Programms „Grüne Straße“ wurden insgesamt bereits 2624 Bäume angepflanzt. Edyta Gladkowska

Wir gratulieren ...

ZUM 102. GEBURTSTAG

Bernotat, Ernst, aus Prostken, Kreis Lyck, am 7. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Schlette, Gertrud, geb. **Schäfer**, aus Nickelsfelde, Kreis Ebenrode, am 11. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Plewe, Luise, geb. **Behrendsen**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 11. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Däumel, Irmela, geb. **von Kannewurf**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 9. April

Fischer, Gertrud, geb. **Weiss**, aus Seefeld, Kreis Lötzen, am 1. April

Kleimann, Marta, geb. **Itzek**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 7. April

Mildner, Ruth, geb. **Gonschorrek**, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 9. April

Rauch, Gertrud, geb. **Snoppek**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 5. April

Schulewski, Hildegard, geb. **Dombrowski**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 10. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brozio, Walter, aus Lyck, Morgenstraße 10, am 8. April

Hübner, Frieda, geb. **Tanski**, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, am 6. April

Krohn, Ellinor, geb. **Hinz**, aus Klein Engellau, Kreis Wehlau, am 8. April

Macheit, Gisela, geb. **Rose**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 10. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Albrecht, Edeltraud, geb. **Wiemer**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 4. April

Hess, Liesbeth, aus Lyck, am 7. April

Hintze, Erika, geb. **Krause**, aus Leibnien, Kreis Wehlau, am 7. April

Lindemann, Karl-Wilhelm, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 10. April

Michaelis, Helmut, aus Mossycken, Kreis Fischhausen, am 9. April

Persian, Arno, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, am 5. April

Rasch, Helga, geb. **Kaminski**, aus Lötzen, am 8. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Borrek, Edith, aus **Rhein**, Kreis Lötzen, am 7. April

Dittrich, Gerda, geb. **Kluck**, aus Stobingen, Kreis Wehlau, am 11. April

Donder, Otto, aus Gutenborn, Kreis Lyck, am 5. April

Dronsek, Herbert, aus Hennenberg, Kreis Lyck, am 8. April

Klein, Reinhold, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. April

Koyro, Heinz, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 7. April

Pille, Hedwig, geb. **Nientkewitz**, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 10. April

Rogowsky, Margot, geb. **Remscheidt**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 10. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnennen, Kreis Wehlau, am 7. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnennen, Kreis Wehlau, am 7. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnennen, Kreis Wehlau, am 7. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnennen, Kreis Wehlau, am 7. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnennen, Kreis Wehlau, am 7. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnennen, Kreis Wehlau, am 7. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnennen, Kreis Wehlau, am 7. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnennen, Kreis Wehlau, am 7. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnennen, Kreis Wehlau, am 7. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnennen, Kreis Wehlau, am 7. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnennen, Kreis Wehlau, am 7. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnennen, Kreis Wehlau, am 7. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnennen, Kreis Wehlau, am 7. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnennen, Kreis Wehlau, am 7. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnennen, Kreis Wehlau, am 7. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnennen, Kreis Wehlau, am 7. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnennen, Kreis Wehlau, am 7. April

Schmall, Elisabeth, aus Parnennen, Kreis Wehlau, am 7. April

Froiep, Marie, geb. **Kochanowski**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 10. April

Haverland, Barbara, geb. **Dumjahn**, aus Belgard, Hinterpommern, am 11. April

Lemke, Brigitte, geb. **Scheumann**, aus Ortelsburg, am 9. April

Müller, Herta, geb. **Kurpjuhn**, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 7. April

Naujok, Bruno, aus Klein Ponnau, Kreis Wehlau, am 7. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Pieper, Hildegard, geb. **Kolbuss**, aus Zeysen, Kreis Lyck, am 9. April

Falk, Irma, geb. **Sompazewski**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 5. April

Hammer, Hildegard, geb. **Prenjahn**, aus Allenstein, am 7. April

Kniest, Ruth, geb. **Joswig**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 9. April

Satzner, Erna, geb. **Völlmann**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 6. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Stiebel, Heinrich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. April

Spiess, Georg E., aus Lyck, Lycker Garten 13, am 10. April

Thernell, Annerose, geb. **Nuckel**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 2. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wolf, Martin, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

Wegner, Gerda, geb. **Dettmann**, aus Urfelde, Kreis Ebenrode, am 8. April

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

ALLENSTEIN
LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Bläsche, Lanckerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Kirchspieltreffen

Grieslienen, Honigswalde, Plautzig, Stabigotten und Wemitten – Sonnabend, 6. April, 10 Uhr, Südtiroler Stuben, Freiherr-vom-Stein-Straße 280, 45133 Essen: Treffen. Weitere Informationen: Hildegard Gerigk, Ginsterweg 7, 40880 Ratingen, Telefon (02102) 471477.

Groß Kleeberg, Groß Purden, Jonkendorf, Klaukendorf, Mondtken, Polleiken, Wengaiten und Steinberg – Palmsonntag, 14. April, 10 Uhr, Messe in St. Antonius-Kirche, Küttings Garten 3, 45279 Essen-Steele, Freisenbruch: Gottesdienst, dann im Pfarrsaal mit warmer Mahlzeit. Weitere Informationen über das Pfarramt, Telefon (0201) 505570 oder Irene Lankau unter Telefon (02133) 633184.



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestdt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

AG Ostpreußisch Platt

Bielefeld – Freitag, 12., bis Sonnabend, 13. April: Treffen der Arbeitsgemeinschaft „Ostpreußisch Platt“.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

LO-Jahrestreffen

Am 11. Mai findet von 9-17 Uhr das Jahrestreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Wolfsburg statt. Es werden viele Ostpreußen erwartet. Ein reiches Kulturprogramm ist vorgesehen.

Auch unsere Kreisgemeinschaft wird mit einem Stand anwesend sein. Kommen auch Sie.

Anreise: CongressPark Wolfsburg GmbH, Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg, Eingabe

Kulturzentrum Ostpreußen

Ellingen – Sonntag, 7. April, 10 bis 17 Uhr: Ostermarkt mit Kunsthandwerkern aus der Region, Sonderausstellung sowie Mitmachaktionen – auch für Kinder. Schlemmen ist im Obergeschoss des Kulturzentrums Ostpreußen, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, möglich.

für Navigationsgeräte: Heinrich-Heine-Straße / Klieverhagen 50.

INSTERBURG –
STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Darmstadt – Sonnabend, 6. April, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Im Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Stammtisch. Nähere Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.

Teutonen/Osnabrück – Sonnabend, 13. April, 14 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43, Osnabrück: Frühjahrstreffen. Nähere Informationen: Renate Berger, Telefon (05471) 4926.

Schwerin – Mittwoch, 10. April, 12 Uhr, Gaststätte KAKTUS, Dreescher Köpmarkt, Schwerin: Treffen. Nähere Informationen bei Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Siegfried Strysio, Telefon (05147) 975518. Rischwies 4, 31311 Uetze/Hänigsen, Internet: www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; E-Mail: kreiver.strysio@t-online.de; Erster Stellvertreter: Klaus Dowanr, An der Grubenbahn 21, 01665 Meißen, Telefon (03521) 4592901, E-Mail: kodo48@aol.com; Kassenverwalter: Günter Woyzechowski (kommissarischer Kreisvertreter), Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63428, E-Mail: g.woy@htp-tel.de

Arystreffen

Lügde – Freitag, 3., bis Sonntag, 5. Mai, Landhotel Lippischer Hof, Familie Udo Niermann, Untere Dorfstraße 3, 32676 Lügde-Elbrinxen, Telefon (05283) 9870, E-Mail: info@lippischerhof.de, Internet: www.lippischerhof.de: Arystreffen.

Unser Quartier hat sich beim letzten Arystreffen im Mai 2018 sehr bewährt. Wir haben uns alle sehr wohl gefühlt und hoffen, dass sich auch dieses Mal eine schöne Gruppe Aryster zusammenfindet. Dazu gehören alle Landsleute aus dem Kirchspiel Arys – Stadt und Land, also die Gemeinden von Gebürge bis Schützenau und von Ublick bis Wolfsheide sowie ihre Abkömmlinge und Freunde der Gemeinschaft Arys. Wir bitten um rasche Anmeldung im Lippischen Hof mit Stichwort „Arystreffen“.

Wir werden auch wieder alte und neue Bilder aus Arys anschauen und darüber reden, was war, was ist und was vielleicht sein wird. *Dieter Ogniwiek, Vorsitzender der Gemeinschaft Arys – Stadt und Land,*

Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftensburg.de, www.kreisgemeinschaftensburg.de

Hoverbaeck und
Selbongen

Unkel – Sonnabend, 6. April, 10.15 Uhr, Weinhaus zur Traube, Lühlingsgasse 5, 33572 Unkel/Rhein: 23. Kirchspieltreffen Hoverbaeck sowie 18. Ortstreffen Selbongen.



TILSIT-STADT

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. Geschäftsführer: Manfred Urbschat, E-Mail: info@tilsit-stadt.de

Ehrung

Das Nachbarschaftsgespräch der drei Heimatkreise Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit und Elchniederung bot einen würdigen Rahmen, den Geschäftsführer der Stadtgemeinschaft Tilsit Manfred Urbschat zu ehren. Seine Aktivitäten bei der Digitalisierung der gemeinsamen Heimatbriefe und bei der Zusammenführung der Öffentlichkeitsarbeit zu einer gemeinsamen Homepage fanden große Anerkennung. Seit einem Jahrzehnt betreut er zuverlässig die Geschäftsstelle, das Archiv und die Mitgliederkartei. In Anerkennung und Würdigung seiner Verdienste wurde Manfred Urbschat vom 1. Vorsitzenden Erwin Feige mit der Ehrenmedaille der Stadtgemeinschaft Tilsit und einer Urkunde ausgezeichnet.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Nachbarschaftsgespräch

Die Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung sowie die Stadtgemeinschaft Tilsit führen seit langer Zeit in jedem Jahr sogenannte Nachbarschaftsgespräche durch. Am Samstag, den 23. März, trafen sich die Vorstände der drei Gemeinschaften erneut in der malerisch, fast in Augenhöhe mit der Wartburg gelegenen evangelische Bildungsstätte Haus Hainstein in Eisenach. Das Treffen stand diesmal unter der Leitung der Tilsit-Ragniter. In harmonischem Miteinander widmete man sich der umfangreichen Tagesordnung, die naturgemäß fast ausschließlich Probleme und Gebiete berührte, die jeder der drei Gemeinschaften eigen sind. Diese Veranstaltungen gelten dem Ziel, das Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken und eine Stütze zu bilden für das fast jährlich stattfindende Treffen aller Mitglieder der drei Vereine, bzw. derjenigen Mitglieder, die der Einladung folgen. Das nächstjährige wird am 16. Mai 2020 von der Elchniederung in Lüneburg ausgerichtet werden, die auch für die Vorbereitung und Durchführung des kommenden Nachbarschaftsgesprächs am 28. März 2020 im Haus Schlesien in Königswinter verantwortlich zeichnet. *Dieter Neukamm*

80 Jahre K. Hamel

Walter Klink war gestorben, und das Amt des Archivars verwaist. Eine Nachfolge bot sich unter den Kreistagsmitgliedern nicht ohne weiteres an. Da kam dem

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Draußen Dauerregen, drinnen Sonnenschein

Ausstellung „Masuren – Land der Stille“ mit Aquarellen von Hans-Jürgen Gaudeck eröffnet

Ein wenig Bangen war vorhanden: Eine Stunde vor der angekündigten Ausstellungseröffnung waren in dem schönen Ausstellungsraum der Kreisgemeinschaft Lötzen e.V. in Neumünster erst fünf Menschen. Der Dauerregen wollte an diesem Sonnabend, den 16. März, nicht enden. Wenigstens der Sturm hatte sich gelegt.

Pünktlich – und wie abgesprochen – trafen aus Berlin Hans-Jürgen Gaudeck, der Maler der ausdrucksstarken Aquarelle, und seine Frau Helga ein. Sein schönes Buch „Masuren – Land der Stille“ (erschienen im Steffen Verlag, Berlin 2016) lag in etlichen Exemplaren zum Verkauf und zum Signieren bereit. Es enthält weitaus mehr als die hier in der Ausstellung gezeigten 22 großformatigen Werke. Dazu ist die Zusammenstellung von eigenen Texten und zu den Motiven der Bilder passenden Zitaten ostpreußischer Schriftsteller von eigenem Reiz.

Und dann kamen sie: Die Getreuen, die sich seit fast einem Dutzend Jahren keine Veranstaltung im Lötzen Heimatmuseum entgehen lassen, die Wiederkehrer, die diese Einrichtung irgendwann entdeckt haben und an den Angeboten teilnehmen und wenn immer es ihnen möglich ist, die Gelegen-

lichen, die sich herauspicken, was sie besonders interessiert und die Neulinge, die durch die Veröffentlichungen und Hinweise in der Presse im Vorfeld neugierig gemacht worden waren und sich erstmals auf den Weg in die Sude-tenlandstraße gemacht hatten.

32 Besucher füllten den Raum mit ihren Erwartungen. Ute Eichler, die für das Lötzen Archiv und Heimatammlung verantwortliche Betreuerin, begrüßte alle und sprach zu Beginn über das Zustandekommen dieser Ausstellung. Sie ist – wieder einmal – ein Ergebnis der seit vielen Jahren gewachsenen und gepflegten Beziehungen zum Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Hier sind vor allem Agata Kern, Kulturreferentin für Ostpreußen, und Jörn Barfod, Kustos der Sammlung, zu nennen. Sie vermittelten den Kontakt zu Hans-Jürgen Gaudeck. Durch ihre Mithilfe (und die Arbeit von Sven Zorn) waren rechtzeitig im Vorfeld Plakate und Faltblätter, um für die Ausstellung und die sie begleitenden Veranstaltungen zu werben, vorhanden.

Hans-Jürgen Gaudeck wurde gebeten, sich selbst vorzustellen. Er wies auf seine ostpreußischen Vorfahren hin und erklärte, weshalb er erst in 2015 einen mehrwöchigen Aufenthalt in Masuren

verwirklichen konnte. Besonders interessant war für die Zuhörer zu erfahren, dass wirklich alle Aquarelle direkt vor Ort (und nicht etwa im Nachhinein nach Fotografien) entstehen. Er erklärte, dass er sich nicht auf die Suche nach



Der Künstler stellt sich vor: Hans-Jürgen Gaudeck mit seinen Werken im Hintergrund

Bild: Hans-Jürgen Gaudeck

Motiven begeben, sondern sich ganz der Inspiration des Augenblicks, der Zufallsentdeckung oder einer besonderen Licht- oder Wolkenstimmung hingeben. Staunen löste sein kleiner, mit 14 Farben ausgestatteter Tuschkasten aus, den er immer in der Jackentasche dabei habe. So brauche er nur noch Papier und Wasser gebe es ja überall ...

Für Heiterkeit sorgte Ute Eichler mit dem von ihr vorgetragenen Text „Masurenfahrt“ aus Robert Budzinskis „Entdeckung Ostpreußens“. Zuvor hatte sie auf das im Bestand der Lötzen Heimat-sammlung vorhandene Standard-

werk von Heß von Wichdorff „Masuren – Skizzen und Bilder von Land und Leuten“ aus dem Jahr 1915 hingewiesen. Einige der Besucher äußerten mit ihren Fragen ein weit über die Motive der ausgestellten Bilder hinausgehendes Interesse an Masuren. Sie wollten etwas über die heutigen Lebensverhältnisse hören, einen Vergleich der Vergan-

genheit mit der Gegenwart. Anderen kamen Erinnerungen, wie zum Beispiel der 1931 in Königsberg geborenen Waltraut Zellmer.

Wie sehr die ausgestellten Werke auf die Besucher wirkten, machen die Kommentare einiger Teilnehmer dieser Nachmittagsveranstaltung deutlich. So stellte das Ehepaar Gisela und Siegfried Rummy fest: „... eine bezaubernde Ausstellung“, und der Lehrer Wolfgang Schnack schrieb begeistert in das Gästebuch: „... eine großartige Veranstaltung, wunderbare Bilder und Stimmungen ...“ Der neue Stadtteilbeauftragte für die Böcklersiedlung, Erhard Christian Schättiger, gab diesen Kommentar: „Eine wunderschöne Ausstellung, die neben der Strahlkraft der Bilder auch durch die Ausführungen des Künstlers das „Land der Stille“ erlebbar macht.“ Gisela Duske, Neumünster, schrieb: „Danke für die wunderschönen Bilder. Haben mich mutig gemacht, malen zu versuchen und vor allem die alte Heimat meiner Mutter zu erkunden.“ Ein anderer Eintrag lautete: „Maria Lore freut sich über Erzählungen, hervorragend vorgetragene Texte, schöne Bilder und eine gebürtige Lötzenerin. Großes Lob!“ – Ja, die „gebürtige Lötzenerin“ war eine der Überraschungen dieses Tages.

Die zehn Jahre nach Kriegsende in Lötzen geborene, seit 28 Jahren in Schleswig-Holstein lebende Irena hatte endlich dieses Stückchen ihrer Heimat entdeckt und schrieb: „Herzlichen Dank für den schönen Nachmittag. Bin zum ersten Mal hier und bin sehr überrascht. Wundervolle Menschen und liebe Gespräche ...“ Vielleicht kann für alle, die aus der Patenstadt der Kreisgemeinschaft Lötzen und der Umgebung Neumünsters gekommen waren und für die, die weitere Wege zurückgelegt hatten (aus Hamburg, Bordesholm oder Westensee) gelten, was das Ehepaar Dahms äußerte: „Es war sehr schön, bei Ihnen zu Gast sein zu dürfen. Ein schöner Nachmittag mit interessanten Begegnungen.“ – Der Dauerregen war vergessen. Im Ausstellungsraum herrschte Sonnenschein. „Masuren – Land der Stille“ hatte jeden Besucher in seinen Bann gezogen. *U. E.*

Die Ausstellung „Masuren – Land der Stille“ (alle Werke sind verkäuflich) ist zu sehen bis einschließlich 20. Juli, fast jederzeit nach Absprache mit Ute Eichler, Telefon (040) 6083003 oder an den Veranstaltungstagen 27. April, 18. Mai, 15. Juni, 20. Juli ab 10 Uhr.

Woyna kaputt! Chitler ka-putt! (Der Krieg ist vorbei, Hitler ist vorbei) schrien die betrunkenen russischen Soldaten am Strand von Palmnicken, als sie bei wilden Siegestänzen mit ihren Stiefeln Sand hochtraten. Ich war fassungslos, als einer der Soldaten meinen zehnjährigen Bruder aufhob und ihn freudig mehrmals in die Luft warf und ihn wieder auffing. Die Russen feierten das Ende des Zweiten Weltkriegs. Es war der 9. Mai 1945, und ich war gerade sieben Jahre alt. Es dauerte noch einige Jahre, bis ich erfuhr, dass der nördliche Teil Ostpreußens, die östlichste Provinz Deutschlands, gerade ein fester Bestandteil der Sowjetunion geworden war, und dass seine Hauptstadt Königsberg, in der ich geboren wurde, in Kaliningrad umbenannt werden würde.

Nur wenige Monate früher, Ende Januar 1945, hatte am Strand von Palmnicken ein grausiges Verbrechen stattgefunden. In den letzten Kriegstagen hatten SS-Truppen verzweifelt versucht, die Existenz der Konzentrationslager zu verheimlichen, indem sie Tausende von jüdischen Frauen bei eisiger Kälte nach Palmnicken marschieren ließen. Die Frauen, die den Marsch überlebt hatten, wurden auf das Eis der Ostsee gejagt und mit Maschinengewehren niedergemäht. Hinterher wurden die vielen Leichen einfach flüchtig am Ostseestrand im Sand verbuddelt.

Am 21. Mai 1945, am Pfingstmontag, wurde mein Großvater zusammen mit anderen älteren deutschen Männern und deutschen Jungen von Offizieren der Roten Armee aufgefordert, sich am Strand zu melden, wo sie mit nichts als ihren bloßen Händen die verwesenen Leichen ausgraben mussten, die dann auf den neuangelegten jüdischen Friedhöfen beerdigt wurden. Mein Großvater war von dieser wochenlangen Tätigkeit moralisch und physisch total zerstört. „Wie konnte so etwas passiert sein?“, fragte er weiter. „All diese Frauen...“. Vollkommen traumatisiert, in sich gekehrt und schweigsam geworden, verlor er seinen Lebenswillen und starb weniger als ein Jahr später.

Ich war zwar nur sieben Jahre alt, aber als meiner Mutter befohlen wurde, sich um einen der neuen jüdischen Friedhöfe zu kümmern, nahm sie mich täglich zum Schutz mit. Tag für Tag half ich ihr, Unkraut zu jäten und sah ihr zu, wie sie die fünfzackigen Sowjetsterne, die am Kopfende aller Gräber standen, mit roter Farbe anstrich.

Mittlerweile waren genau fünfzig Jahre vergangen, und ich hatte angefangen, mein Buch „Eine lange Flucht aus Ostpreußen“ über meine Kindheit unter der russischen Besatzung in Ostpreußen zu schreiben. In der Zwischenzeit hatte ich viele Skeptiker getroffen, die anzweifeln, was ich ihnen über Palmnicken erzählte. „Sie waren nur ein kleines Kind damals. Wie können Sie sich wirklich an all das erinnern?“ Und so reiste ich im Sommer 1998 von New York City nach Königsberg, um festzustellen, ob ich zum Beispiel den jüdischen Friedhof außerhalb von Palmnicken finden würde, auf dem meine Mutter und ich viele Wochen vor fünfzig Jahren gearbeitet hatten.

Zu meinem großen Erstaunen hatten die russischen Behörden in Königsberg noch nie etwas von den jüdischen Friedhöfen gehört. Es wurde noch viel schlimmer, denn sie bezweifelten auch meine Geschichte über das Massaker von Palmnicken. „Wenn so etwas von diesem Ausmaß nur weniger als 50 Kilometer von hier entfernt passiert wäre, würden wir es sicherlich wissen!“, beharrte der Herr der Stadtverwaltung. Auf meinen

Hinweis, dass ich schriftliche Beweise und Informationen von Yad Vashem in Jerusalem zu Hause hätte, kam der etwas verächtliche Satz, „Aber das sind ja jüdische Quellen.“

Auf die Frage des Beamten, ob ich bereit wäre, von zwei russischen Reportern interviewt zu werden, sagte ich sofort zu. Eine Stunde später unterhielt ich mich

seit mehr als einem halben Jahrhundert wurde den Opfern des Massakers in einer Zeremonie am Strand ein Denkmal gesetzt.

Aber damit endet die Geschichte nicht. Vor ein paar Monaten erschien auf meiner Facebook-Seite eine private Nachricht des Reporters Alexandr Aderichin. Könnte er meine Kontaktinformationen an ein Dokumentarfilmunternehmen

Remembrance Day“ am Sonntagmorgen, dem 27. Januar stattfand. Nach einem fast zweitägigen Marathon mit abgesagten Flügen, ungeplanten Übernachtungen und mehreren Flügen war die Landung spät abends in Königsberg vollbracht. Dort warteten der Dokumentarfilmer Andrey Prokuryakov und sein gesamtes Filmteam darauf, mich kennenzulernen und abzuholen. Er und sein Team wären überzeugt gewesen, dass ich aufgrund meines Alters in Warschau aufgegeben hätte und nach Chicago zurückgekehrt wäre. Aber offensichtlich hatten sie nicht mit meiner ostpreußischen Sturheit und mit meinem Willen zur Teilnahme gerechnet. „Es gab keinen Grund zur Sorge“, versicherte ich ihnen. „Schließlich bin ich nur 81 Jahre alt.“

Gleich am nächsten Morgen versammelten sich mehrere Hundert Menschen am Strand in Yantarny, von denen viele zwölf Kilometer zu Fuß zurückgelegt hatten. Unter ihnen war Rabbi David Shvedik, Leiter der jüdischen Gemeinde in Königsberg, der Israeli Simcha Efraim Koplowicz, dessen Mutter eine der wenigen Überlebenden des Massakers war, und örtliche Amtspersonen sowie Politiker aus Deutschland, Litauen und Polen. Nach meinem Dafürhalten war auch der Geist meines Großvaters anwesend.

Der Vorplatz zum Denkmal war vereist und ziemlich glatt und als ich mich nach einem weniger gefährlichen Stehplatz umschaute, eilte ein bärtiger Herr auf mich zu

und rief „Gunter Nitsch!“ und umarmte mich herzlich. „Ich bin Rabbi David Shvedik. Wir sind Facebook-Freunde!“ Mehrere ältere Menschen mit Tränen in den Augen kamen auf mich zu und sprachen mit mir auf Russisch. Leider war Alexei Chabounine, der immer alles übersetzte, im Moment nicht da. Ich konnte mir nur vorstellen, dass man diese Leute auf den Amerikaner aufmerksam gemacht hatte, der dabei geholfen hatte, die Welt auf das Massaker von Palmnicken hinzuweisen.

An diesem kalten Tag des Gedenkens wurden über zwanzig kurze Reden in Russisch, Deutsch und Englisch gehalten, gefolgt von der Rezitation des Kaddish, das jüdische Gebet für die Toten, und einem Geigenkonzert. Später fand im Königsberger Dom ein Konzert jüdischer Musik, begleitet von Videos über den Holocaust in russischer Sprache statt, wobei die schriftlichen Übersetzungen der Kommentare in englischer und deutscher Sprache auf den Leinwand zu sehen waren.

In den nächsten Tagen begleitete mich das Filmteam überall hin und stellte immer wieder Fragen auf Russisch, die ins Deutsche übersetzt wurden. Ob ich mich an die Bombardierung Königsbergs durch die RAF in August 1944 erinnere? Ich erzählte ihnen von dem roten Schein am Himmel, den wir in jener Nacht vom Bauernhof meiner Großeltern aus sehen konnten, als die Stadt, die ich als Königsberg kannte, in fünfzig Kilometer Entfernung zerstört wurde. Sie interviewten mich immer noch am 31. Januar, als sie mich zu meinem Flug nach Chicago zum Flughafen brachten.

Alles in allem war es eine ernüchternde und doch faszinierende Erfahrung, mit diesen jungen russischen Filmemachern zusammenzusehen. Ich hoffe, dass der Dokumentarfilm, an dem das AB-TV-Team so hart gearbeitet hat, helfen wird, dass Ereignisse wie das Massaker in Palmnicken sich nirgendwo auf der Welt wiederholen werden. Dann können wir alle zusammen freudig sagen, wie es die Russen 1945 taten, „Woyna kaputt!“ Gunter Nitsch

Palmnicken-USA und zurück

Ein Dokumentarfilm mit Gunter Nitsch gegen das Vergessen



Wetter frostig, Stimmung herzlich: Gunter Nitsch inmitten des Filmteams

Bild: Gunter Nitsch

mehrere Stunden mit den Königsberger Reportern Alexei Chabounine und Alexander Aderichin in meinem Hotel. Zurück zu Hause in New York City, schickte ich den beiden Herren handfestes Beweismaterial und Hinweise auf weitere Dokumente. All das führte zu mehreren Artikeln über das Massaker von Palmnicken in der russischen Presse und Wochen später zu einem telefonischen Interview mit dem New York Times-Reporter Michael Wines aus Moskau. Am 31. Januar 2000 erschien auf der New York Times-Titelseite der Artikel „Yantarny Journal: Russen erwachen zu einem vergessenen Verbrechen der SS.“ Zum ersten Mal

in Moskau weitergeben? Nicht lange danach hörte ich von Nastya Velskaya, der Kreativ-Produzentin der Firma AB-TV. „Wären Sie bereit, im Januar 2019...nach Kaliningrad und Yantarny zu reisen, um an der Verfilmung eines Dokumentarfilms über das Massaker von Palmnicken teilzunehmen?“ fragte sie in einer E-Mail. Ich überlegte nicht lange und sagte zu.

Eigentlich hätte es ein direkter Flug von Chicago nach Warschau mit der polnischen LOT Airline und ein kurzer Sprung nach Königsberg sein sollen. Das hätte mir Zeit gegeben, mich von meinem Jetlag zu erholen, bevor das Programm „International Holocaust

Grid of 10x10 words for a crossword puzzle. Clues include: Ansehen, Prestige, Bild (engl.), das Meer betreffend, ein Osteuropäer, abwertend: Feigling, lauter Ausruf, deutsche Ostseeinsel, uneingeschränkte Gewalt, Jahresmarktsaktion, Umnachgiebigkeit, Sturheit, Giftschlange, umlenken; folgen, im Kreis von einem zum andern, Göttin der Künste, Kraftstoff auf-füllen, Glücks-spiel-anahme-stelle, türkische Wäh-rungs-einheit, lettische Haupt-stadt, ohne Glanz; nicht spiegelnd, Peddig-rohr, Vorlobte, zukünftige Ehefrau, amerik. Schau-spieler (Clark), vor Flüssigkeit triefend (Obst), Werkzeug, Beitel, Abhandlung, Braten-beigabe, Soße, zwei Neben-flüsse der Oder, größte Insel der Großen Antillen, engl. Schrift-steller (Roald), latein-amerik. Tanz im 2/4-Takt, unge-belener Gast; Teufel, Kom-mune, Schienen-strang, Knechten, alt-griechi-scher Dichter, Tauf-zeugin, Opern-solo-gesang, vor langer Zeit, un-modern ge-worden, Höflich-keits-formel, Kfz-Zelchen Münster (Westf.), spani-scher Fluss, Apparat, Hilfs-mittel.

Small 6x6 grid with numbers 1-6, likely a mini-Sudoku.

Small 6x6 grid with numbers 1-6, likely a mini-Sudoku.

Large crossword puzzle grid with letters and numbers.

So ist's richtig:

Sudoku

9x9 Sudoku grid with some numbers filled in.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

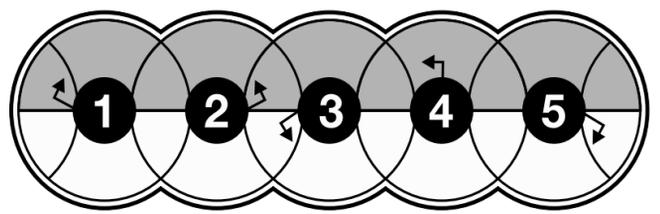
6x6 grid for a Diagonal puzzle with numbers 1-6.

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Wasserfahrzeuge. 1 entgegenkommend, 2 orientalischer Herrschertitel, 3 Sohn Alberichs (deutsche Sage), 4 Stachelpflanze, 5 Sprossenstiege, 6 Schreitvogel.

Kreiskette

Die Wörter beginnen in Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Entmutigung. 1 Gartenzierpflanze, 2 Frauenname, 3 geneigte Bergseite, 4 Gesellschaftsinsel, 5 flüssiges Kosmetikum.



Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15

Verfasser dieser Zeilen ein Mann in den Sinn, der in Kronshagen bei Kiel wohnt, gar nicht weit von der Heimatstube in Preetz, wo sich unser Archiv befindet. Karlheiner Hamel – er ist es, von dem im Folgenden geschrieben werden soll – gehörte bereits seit einigen Jahren als Mitglied der Kirchspiels Hohensalzburg unserer Kreisgemeinschaft an. Wer seine Vita kennt, wundert sich, wurde er doch 1939 in Höxter an der Weser geboren. Und auch unter seinen Vorfahren gibt es keine genealogischen Verbindungen zu Ostpreußen. Wie fand der Westfale nun seinen Weg zur Landsmannschaft Ostpreußen? – Wir kennen einander seit 2001, und ich erfuhr damals, dass er schon lange Abonnent des Ostpreußenblattes war, während für mich meine Mutter die Ausgaben der Zeitung sammelte, die ich dann gelegentlich abholte. Aus diesem Kennenlernen erwuchs eine Freundschaft, und unser enges Verhältnis bewog mich, Karlheiner zu bitten, die Aufgabe des Archivars zu übernehmen. Er hatte ja bereits zuvor meiner Bitte entsprochen, dem Kirchspiel Hohensalzburg beizutreten, und so verweigerte er sich – natürlich – auch diesmal nicht. Am 22. April 2016 wählte der Kreistag ihn kommissarisch zum neuen Archivar.

Als Jurist mit Befähigung zum Richteramt war der Vater zweier Kinder beruflich in verschiedenen Dienststellen der Bundes-

wehr tätig, bis zu seiner Pensionierung als Rechtsberater von Kommandeuren und Befehlshabern im militärischen Bereich, mit Dienststanz in Kiel.

„Wen dieses Ostpreußen einmal in seinen Bann gezogen hat, den lässt es nicht mehr los“ schreibt er in seiner Vorstellung im Heimatbrief. Wiederholt war Karlheiner mit Bus, Pkw und Fahrrad, oft in Begleitung seiner Frau, in allen drei Teilen Ostpreußens unterwegs, viermal war der Verfasser mit dabei.

Bei seiner Tätigkeit im Archiv wird er tatkräftig von den beiden Preetzern Eva Lüders und Manfred Okunek unterstützt. Er ermuntert jeden Interessierten, sich in Archiv-Fragen an ihn zu wenden und verspricht, alles ihm „Mögliche zu tun, um Ostpreußen-Sachverhalten nachzugehen“.

Karlheiner Hamel wird am 6. April 80 Jahre. Der Kreistag der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit gratuliert ihm und wünscht ihm alles Gute, vor allem stabile Gesundheit. *i. A. Dieter Neukamm*



Karlheiner Hamel

Bild: privat

gen bei Heide Bauer, Telefon (0981) 85425.

Hof – Sonnabend, 13. April, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88: Treffen zum Thema Frühling/Ostern.

Landshtut – Dienstag, 16. April, 13.30 Uhr, Gasthaus Zur Insel: Zusammenkunft mit Video-Rückblick 1918.

Weiden – Sonntag, 7. April, 14.30 Uhr, Café Mitte: Treffen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bl.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr, außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 11. April, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Frauengruppe – Mittwoch, 10. April, 13.30 Uhr, Pflegestützpunkt, Wilhelmstraße 116-117, 10963 Berlin. Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Freitag, 12. April, 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin-Wilmersdorf: Treffen. Anfragen an Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



Rastenburg – Sonntag, 14. April, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24B, 13629 Berlin: Treffen. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 13. April, 13 Uhr, Restaurant Galija am Schloß, Otto-Suhr-Allee 139, 10585 Berlin (neue Adresse): Tref-

fen. Anfragen an Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.



BREMEN

Bremen – Mittwoch, 10. April, 15 Uhr, Hotel zur Post, Großer Salon, Bremen, Bahnhofplatz: Mitgliederversammlung und Vortrag.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 13. April, 10.30 bis 16 Uhr, Haus der Heimat (L.d.V.), Teilfeld 8: Ostermarkt. Der Ostpreußenstand ist vertreten mit einem Angebot an Literatur und heimatlichen Spezialitäten; für das leibliche Wohl ist ebenso gesorgt. Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Telefon (06151) 148788

Wetzlar – Montag, 8. April, 13 Uhr, Restaurant Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: „Unterwegs am Kurischen Haff“. Unter diesem Thema zeigt Wolfgang Post (Herborn) Lichtbilder. Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 9. April, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, Wiesbaden: Frauengruppe, Frühlingsnachmittag. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.

Bericht – Beim Monatstreffen erlebten die Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft eine Filmreise unter der Überschrift „Mit der Samlandbahn unterwegs“. Bereits die erste Bahnstrecke der damaligen „Königsberg-Cranzer-Eisenbahn“ (KCE) diente der Erschließung der Badeorte an der samländischen Küste und verkehrte seit 1885 zwischen Königsberg und Cranz. Als erweiterte Strecke führte sie später über Neukuhren bis zur Bernsteinküste.

Die eigentliche Samlandbahn fuhr erstmals am 14. Juli 1900 die 45 Kilometer lange, normalspurige Kleinbahnstrecke vom damaligen Königsberger Samlandbahn-

hof über Marienhof und Rauschen nach Warnicken und nach einer Verlängerung bis Fischhausen und Pilau.

Das östliche Samland bediente die einstige Reichsbahn mit dem „Rasenden Litauer“, der von Königsberg über Labiau nach Tilsit fuhr. Auch heute hält der Zug in Nautzken, an dessen Bahnhof noch der Schriftzug aus deutscher Zeit deutlich zu lesen ist. Aufnahmen aus der Luft zeigten das Gebiet bei Labiau, wo der Fluss Deime in das Kurische Haff mündet. Zu sehen auch die Adlerbrücke aus dem Jahr 1923, neben der Ordensburg eines der Wahrzeichen der Stadt.

Inzwischen sind die Bahnstrecken mit der größeren russischen Spurbreite versehen und größtenteils elektrifiziert. Wie einst ist auch heute der Königsberger Nordbahnhof das „Tor zum Samland“. Von dort verkehren regelmäßig Züge nach Rauschen und Cranz.

Doch der Film zeigte nicht nur die Verbindungsstrecken mit den Bahnen, sondern auch die beschauliche Landschaft zwischen Kurischem Haff und Frischem Haff, durchzogen von manchen bekannten Orten des Samlandes. So war beispielsweise in Rauschen die berühmte Skulptur „Die Wasserträgerin“ von Hermann Brachert zu sehen und das Schloss in Quednau, in dem einst Adolf von Bartock als Oberpräsident der Provinz Ostpreußen wohnte, sowie das Kirchdorf Pothen, in dem Pfarrer Abel Will Luthers Katechismus in die altpreußische Sprache übersetzte.

Die vorbeiziehenden aktuellen Farbbilder und Aufnahmen von alten Fotografien und Postkarten ließen bei den Besuchern Erinnerungen an die unvergessene Heimat im Osten aufkommen.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemendstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutziński, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg – Mittwoch, 10. April, 15 Uhr, Stadthotel, Hauptstraße 38-40, 26122 Oldenburg-Eversten: Treffen, der Pommer Erhard Brüchert liest aus seinem autobiographischen Roman „Der Eisläufer“ (hoch-, nicht plattdeutsch). Mitglieder und Freunde sind herzlich willkommen.

Rinteln – Donnerstag, 11. April, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln (Navi: Bäckerstraße 1 oder Kreuzstraße): Im Hinblick auf die Kontakte und Beziehungen der Rintelner Gruppe zu lokalen und regionalen Institutionen und Einrichtungen wird Manfred Pollmann die Arbeit des Behindertenbeirats der Stadt Rinteln, dessen Vorsitzender er ist, vorstellen und über Aktivitäten berichten. Neben Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls Angehörige und interessierte Gäste herzlich willkommen. Weitere Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe sind unter Telefon (05751) 5386 oder über E-Mail: rebuschat@web.de zu erfahren.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 8. April, 14 Uhr, Haus der Diakonie, Kreuzstraße 19a, 33602 Bielefeld: Heimatnachmittag. Wegen der Kuchenbestellung ist eine Anmeldung bis spätestens fünf Tage vor dem jeweiligen Termin notwendig unter Telefon (05202) 5584.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219. Sprechstunde nach Vereinbarung.

Ludwigsburg – Dienstag, 9. April, 15 Uhr, „Krauthof“, Beihinger Straße 27: Frühlingsfest.

www.preussische-allgemeine.de



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 13. April, 17 Uhr, Orangerie: Die Curry-Wurst - eine ostpreußische Spezialität von Herta Heuwer aus Königsberg. Sie sind eingeladen, das Original-Rezept in geselliger Runde zu schmecken. – Sonnabend, 22. Juni, Tagesausflug geplant. Bitte um Ihre Vorschläge bis zum Treffen im April. Anmeldun-

Im Alter von 82 Jahren verstarb am 22.03.2019 unser unvergessener verdienter Landsmann

Manfred Kirrinnis

Träger des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen
Ehrenvorsitzender der Bezirksgruppe Lüneburg e. V.

Manfred Kirrinnis, geboren am 19.04.1936 in Tilsit, war aktives Mitglied in der Kreisgemeinschaft Schloßberg/Ostpreußen e. V., seinem letzten Heimatwohnort. Er zeichnete sich durch sein profundes geschichtliches und politisches Wissen aus, das er auch in Wort und Schrift für die landsmannschaftliche Arbeit einsetzte. 52 Jahre war Manfred Kirrinnis Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen, bereits in Jugendtagen engagierte er sich in der „Deutschen Jugend des Ostens“.

Er war 21 Jahre 2. Vorsitzender und 16 Jahre 1. Vorsitzender der Kreisgruppe Celle sowie elf Jahre Schriftführer und 18 Jahre Vorsitzender der Bezirksgruppe Lüneburg e. V. und überdies 18 Jahre Stellvertretender Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen e. V. Er hat seiner Heimat in vorbildlicher Weise gedient.

Unser Mitgefühl gilt seiner Familie. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Landsmannschaft Ostpreußen

Landesgruppe Niedersachsen e. V.
Dr. Barbara Loeffke
Vorsitzende

Bezirksgruppe Lüneburg e. V.
Heinz Kutziński
Vorsitzender



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Manfred Kirrinnis

* 19. April 1936
in Tilsit/Ostpreußen

† 22. März 2019
in Celle

Der Verstorbene war als stellvertretender Vorsitzender der Landesgruppe Niedersachsen langjähriges Mitglied der Ostpreußischen Landesvertretung.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen verlieh die Landsmannschaft Ostpreußen Herrn Manfred Kirrinnis im Jahre 2017 das Goldene Ehrenzeichen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese
Stellv. Sprecher

Stephan Grigat
Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld
Schatzmeister

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Gütersloh: (v. l.) Josef Block, Marlene von Oppenkowski, Eckard Jagalla, Anton von Oppenkowski, Peter Welki, Marianne Bartnik, Renate Thamm, Gregor Kischporski
Bild: privat

Weihnachtsmarkt, Weihnachtsfeier mit Nikolaus und einiges mehr. Auch eine Ostpreußischer Singkreis und eine Frauengruppe gehören dazu.

Als nächstes sind alle Tanzfreudigen zum Tanz in den Mai am Dienstag, 30. April ins Haus Ohlmeyer in Verl eingeladen, es gibt Livemusik. Außerdem werden 3 Busfahrten organisiert: am 11. Mai zum Deutschlandtreffen nach Wolfsburg, ab 7. Juli zum NRW Landestreffen auf Schloß Burg und am 3. August zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg. Interessierte sind stets herzlich willkommen. Anmeldung sind ab jetzt möglich unter: Telefon (05241) 34841 bei Block oder (05241) 29211 bei Bartnik.

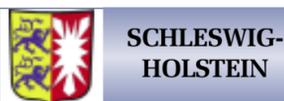
Köln – Das nächste Treffen der Ostpreußengruppe zu Besprechungen aber auch zum gemütlichen Kaffeetrinken findet am Mittwoch, dem 10. April, um 14 Uhr, im „Café zum Königsforst“ statt. Das Lokal befindet sich gegenüber der Endhaltestelle der KVB-Linie 9 Königsforst. Unser Treffen im Februar war kurzfristig wegen Sturmwarnung ausgefallen. Weil aber keine Möglichkeit bestand, es abzusagen, möchten wir die Wenigen, die trotzdem gekommen waren, um Entschuldigung bitten. Nun, es wird nicht immer Naturgewalten geben, die unsere Begegnungen verhindern, und so glauben wir mit großer Zuversicht, dass „Petrus“ uns im April keinen Strich durch die Rechnung machen wird.

Liebe Landsleute, die Ihr in und um Köln wohnt, egal wie alt Ihr seid, unsere einst so große Gruppe ist auf ein sehr kleines Häuflein geschrumpft. Dieses noch existierende „Stückchen Heimat“

möchten wir nicht aufgeben und treffen uns immer wieder. Helft doch bitte mit Eurem Kommen, dass es noch eine Weile weiterleben darf. Wenn man die Tabellen der ostpreußischen Kreisgemeinschaften anschaut, leben noch einige Hundert Landsleute in der Nähe des „Cafés zum Königsforst“. Wir bitten Euch herzlich, kommt doch mal vorbei.

Wesel – Sonnabend, 6. April, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserling 4: traditionelles Frühlingsfest mit Grützwurst und einem schönen Programm. Informationen bei Paul Sobotta unter Telefon (0281) 45657.

Witten – Montag, 15. April, 15 Uhr, Evangelische Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Treffen.



Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Burg auf Fehmarn – Dienstag, 9. April, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Lichtbildvortrag über die Unterwasserwelt, über die Sinai – Halbinsel und über die Wüste des Meeresbiologen Ulrich Niermann aus Heiligenhafen.

Neumünster – Mittwoch, 10. April, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Treffen. Froh und heiter mit ostpreußischem Humor, Witz und musikalisch unterhält uns die Ostpreußin Gerta Heykena.

Bericht – Die Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft

der Ost- und Westpreußen, Gruppe Neumünster, war am 6. März wieder gut besucht. Nach der Begrüßung, Totenehrung und Kaffeepause verlas die Vorsitzende Brigitte Profé die Geburtstage der Mitglieder (Februar und März), und wir haben festgestellt, dass die Mehrheit der Mitglieder Ende 80 und weit über 90 Jahre alt ist.

Es folgte eine Rückschau auf das arbeitsreiche erfolgreiche Jahr 2018/19. Erfreulich, dass wir wieder 64 Mitglieder haben und sich immer wieder auch Gäste zu unseren Veranstaltungen einfinden.

Einverstanden waren alle mit dem neuen Jahresprogramm, das wieder sehr umfangreiche, infor-

native, vielseitige und abwechslungsreiche Themen beinhaltet. Sie dankte den treuen Mitgliedern für ihr stetes Kommen und dem Vorstand und Helfern für jegliche Hilfe und das Vertrauen.

Die Kassenwartin Hildegard Henning verlas den Kassenbericht der Kassenprüfer Manfred Rühllein und Dietmar Anger, der eine einwandfreie Aufstellung der Gelder und einen sparsamen Umgang mit Beiträgen wie Spenden zeigt und ohne Beanstandung erfolgte, weswegen die Prüfer den Antrag auf Entlastung der Kassenwartin und des Vorstandes beantragten, der einstimmig genehmigt wurde. Im nächsten Jahr stehen die Prüfer wieder zur Verfügung.

Unter Verschiedenes sprach LM Edelgard Lessing über den internationalen Frauentag 2019 und lud Mitglieder zu den Veranstaltungen ein. Sieghild Klant informierte die Teilnehmer über die Lötzer Heimatstube und berichtete wie wichtig für die Neumünsteraner und überhaupt wie interessant, vielfältig mit den Ausstellungen über Ostpreußen zu sehen und hören ist.

Ohne Vertellkes geht nüscht. Quer durch die Schabberkiste gab es Lustiges zu hören und gesungen wurde auch. B. P.

Uetersen – Freitag, 12. April, 15 bis 17 Uhr, Haus Uetersen End, Kirchenstraße 7: Ein fröhlicher Nachmittag mit Erwin Krüger, der auch seine Drehorgel mitbringt.

Elmshorn – Die Jahreshauptversammlung des Elmshorner Vereins „Forum Baltikum - Dittchenbühne“ fand in den eigenen Räumlichkeiten an der Hermann-Sudermann-Alle 50 statt. Dabei wurde auch auf die nächste besondere Veranstaltung an der Dittchenbühne hingewiesen - auf den Welttheatertag, der zusammen mit dem Kreis am 27. März für die Theaterfreunde durchgeführt wird.

Ergebnisse des Jahres 2019

Bei der gutbesuchten Jahreshauptversammlung konnte der Vorstand des Elmshorner Theaters ansehnliche Zahlen für das vergangene Jahr vermelden: Die Gesamteinnahmen des gemeinnützigen Vereins betragen 268594,61 Euro (ohne den vereinseigenen Kindergarten), die Ausgaben 266649,89 Euro. Es blieb also ein Überschuss von 1944,72 Euro.

446 größere Veranstaltungen wie Theateraufführungen, Proben, Vorträge, Kurse, Märkte, Ess-Events, Trauungen und Feiern des Vereins sowie private Feste fanden 2018 statt – mit insgesamt etwa 18000 Besuchern. Das große Stadtteilfest rund um die Dittchenbühne zu Pfingsten mit sei-

Dittchenbühne

nen vielen Besuchern kommt noch hinzu.

Die beiden Inszenierungen des Erwachsenentheaters („Die Reise nach Tilsit“ und „Die Physiker“) waren wieder „Renner“, ebenso das Weihnachtsmärchen mit 3600 Besuchern. Vielbeachtet und erfolgreich war auch wieder die Ostseetournee der Dittchenbühne mit „Der Reise nach Tilsit“. In fünf Ländern wurde das Stück neun Mal aufgeführt – vor einem zunehmend jünger werdenden Publikum, unter dem sich viele Deutschschüler und Germanistik-Studenten befinden.

Die Mitgliederzahl des Vereins hat sich weiterhin nach oben bewegt: Es gibt jetzt 730 Vereinsmitglieder. Der Fahrtenring des Vereins führte mehrere Bildungsreisen erfolgreich durch.

Blick auf das laufende Jahr

Natürlich warf man während der Versammlung auch einen Blick auf das laufende Jahr:

Der Fahrtenring führt wieder diverse Bildungsreisen durch, unter anderem Fahrten ins „Bernsteinland“, zu den Störtebeker Festspielen nach Rügen, nach Berlin

und Potsdam, in den Kreis Dithmarschen und zum Weihnachtsmarkt nach Bremen. Eine Fahrt auf der Elbe ist schon lange ausgebuht.

Im Herbst soll ein Bücherflohmarkt angeboten werden.

Mit dem „Schimmelreiter“, einer Inszenierung mit dem Regisseur Markus Ahrend, geht es im Herbst zum 30. Mal um die Ostsee. Gespielt wird in Stettin, Schneidemühl, Stolp, Danzig, Elbing, Allenstein, Wilna, Memel, Schaulen, Dobeles, Tallinn und St. Petersburg.

Als Weihnachtsmärchen unter der Regie von Katrin Cibin ist das „Rumpelstilzchen“ vorgesehen.

Die Eintrittspreise werden in diesem Jahr geringfügig erhöht.

Wahlen

Auf der Jahreshauptversammlung wurde Raimar Neufeldt wieder als 1. Vorsitzender für weitere zwei Jahre gewählt, Jan Berning als 2. Vorsitzender ebenso bestätigt. Der komplette Vorstand besteht aus diesen Personen: Renate Neufeldt, Dieter Staack, Ralf Skala, Wolf Schubbe, Abdul Laban, Monique Wodtke, Petra Maruska, Immo Neufeldt, Katrin Cibin, Andre Philipowski und Ritas Lühmann.



Wanderausstellungen – „Angenommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland“, 1.

April bis 30. Mai, Museum der Stadt Geretsried, Graslitzer Straße 1, 82538 Geretsried. – „In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955“, 8. April bis 20. Mai, Haus der Heimat Wiesbaden,

Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden. – „Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“, bis 24. April, KultSchule, Sewanstraße 43, 10319 Berlin. Infotelefon (0228) 8100730, E-Mail: info@z-g-v.de

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Historische Flucht ins Pantheon

In Kattowitz wird die Hagiografie der Aufständischen auf die Spitze getrieben

Die Woiwodschaft Schlesien feiert 100 Jahre der „Rückkehr“ eines Teils Oberschlesiens zu Polen. Mit der Rückkehr ist die Annexion Ostoberschlesiens durch Polen nach dem Ersten Weltkrieg gemeint, also viele Jahrhunderte nach einem mittelalterlichen polnischen Intermezzo.

Mit der Terminologie „Rückkehr zum Mutterland“ greifen die Akteure nun wieder einen nationalkommunistischen Terminus auf, der in der Nachwendzeit zunehmend verloren ging. Es soll eine neue Kulturinstitution entstehen – das „Pantheon außergewöhnlicher Schlesier“. Etwa 40 Millionen polnische Zloty (umgerechnet etwa 10 Millionen Euro) soll das Projekt kosten, und der Standort steht auch schon fest. Das Pantheon wird in den Katakomben der Christuskönigskathedrale zu Kattowitz eingerichtet, denn Ideengeber ist der Kattowitzer Metropolit Wiktor Skworc. „Die Katakomben der Kathedrale sind ein Symbol für die Wiedergeburt des polnischen Staates in Schlesien, deshalb bilden sie den idealen Platz

für die Erzählung über die Schicksale der großen Schlesier“, so Erzbischof Skworc gegenüber den Nachrichtenportal Infokatowice.pl. „Das Oberschlesische Pantheon soll über die schwere, aber zugleich schöne Geschichte Schlesiens erzählen. Dies ist besonders wichtig in der Perspektive des 100. Gedenktages der Schlesischen Aufstände und der Rückkehr zum Mutterland. Wir schulden den großen Schlesiern unsere Dankbarkeit für ihren Einsatz für diese Region und das Land. Ihre Lebensläufe sind der beste Geschichtsunterricht für junge Generationen“, sagte Jakob Chelstowski, Marschall der Woiwodschaft Schlesien am 25. März während der Unterzeichnung einer Absichtserklärung zur Schaffung der neuen Kulturinstitution. Das Dokument haben außerdem Ideengeber Erzbischof Wiktor Skworc, der Kattowitzer Stadtpräsident (Oberbürgermeister) Marcin Krupa und Piotr Gliński, Minister für Kultur und Nationales Erbe, unterzeichnet. Das oberste Ziel der neuen Kultureinrichtung ist erklärter-

maßen eine redliche Überlieferung der Geschichte anhand von Lebensläufen wichtiger (Ober-)Schlesier. Mit der Redlichkeit ist es allerdings nicht weit her, denn einen Platz in diesem Pantheon der Oberschlesier finden wohl nur Kämpfer für das Polentum. Dies zumindest kann man aus den Aussagen der sich für

das Projekt einsetzenden Kommunalpolitiker der Woiwodschaft Schlesien herauslesen. „Wir ebnen die verworrenen Wege unserer Geschichte und zeigen, dass das Streben der (Ober-)Schlesier, zu Polen zu gehören, sehr stark war“, zitiert das Portal „Magna Polonia“ Marcin Krupa, den Stadtpräsidenten (Ober-

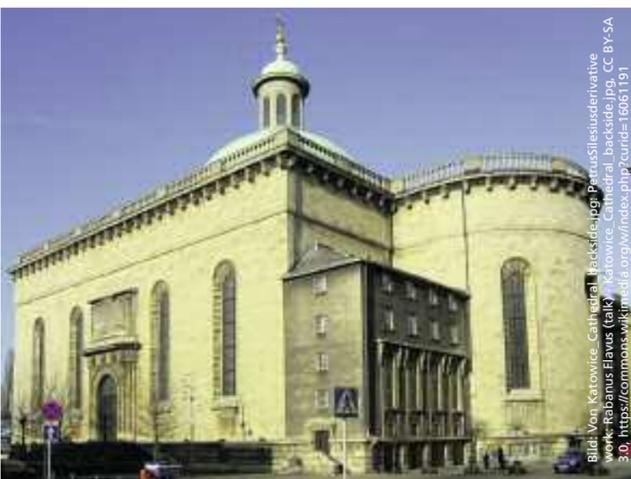
bürgermeister) von Kattowitz. Marschall Chelstowski äußerte gegenüber dem Journal „Dziennik Zachodni“: „Diese neue Kulturinstitution der Woiwodschaft wird von höchstem Niveau sein, denn zum 100. Jahrestag der Rückkehr Schlesiens zum Mutterland verdient sie es besonders.“ Eröffnet werden soll das Oberschlesische Pantheon 2021. Dazu werden bereits 200 kurze Lebensbeschreibungen für die Initiatoren wichtiger Oberschlesier der letzten 100 Jahre von Mitarbeitern der Universität Kattowitz und der theologischen Fakultät Kattowitz digital bearbeitet. Aus dieser Arbeit soll eine multimediale Ausstellung entstehen.

Die polnischen Aufstände heißen in der polnischen Sprache „Schlesische Aufstände“, da sich die Woiwodschaft Schlesien nur über den östlichen Teil Schlesiens erstreckt. Am 100. Jahrestag der Aufstände soll auch ein Film über diese „aufklären“, der vom Woiwoden in Auftrag gegeben wurde. „Wer mit Verklärung auf die Zeit der Volksrepublik zurückblickt, wird entzückt

sein. Für mich ist der Satz über die ‚Wiedergeburt Schlesiens in Polen‘ ähnlich lächerlich wie die Ansicht, die DDR (Deutsche Demokratische Republik) sei die Blüte der deutschen Geschichte. Wir dürfen uns nun auf drei Jahre voller solcher Albernheiten freuen“, so der promovierte Jerzy Gorzelik von der Autonomiebewegung Schlesiens.

Die sich bis 2021 hinziehenden Jubiläumsfeierlichkeiten zum Gedenken an die Ereignisse vor 100 Jahren vom Beginn der Aufstände 1919 bis zur Annexion Ostoberschlesiens durch Polen 1921 wurden am 18. März im Schlesischen Museum zu Kattowitz eröffnet. Dort wird bald eine Ausstellung über die Rolle von Frauen in den Aufständen und bei der Volksabstimmung vom 20. März 1921, bei der 59,6 Prozent der abstimmungsberechtigten Oberschlesier für den Verbleib bei Preußen und dem Reich votierten, zu sehen sein. Zudem wird dort ein Ausstellungsraum den polnischen Aufständen gewidmet.

Chris W. Wagner/PAZ



Bald Sitz des Kattowitzer Pantheons: Christuskönigskathedrale

Mit dem „Ostpreußen-Express“ durch Hinterpommern

Eine lohnende Bahnfahrt in der Gegenwart auf historischen Gleisen

Wer 1945 zwischen Danzig und Stettin auf die Flucht gehen musste, wird sich noch an die nicht enden wollende Fahrt erinnern. Glück bedeutete damals, einen Platz in einem der westwärts rollenden DR-Personenzüge zu ergattern; andere froren erbärmlich in offenen Güterwaggons, wobei viele den Kälte- und Hungertod starben. Heute hingegen rauschen bequeme mit E-Lok bespannte IC-Züge der polnischen PKP über die 334 Kilometer lange historische Strecke, die unbeschreiblich viel Leid gesehen hat.

In den letzten Jahren bin ich oft per Zug nach Ostpreußen gefahren, um dort Rad-, Hausboot- oder Schiffstouren mit der „Classic Lady“ zu unternehmen und im Raum Angerburg/Jäglick auf den Spuren von Arno Surminski zu wandeln, der zur Zeit an einem Lokführer-Roman arbeitet. Schauplätze während der Kriegszeit: zwischen Ostpreußen und Schleswig-Holstein.

Alle Züge ab Stralsund Richtung Berlin halten in Pasewalk. Hier heißt es umsteigen in die Regionalbahn. Sie kommt von Lübeck und fährt bis Stettin Hauptbahnhof. Dabei spürt man immer noch die alte deutsch-polnische Grenze, bis zu der die Schienen geschweift sind. Dahinter fängt es in rhythmischem Takt an zu rattern. Aus Richtung Berlin steigt man in Angermünde um. Alle zwei Stunden gibt es Verbindungen in beide Richtungen.

Über die Oder nach Westpommern

Kurz nach zehn: Am Bahnsteig 2 wird auf Gleis 4 ein langer IC bereitgestellt. Das Zuglaufschild weist ihn aus als RYBAK, zu Deutsch „Fischer“. Endstation der PKP-Strecke 202 ist Bialystok an der weißrussischen Grenze mit weiteren Haltepunkten nach Danzig in Dirschau, Marienburg, Elbing, Mohrunen, Allenstein, Wormditt und Rastenburg. Eine Strecke, von der jeder Meter geschichtsbelastet ist. Meistens bin ich in Lötzen am Löwentinsee ausgestiegen, um dort an Bord zu gehen oder aufs Rad umzusteigen.

Um 10.40 rollt der RYBAK aus dem Bahnhof auf die Oder zu. Links sieht man noch die berühmte Stettiner Hakenterrasse, dann dröhnt die Brücke unter den Waggonrädern. Ein polnisches Schubboot drückt seine Barge, die mit oberschlesischer Kohle für Berlin beladen sind, gegen den Strom nach Süden.

Ab Alt-Damm nimmt die Lok, die zum Betriebswerk (Bw) meiner Geburtsstadt Ostrowo im Warthegau der Provinz Posen gehört, Fahrt auf: für die 22 Kilometer lange Steigung durch den dichten Wald der Buchheide, eine Stauchmoräne, die bis zu 149 Meter über dem Meeresspiegel liegt. Wir sind in die polnischen Woiwodschaft Westpommern eingefahren, die überwiegend zum historischen Hinterpommern zählt.

Um 11.16 quietschen zum ersten Mal die Bremsen in Stral-

sunds Patenstadt Stargard. Die Türme der Stadtkirchen grüßen herüber, während auf dem Nachbargleis Kinder das technische Denkmal einer grünen polnischen



Abwechslungsreiche Fahrt durch Hinterpommern
(Foto Schmidt-Walther)

Schnellzug-Dampflok bestaunen.

Wieder an der Ostseeküste

Blick zurück. Die Reichsbahndirektion (RBD) Stettin war eine der ältesten Deutschlands, erstreckte sich über das Gebiet der Provinz Pommern und gehörte gebietsmäßig zur RBD Osten. Ihr Landschaftsbild besteht einheitlich aus einer eiszeitlichen Moränenlandschaft im Bereich des weithin bewaldeten, sanft gewellten Balten Höhenrückens, der im 256 Meter hohen Schimritzb-

der Bütower Kuppen gipfelt. Darin eingebettet die idyllische Pommersche Seenplatte. Zwischen Freienwalde und Labes schmiegt sich die Strecke kurzzeitig an den

Südzipfel des Wothschwien-Sees. Hinter Labes wird das gewundene Flüsschen Rega gequert, das rechts bis zur 1296 gegründeten Kreisstadt Schivelbein unseren Weg begleitet. Bei Kanuten ein beliebtes Wassersportrevier. Naturlandschaft mit viel Wald dominiert bis zum 32 Kilometer entfernten Belgard, dessen Landkreis mit seinen vielen Rittergütern seit 1648 zu Brandenburg-Preußen gehörte. Durch den Ort fließt die bei Kolberg in die Ostsee mündende Persante.

Salzgeruch zieht man nach 24 Ki-

lometern ein, wenn man das Fenster öffnet. Der RYBAK stoppt in Köslin, früher mit „C“ geschrieben, das nur einen Steinwurf weit vom Baltischen Meer liegt. An dieser Küste spielt Fremdenverkehr bis heute eine große Rolle, früher aus ganz Deutschland, heute überwiegend aus Polen. Wegen des noch günstigen Preis-Leistungsverhältnisses und der Küstenlandschaft mit ihren endlosen Stränden kommen zunehmend auch Gäste aus dem europäischen Ausland hierher.

Von Köslin, der nach Stettin zweiten Großstadt Westpommerns, zweigt eine acht Kilometer lange Kleinbahnstrecke nach Natzlaff zum Ostseestrand ab. Weiter geht es küstenparallel, doch mit großem Abstand zur Ostsee: durch Agrarland über Schwale an der Wipper, die bei Rügenwalde in die See mündet, nach Stolpe, im Mittelalter eine Landvogtei. Die Stadt liegt an der Stolpe, der Stolpmünde an der Ostsee den Namen verdankt.

Kaschubien und Westpreußen

In floter Fahrt – unterbrochen durch viele dampfkähnliche Pflüffe an unbeschränkten Bahnübergängen – läuft der IC nach rund 65 Kilometern ohne Halt in Lauenburg ein. Die bewaldeten Höhen südlich der Stadt sind Ausläufer der Kaschubischen Schweiz mit ihrem ausgedehnten Wald- und Seengebiet rund um Karthaus, ein bevorzugtes Naherholungsgebiet der Danziger.

32 Bahnkilometer weiter stoppt der RYBAK in Neustadt an der Reda. Hier beginnt Westpreußen. Durch den Versailler Vertrag fiel das Gebiet 1920 an Polen und wurde als Polnischer Korridor bezeichnet. Heute gehört es zur Woiwodschaft Pommern.

Bis hierher fährt auch die Danziger S-Bahn, zum Teil noch mit Wagenmaterial der Berliner Vorkriegs-S-Bahn. Eine idyllische Bahnstrecke führt von Neustadt über Großendorf bis nach Hela am Südzipfel der Putziger Nehrung auf der gleichnamigen Halbinsel. Ein wahrhaft lohnenswerter Abstecher!

Wenig später schlängelt sich der IC RYBAK an den Hafenanlagen von Gdingen entlang. Die großen Schiffe sind zum Greifen nahe. Das mondäne Seebad Zoppot ist vorletzte Station, bis der Uhrenturm des prachtvollen Danziger Hauptbahnhofs in Sicht kommt. Der Pommern-Westpreußen-Film spult seine letzten Meter ab. Pünktlich um 15.41 Uhr, nach fünf Stunden Fahrt für nur 19,79 Euro in der 1. Klasse, heißt einen die polnische Lautsprecherstimme:

„Herzlich willkommen in Danzig!“
Peer Schmidt-Walther

Infos:

Günstigste Buchung: online über: www.intercity.pl oder über Eisenbahn-Spezial-Reisebüros wie Kopfbahnhof in Berlin; alle IC-Züge sind platzkartenpflichtig.

Die jüdischen Kaufmannsfamilien in Stralsund

Bis zum 28. April 2019 läuft die Sonderausstellung „Im Fluss der Zeit – Jüdisches Leben an der Oder“ im Pommerschen Landesmuseum in Greifswald, Rakower Straße 9, 17489 Greifswald • www.pommersches-landmuseum.de

befinden sich in der Ossenreierstraße im Zentrum Stralsunds zwei der deutschlandweit wenigen erhalten gebliebenen Warenhäuser: Das 1903 errichtete Alt-Wertheim mit seiner großartigen, restaurierten Fassade und seinem imposanten Lichthof

erprobten sie in der Hansestadt damals revolutionäre Verkaufsprinzipien. Die bis heute wechselvolle Geschichte der großen deutschen Warenhäuser Wertheim, Hertie und Kaufhof nahm in Stralsund ihren Anfang.

Neben der Geschichte der Waren-

diese historische Besonderheit nicht angemessen repräsentiert. Unter diesem Eindruck gründete sich 2011 der Förderverein Historische Warenhäuser Wertheim und Tietz in Stralsund e.V. Der gemeinnützige Verein möchte die Bedeutung Stralsunds und die Rolle seiner jüdischen Kaufleute und Händler für die Entwicklung der Warenhauskultur vermitteln und Einheimische wie Gäste auch für die jüdische Geschichte der Stadt interessieren.

Mit interessanten Geschichten, Informationen und historischen Aufnahmen führt ein Audio-Rundgang „Jüdisches Leben und Wirken in Stralsund“ Besucher und Einheimische an elf Orte der jüdischen Geschichte von Stralsund.

Professor Michael Klotz hat die Tour mit Studenten an der Hochschule Stralsund im Rahmen des BMWi-geförderten „Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrums Rostock“ für die kostenlos in App- und Play-Store erhältliche izi.TRAVEL-App erstellt. Der Stadtrundgang beginnt an der Stralsunder Münze und führt u.a. zur Gedenktafel der ehemaligen Synagoge, dem Kaufhaus Tietz und Wertheim-Warenhaus. Eine Station ist auch das Haus der Familie Blach in der Mönchstraße, deren fast vergessene Geschichte Friderike Fechner, wie Michael Klotz ebenfalls Mitglied im Förderverein „Historische Warenhäuser Wertheim und Tietz in Stralsund“, erforscht hat. In der Stralsunder Altstadt endet die Tour an der Gedenktafel im Johanniskloster. Station Nr. 11 beschreibt den etwas außerhalb an der Greifswalder Chaussee gelegenen jüdischen Friedhof Stralsunds.

Weitere Info: <http://historische-warenhauser-stralsund.de>

Grußwort zum Pommerntreffen am 6. März 2019 in Anklam Liebe pommerische Landsleute,

als Vertreter der Pomeranos, deren Vorfahren vor fast 170 Jahren aus unserer gemeinsamen pommerischen Heimat nach Brasilien eingewandert sind, grüßen wir Sie herzlich.

Trotz der großen Entfernung fühlen wir uns Ihnen heimatlich verbunden und wären heute gerne unter Ihnen. Sie sollen wissen, dass wir Pomeranos als angesehene und loyale Bürger Brasiliens alle Möglichkeiten wahrnehmen, um unsere pommerische Kultur zu erhalten. Nicht nur viele der Sitten und Gebräuche, die unsere Vorfahren mit ins Land gebracht haben, sondern auch die pommerische Mundart pflegen wir aus innerer Überzeugung. In Espirito Santo, dem nördlichsten Siedlungsgebiet der Pomeranos, wurde das pommerische Platt der portugiesischen Landessprache gleichgestellt und in Pomerode, der deutschen Stadt Brasiliens, wird es sogar im Schulunterricht gelehrt. Ein weiteres Wörterbuch „Portugiesisch-Pommerische Mundart“ für die Schulen, steht vor der Vollendung.

Neben den deutschen Rundfunksendungen, die über das Internet auf der ganzen Welt empfangen werden können, erscheint in diesen Tagen die 282. Ausgabe der Folha Pomerana, der brasilianischen Pommern-Zeitung, die als E-Mail Zeitung u.a. über einen großen deutsch-brasilianischen Blog, wöchentlich an weltweit 160 000 Empfänger verschickt wird. In portugiesisch, deutsch und pommerisch Platt behandeln wir dort pommerische Themen.

Unsere guten Beziehungen insbesondere nach Vorpommern werden weiter ausgebaut. Seit 2001 nehmen ständig Vertreter aus Pomerode an partnerschaftlichen Treffen in Greifswald teil. Beste Beziehungen bestehen zum Pommerschen Landesmuseum und zur Universität Greifswald, die uns bei wichtigen Projekten unterstützen.

Die Vereine der Deutschen Minderheit in Hinterpommern, mit deren Hilfe in der Vergangenheit mehrmals Pomerano-Volkstanzgruppen in Stettin, Köslin, Regenwalde und anderen Städten auftreten konnten, sind immer wieder Besuchern aus Brasilien behilflich, die die Heimat ihrer Vorfahren kennenlernen möchten. Seit 2017, als das erste Mal Pomeranos als Ehren Gäste an dem Großen Pommerntreffen in Anklam teilnahmen, haben wir auch ein besonders gutes Verhältnis zu den Herren Schukat und Schülke, den Veranstaltern der großen Heimattreffen. Aus der Ferne wünschen wir Ihnen für Ihr heutiges Heimattreffen ein gutes Gelingen und Gottes Segen.

Prof. Dr. Ivan Seibel, Herausgeber der Folha Pomerana

Ostern im Pommerschen Landesmuseum
Rakower Straße 9 – 17489 Greifswald
www.pommersches-landmuseum.de

07.04. FAMILIENSONNTAG – 14.00 -17.00 Uhr

Es gilt der Museumseintrittspreis.

OSTERLECKEREIEN UND BASTELEIEN

Ostern in Pommern (Brauchtum)

Vorbereitend auf das Osterfest können sie mit uns in unterschiedlichen Techniken Ostereier gestalten. Ob mit Zwiebelschalen, Krappwurzel oder roter Bete gefärbt, mit Wachs verziert oder Papierschnipseln beklebt – farbenfrohe Stände erwarten sie in der Museumsstraße. Bitte ausgepustete Eier mitbringen!



Einer der Lichthöfe des früheren Kaufhauses Wertheim, 1903 erbaut und 1927 erweitert
(Foto: Johannes-Maria Schlorke)

In einem Vortrag am 21. März im Pommerschen Landesmuseum stellte der gemeinnützige Förderverein „Historische Warenhäuser Wertheim und Tietz in Stralsund e.V.“ durch die Vorsitzende Nadine Garling Orte jüdischer Geschichte sowie Biographien prägender Kaufmannsfamilien wie Wertheim, Tietz, Blach und Cohn, die Stralsund zur Wiege der deutschen Warenhauskultur gemacht haben, vor. Noch heute

sowie ein Gebäude der Familie Tietz, das 1927 im Stile der neuen Sachlichkeit eröffnet wurde. Aus den Häusern der Familie Tietz entwickelten sich die Warenhausketten Hertie und Kaufhof.

Ihre ersten Geschäfte eröffneten die beiden deutsch-jüdischen Familien Wertheim und Tietz bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Stralsund. Vor dem Sprung nach Berlin und in andere deutsche Städte

häuser wird dargestellt, wie und wo an die Zerstörung jüdischen Lebens in Stralsund und die Schicksale der jüdischen Kaufmannsfamilien heute erinnert wird.

Die Geschichte der Warenhäuser Wertheim und Tietz und insbesondere ihr Ursprung in Stralsund sind der Öffentlichkeit nur wenig bekannt. An den historischen Orten, in Museen, bei Stadtführungen und in touristischen Informationsangeboten scheint

Alt aber sicher

Zu: Senioren im Visier (Nr. 6)

Zwei Drittel der Unfallbeteiligten waren 2015 über 64 Jahre alt. Da gibt es aber auch ganz andere Zahlen. Hier ist es genauso wie in vielen anderen Dingen des täglichen Lebens, man fragt zehn Menschen zu einem Thema und erhält zehn verschiedene Antworten. Daher bezweifle ich die vorgenannte Aussage. Es ist völlig daneben, wenn „zu langsames Fahren“ pauschal als „Unsicherheit“ bezeichnet wird. Bedenklich ist allerdings, dass ältere Menschen große Fahrzeuge fahren, die sie offensichtlich nicht beherrschen. In den Fällen ist das Wort „Unsicherheit“ korrekt.

Was aber ist mit den „wilden“ Fahrten durch die Städte? Das sind in erster Linie junge Menschen. Diese Vergehen häufen sich. Und die „Ergebnisse“ sind in der Regel um ein Vielfaches schlimmer als „zu langsames Fahren“. Viele ältere Fahrer fahren vorsichtig, vorausschauend, das hat nichts mit Unsicherheit zu tun. Ein großer Teil der jungen Fahrer fährt drauf los. Es sind jene Menschen, die in dem Moment, wo sie die Haustür hinter sich schließen und ins Auto steigen, der Auffassung sind, „jetzt bin ich König“. Und das erst recht, wenn noch das entsprechende Auto dazu kommt. Sie setzen für sich Gesetze außer Kraft, für sie gilt nur ein Gesetz: „Rücksichtslosigkeit“.

Die lange Latte, die eine Berliner Boulevardzeitung von empörten Senioren, die ihren Führerschein nicht abgeben wollen, präsentiert hat, kann man nur als dumm bezeichnen. Es gibt wichtigere Themen als ausgerechnet „Fahrerlaubnis für Senioren“. Mit den meisten Senioren kann man über dieses Thema vernünftig sprechen. Wenn sie pauschal als unfähig bezeichnet werden und der Anschein einer Bevormundung erweckt wird, darf man sich über entsprechende Reaktionen nicht wundern. Mit einem heute 65-jährigen Menschen kann in der Regel nicht mehr so umgegangen werden wie vor 40 Jahren.

Für die vorgenannte Zeitung gibt es ein ganz interessantes Thema, mit dem man sich sehr intensiv befassen sollte. Warum fällt eine hohe Anzahl junger Menschen sowohl durch die praktische als auch durch theoretische Fahrerlaubnisprüfung? Das ist bedenklich.

Heinz-Peter Kröske, Hameln



Die Frisur sitzt: Sahra Wagenknecht kehrt ihrer Bewegung „Aufstehen“ und bald auch ihrer Fraktion als Vorsitzende den Rücken

Ohne ihr Zugpferd Wagenknecht haben es die Linken schwer

Zu: Frohlocken bei Grünen und SPD (Nr. 12)

Turbulenzen sind bei den Linksparteien obligatorisch, denn sie leiden nach der Vereinigung von DDR und Bundesrepublik noch immer unter dem Problem, sich die seinerzeit gewaltsame Übernahme der SPD nach dem Krieg in die damalige SED nicht verzeihen zu können.

Hinzu kommt, dass Anfang der 90er Jahre die SPD glaubte, im Osten einen Siegeszug vollziehen und so die Reste der SED an den politischen Rand drängen zu können. Das ist ihr aber nicht gelungen. Die Neubundesbürger merken sehr schnell, dass die hochgelobte sogenannte soziale Marktwirtschaft mehr verspricht, als sie halten konnte, und dass ehemalige Staatsbetriebe unter Vernichtung von Arbeitsplätzen zu Spottpreisen verhöckert wurden.

Zu den besonders profilierten Politikern, die hier den Finger in die kapitalistische Wunde legten, gehörte eben auch Sahra Wagenknecht. Ihr scharfer und brillanter

Verstand, verbunden mit hervorragender Rhetorik, machten sie auf dem politischen Parkett unübersehbar. Wegen ihrer Weltanschauung war sie (sowie ihre Partei) damals noch leicht zu diffamieren, zumal sie sich weigerte, die ehemalige DDR als Unrechtsstaat anzuerkennen.

Regelmäßig wurde die SPD von den übrigen bundesdeutschen Parteien genötigt, sich vor Wahlen dahingehend festzulegen, ein Bündnis mit diesen Linken nach den Wahlen auszuschießen. Ein gleiches Verhaltensmuster wiederholt sich nun auch mit der AfD. Diese selbstgewählte Isolierung der SPD hat nicht nur mögliche Bündnisse verhindert, sondern auch keine Möglichkeit zugelassen, eine soziale Wirtschaftspolitik, gestützt auf alle linken Parteien, durchzusetzen.

Hier nahm sich Wagenknecht ihre Parteibrüder der SPD zur Brust und rügte die Exzesse der Hartz-4-Gesetze, die damit einhergehende Verarmung der in Minijobs und Leichtlohngruppen arbeitenden Bevölkerung sowie die

dadurch immer problematischer werdende Altersversorgung. Die Position in ihrer Partei als Führungskraft hat stets zu stabilen Wahlergebnissen sogar im Westen der Republik geführt. Sie wird als eine der wenigen glaubhaften Politikerinnen mit großer Überzeugungskraft gesehen, anders als die Genossen der SPD, die sich je nach politischen Bedürfnissen wie ein unzerbrechlicher italienischer Kamm nach allen Seiten verbiegen ließen.

Wagenknechts Mut, die Einwanderungspolitik der Regierung nach 2015 kritisch zu betrachten, hat ihr in weiten Teilen der Bevölkerung große Anerkennung beschert, innerparteilich aber wohl eher geschadet, indem man ihr eine AfD-Nähe attestierte. Als Volkswirtschaftlerin erkannte sie die Fehler einer ungezügelten Zuwanderung, die wegen der erheblichen Kosten langfristig zur weiteren Absenkung des allgemeinen Lebensstandards führen werden.

Mit der Bewegung „Aufstehen“ hat Wagenknecht nun aber wohl weite Teile des linksgrünen La-

gers gegen sich aufgebracht, so dass sie sich die Frage stellt, wie ein weiterer sozialer Abbau aufzuhalten ist. Die wesentlich erfolgreicher auftretenden französischen Gelbwesten sind in der sozialen Frage deutlicher von einem Veränderungswillen getragen. Die deutsche linksgrüne Politik ist in weiten Teilen von der Politik der Regierungsbank nicht zu unterscheiden und formuliert weder einen Oppositionswillen, noch produziert sie durchschlagende mehrheitsfähige eigene Ideen.

Dass die linksgrüne Schnöselfraktion wirklich einen Grund hat, um zu frohlocken, wenn ihr Zugpferd Wagenknecht nun als politisch heimatlos betrachtet werden kann, darf bezweifelt werden.

Rudolf Neumann, Ahrensburg

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Vorverurteilung

Zu: Also doch? (Nr. 6)

Für jeden sichtbar wird in Deutschland mit allen Mitteln gegen die rechte Opposition vorgegangen. Jüngstes Beispiel ist wieder einmal Chemnitz, nicht lange nach den „sogenannten“ Hetzjagden in der Stadt.

Im November 2018 sprach Bundeskanzlerin Merkel bei einer Gedenkstunde zum 9. November in Deutschland vor geladenen Gästen. In ihrer Rede sprach Sie davon, dass rechte Kräfte in der Stadt Chemnitz ausländische Restaurants angegriffen hätten. Zu sehen und hören war ihre Rede in der Tagesschau. In der örtlichen Presse war zu der Zeit nicht zu lesen, dass Täter ermittelt wurden.

Ich frage mich, woher weiß die Kanzlerin, wer die Täter sind? Stellt sie einfach Behauptungen auf, die politisch in den Kram passen? Hat das Bundeskanzleramt eine eigene Ermittlungsgruppe, die die Täter ermittelt hat?

Dieser Tage wurde in der örtlichen Presse bekannt, dass zwei von drei Ermittlungsverfahren eingestellt wurden. Täter konnten nicht ermittelt werden. Das scheint jetzt nicht mehr wichtig, Hauptsache, es bleibt was hängen gegen Rechts. Man sollte doch erst einmal die Täter ermitteln und dann urteilen. Ähnliche Fälle sind Tröglitz in Sachsen-Anhalt und der Husarenhof in Bautzen. Dasselbe Bild der Vorverurteilung. Im Kampf gegen Rechts ist man nicht wählerisch. Axel Pohl, Weißwasser

Mehr Volkslieder!

Zu: „Bis zum letzten Atemzug“ (Nr. 13)

Bei dem Interview mit der Sängerin Isabel Kusari geht einem das Herz auf. Sie ist eine unglaubliche Frau, wo es doch nach Aussagen mancher grünen Politiker gar kein Deutschland gibt und unser Deutschland die inländerfeindlichste Regierung der Welt hat. Liebe Isabelle, singen Sie bitte weiter deutsche Volkslieder!

Jürgen Wieger, Hamburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Anzeige

Das legendäre Kräuterhausbuch für den ständigen Gebrauch in Garten und Küche!

Jetzt bei uns erstmals als preisgünstige Sonderausgabe!

■ Dieses Standardwerk verbindet wissenschaftliche Erkenntnisse mit traditionellen Überlieferungen. Im umfassenden Pflanzenlexikon sind über 500 wirksame Heilpflanzen mit ihren Inhaltsstoffen und Anwendungen genau beschrieben.

Von Alant und Alpenveilchen bis Zwergholunder und Zwiebel

800 Farbfotos, Anbauanleitungen, Blüte- und Sammelzeiten, Trocknung, über 2000 Anwendungen als Hausmittel, rund 2000 Rezepte mit Zubereitungen für Tees, Tinkturen, Weine, Liköre, Schnäpse, Essig, Säfte, Speisen, Salben und Bäder. Unterstützende Edelsteinenergie, Kräutermagie und Planetenzuordnung, Homöopathie, Bach-Blüten, Schüßler Salze, Hildegardmedizin, Chinesische Medizin, Tabellen und Index zur Mittelfindung. Ein Symptome-Verzeichnis sowie ein Sachregister runden dieses große Kräuterhausbuch ab.

»Treten Sie unseren Heilkräutern mit Respekt entgegen, geben Sie ihnen in Ihrem Garten ein Zuhause, beugen Sie durch richtige Kräuterernährung Krankheiten vor.«

Siegrid Hirsch & Felix Grünberger: Die Kräuter in meinem Garten großformatiges Paperback • Fadenheftung • 800 Seiten durchgehend farbig illustriert • Best.-Nr. 975 200

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas



* Sonderausgabe in anderer Ausstattung

Wie ein Klagen im Walde

Das Saxofon ist Instrument des Jahres – Benannt ist es nach seinem Erfinder. Ausstellung in Berlin zeigt seine Erzeugnisse

Keine Sorge, das Saxofon gehört noch nicht zu den vom Aussterben bedrohten Musikinstrumenten. Da es aber im Vergleich mit Streich- oder Tasteninstrumenten noch recht jung ist, wurde es zum Instrument des Jahres gewählt.

Instrumente seien mehr als bloße Werkzeuge zur Klangerzeugung, heißt es im Programmheft des Landesmusikrates Berlin, der seit 2010 zusammen mit dem Landesmusikrat Schleswig-Holstein Musikinstrumente in den Fokus der Öffentlichkeit hebt. Bis zu den Anfängen der Musikgeschichte ließe sich zurückverfolgen, wie Menschen ihre eigene musikalische Ausdrucksform durch Entwicklung und Bau verschiedenster Instrumente fanden.

Am 6. November 1814 wurde in der kleinen Stadt Dinant in Belgien der Sohn eines Instrumentenbauers geboren, Antoine Joseph Sax. Später nannte man ihn Adolphe. Der Junge befasste sich in der Werkstatt des Vaters mit Klarinetten und studierte in Brüssel am Konservatorium Musik. Er war ein hervorragender Klarinettenspieler und Instrumentenbauer. Irgendwann entstand bei ihm der Wunsch, einen Klang zu schaffen, der nicht so hart war wie der der Blechbläser, aber kräftiger als der der Holzblasinstrumente. Genauer gesagt war sein Ziel, ein neues Instrument zu schaffen zwischen dem warmen Klang der Klarinette und dem durchdringenden Klang der Oboe. Außerdem sollte es freilufttauglich sein, also unempfindlich, wenn man es draußen bei Wind und Wetter spielte.

Der Erfinder zog 1841 nach Paris und entwarf nur ein Jahr später ein Holzblasinstrument, das er kurzerhand nach seinem Nachnamen benannte, das Saxofon. Obwohl es meistens aus Metall, wie Messing, Sterlingsilber oder Kupfer gefertigt wird,

gehört es wie die Klarinette zu den Holzblasinstrumenten. Der Grund ist ein kleines Holzblättchen im Mundstück. Ein Rohrblatt aus einer speziellen Schilffart wird mit einer Klammer an der Unterseite eines Schnabelmundstücks über einer Öffnung be-

Kautschuk oder Metall gefertigt, ähnelt mit dem Rohrblatt einer Klarinette, die Klappenmechanik ähnelt dem der Flöten.

Sax eröffnete in Paris eine Werkstatt, die er bald zu einer Fabrik mit Konzertsaal erweiterte. Er baute acht verschiedene Grö-

servatorium in seine neuen Instrumente ein. Schnell erregte er große Aufmerksamkeit im Pariser Musikleben.

„Nach meiner Ansicht beruht der besondere Wert der Saxofone in der verschiedenartigen Schönheit ihres Ausdrucks: bald feier-

und den bisher üblichen Blasinstrumenten. Die neuen Instrumente siegten auf ganzer Linie, sowohl von der Lautstärke als auch von der Wetterfestigkeit her, und der König war begeistert. Das Saxofon fand seinen Platz in Militärkapellen.

des Vaters und führte diese nach dem Bankrott und dessen Tod 1894 weiter. In den USA fanden Saxofone früh Einzug in Militärbands. Lange Zeit nach der Erfindung des Saxofons begann sein Siegeszug mit dem Aufkommen des Jazz in New Orleans.

1902 bereiste der Berliner Komponist Gustav Bumcke die französische Hauptstadt, lernte den jungen Sax kennen und stattete der Werkstatt seine Besuche ab. Begeistert von den Instrumenten, orderte er acht Saxofone in allen Größen und brachte sie mit nach Berlin. Für ihn war das besondere Instrument die perfekte klangliche Verbindung zwischen Holz- und Blechblasinstrumenten.

Bumcke brachte sich das Saxofonspiel selbst bei und komponierte Kammer- und Orchestermusik, lehrte am Konservatorium und gründete eine Saxofonklasse. 1926 veröffentlichte er mit seiner „Saxophon-Schule“ die erste deutschsprachige Methodik und gründete Ende der 1920er Jahre das erste deutsche Saxofon-Orchester. Berlin wurde zu einer Art Weltmetropole des Saxofons. Viele Künstler aus aller Welt strömten in die Reichshauptstadt. Das änderte sich jedoch mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten, die das Saxofon als „undeutsch“ ablehnten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden sich Saxofone schnell in zahlreichen Blas- und Militärorchestern sowie in Big-Bands der Radio- und Fernsehanstalten in Ost und West. Heute zählt das Saxofon zu den beliebtesten Instrumenten. *Silvia Friedrich*

Vom 4. April bis 7. Juli präsentiert das Berliner Musikinstrumenten-Museum in der Tiergartenstraße mit „27 Saxophone“ eine Bestandsschau der Saxofone seiner Sammlung. Im Mittelpunkt stehen dabei die Instrumente aus der Werkstatt von Adolphe Sax.



Prominenter Saxofonist: Auch US-Präsident Bill Clinton, hier mit dem Jazzer Everette Harp, konnte dem Instrument Töne entlocken

stigt. Bläst nun der Spieler hinein, wird das Rohrblatt in Schwingungen versetzt. Diese bringen die Luftsäule, die sich im Saxofon befindet, zum Schwingen, und so entstehen die Töne.

Typisch für das Instrument sind die vielen Ventile und Klappen, die dem Musiker durch Öffnen und Schließen derselben eine große Bandbreite an zu spielenden Tönen ermöglichen. Das Schnabelmundstück, oft aus

seines neuen Instrumentes: Sopranino, Sopran, Alt, Tenor, Bariton, Bass, Kontrabass und Subkontrabass. 1846 beantragte er das Patent für seine Erfindung. „Ein Instrument, das im Charakter seiner Stimme den Streichinstrumenten nahekommt, aber mehr Kraft und Intensität besitzt als diese“, hieß es in seinem Patentantrag. Sax erhielt das Patent für zunächst 15 Jahre und weihte Studenten am Pariser Kon-

servatorium in seine neuen Instrumente ein. Schnell erregte er große Aufmerksamkeit im Pariser Musikleben.

„Nach meiner Ansicht beruht der besondere Wert der Saxofone in der verschiedenartigen Schönheit ihres Ausdrucks: bald feier-

und den bisher üblichen Blasinstrumenten. Die neuen Instrumente siegten auf ganzer Linie, sowohl von der Lautstärke als auch von der Wetterfestigkeit her, und der König war begeistert. Das Saxofon fand seinen Platz in Militärkapellen.

Frühe Sittenverderberin

Vor 50 Jahren starb die Nackttänzerin Celly de Rheidt

Berlin, 12. Januar 1922, Theater am Zoo: Tusch, Vorhang auf, Auftritt Celly de Rheidt. Es ist jedoch keine reguläre Aufführung, sondern eine Sonderaufführung im Rahmen eines Strafprozesses gegen die Dame mit der Kleiderphobie. Die umstrittene Tänzerin und ihre Elevationen lassen bei ihren „naturalistischen Tanzschöpfungen“ nämlich gerne mal die Hüllen fallen, und so soll nun ein illustres Publikum über Celly & Co. urteilen: Ist das nun Kunst oder verwerflich?

So kommt es, dass an diesem Tag hohe juristische Würdenträger sowie zahlreiche bekannte Persönlichkeiten aus Kunst und Literatur mit entschlossenen Mienen zwecks „Inaugenscheinnahme“ im Kampf gegen die Unmoral angerückt sind und kollektiv die Stirn runzeln. Eine seltsame Vorstellung. „Frau Celly tanzt. Lasst sie doch ruhig tanzen, wo alle Welt sich heute im Tanze wiegt.“

Schon der „Ulk“-Redakteur Josef Wiener-Braunsberg hat die Pose um die mutige Hamburgerin in seinem Gedicht anlässlich des Prozesses entlarvt, ebenso Kurt Tucholsky als Ignaz Wrobel, dem es gleichfalls dämmerte: „Daß auch nur ein einziger Mensch etwa deshalb frommer würde, weil sich Celly de Rheidt an diesem Abend nicht die Hosen auszieht, ist nicht anzunehmen.“ Das Ende vom Tanzlied: Celly wird zu einer Geldstrafe verur-

teilt. Doch das stört sie nur wenig, im Gegenteil: Sie ist sich sicher, dass sich ihre Abendkasse dadurch in Zukunft noch mehr füllt.

Über Cellys Vorleben ist wenig bekannt. Als Tochter eines Altonaer Schiffskapitäns kam sie am 25. März 1889 als Anna Cäcilie Marie Funk zur Welt, der Vater

Celly und Lola Bach gehörten zu den ersten Nackttänzerinnen der frühen Weimarer Republik, die natürlich sofort die einschlägigen Sittenwächter auf den Plan brachten, das Publikum aber in Massen anlockte. Doch nach einer gewissen Zeit stellte sich ein Gewöhnungseffekt ein. Das Publi-



Zog schon vor der legendären Josephine Baker blank: Celly de Rheidt (M.) mit zwei Elevationen

Foto: akg images

erhängte sich, als sie 15 Jahre alt war. 1914 heiratete sie in erster Ehe den zwielichtigen Alfred Seweloh, der später in Berlin wegen Kuppelei verurteilt wurde. Celly hatte schon früh ernsthafte künstlerische Ambitionen, war zudem auch geschäftstüchtig. Die Aufhebung der Zensur nach Ende des Ersten Weltkriegs trieb nun wahrhaft seltsame Blüten in der noch jungfräulichen Republik: Es wurde sich im Namen der Kunst öffentlich entblättert.

kum blieb zunehmend fern, zumal für den Eintritt nicht gerade moderate Preise verlangt wurden. Mitte der 1920er Jahre siedelte Celly nach Wien über. Nach einem gescheiterten Comeback und ihrer zweiten Hochzeit beendete sie ihre kurze Karriere als eine der ersten Nackttänzerinnen Deutschlands und zog sich aus der Öffentlichkeit zurück.

Am 8. April 1969 ist Celly de Rheidt in Hamburg gestorben. *Bettina Müller*

Der Frühling kann kommen

LebensArt-Messe in Kartzow präsentiert Trends der Gartensaison

Das Freiluft-Wohnzimmer steht hoch im Kurs. Sobald im Frühjahr die Temperaturen nur um ein paar Grad steigen, streben alle nach draußen auf die Balkone, Gärten oder öffentliche Parkanlagen, wo dann meist sofort der Grill angeschmissen wird. Primitive Grills haben indes ausgedient, es muss schon ein hochwertiger Alleskönner sein, und auch die Gartenmöbel, auf denen die Grillparty steigen soll, müssen dem neuesten modischen Geschmack entsprechen.

Was die Trends der diesjährigen Außensaison sind, kann man vom 12. bis 14. April bei der LebensArt-Messe im Schlosspark von Schloss Kartzow erleben. In dem 30 Kilometer westlich von Berlin in der Döberitzer Heide gelegenen früheren Rittergut präsentieren 120 Aussteller hochwertiges Mobiliar und ausladende Wohnlandschaften aus Rattangeflecht für den Freizeitarchitekten und blühfreudige Pflanzen für den Hobbygärtner.

Die Farbe des Sommers, so viel sei verraten, ist Tomatenrot. Aber auch Grau- und Beigetöne bekommen mit Accessoires in dem neuen Farbton Koralle eine frische Optik. Tierische Motive, die als Blumenstecker oder Digitalprint auf Kissen und Platzdecken daher kommen, sorgen für ein Augenzwinkern. Besonders angesagt sind in dieser Saison Flamingos und Libellen.

Wie schön ein perfekt angelegter Garten sein kann, zeigt das Pflanzencenter Martin und Michel GmbH aus Wustermark. In einem eigens zur LebensArt angelegten Schaugarten zeigen die Spezialisten auf 160 Quadratmetern Fläche Grünes und Blühendes. Zur praktischen Umsetzung im heimischen Garten bieten sie alle Pflanzen auch im direkten Verkauf an. Eine Vielzahl weiterer



Rot ist die Farbe des Sommers

Fachgärtnereien bieten zu Beginn der Pflanzzeit jede Menge weiterer Spezialitäten und Raritäten. Das Spektrum reicht hierbei von pflegeleichten Stauden und Kräutern bis hin zu anspruchsvollen Rosen und Formgehölzen.

Multifunktionalität steht auch bei den neuen Grill- und Feuerstellen im Vordergrund. Gartenkamine werden mit zusätzlichen Rosten zum Grill. Feuerstellen, die über eine Grillplatte aus Eisen verfügen, sorgen für kulinarische Höhepunkte. Neben den klassischen Holz- oder Kohle-Grills bringen emissionsfreie Gasgrills

das Gourmet-Erlebnis sogar auf den Stadtbalkon.

Der Trend vom einfachen Grillen zum Feinschmecker-Barbecue setzt sich dabei auch in den Zutaten fort: Edle Sensorten und außergewöhnliche Gewürze, feine Essigsorten und aromatische Öle aus dem Mittelmeerraum gehören unbedingt dazu. Vom italienischen Mandelgebäck bis hin zu Weinen und Spirituosen kann nahezu alles vor dem Kauf verkostet werden.

Großes Interesse findet auch die Sonderausstellung TierArt, die im Vorjahr erstmals Teil der LebensArt war. Von der artgerechten Ernährung über hochwertige Accessoires wie Leinen und Körbchen bis hin zur Tierfotografie reicht das umfangreiche Angebot für die vierbeinigen Freunde. Showvorführungen wie Hundefrisbee und sogenanntes Agility-Training – eine Art Hindernisrennen für Hund und Herrchen oder Frauchen – sorgen für Unterhaltung. Musik, Kleinkunst verbunden mit einer hochwertigen Gastronomie runden das Einkaufserlebnis im Freien ab.

Die LebensArt im Schlosspark von Schloss Kartzow ist von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt für Erwachsene beträgt acht Euro. Kinder bis einschließlich 15 Jahre erhalten freien Eintritt. Weitere Infos unter (0451) 89906456 oder im Internet unter www.lebensart-messe.de. *H. Tews*

Deutsche Vielfalt in St. Petersburg

Lange bevor globalistisch geprägte Zeitgenossen das Wort „Vielfalt“ in einen Kampfbegriff umwandelten, gab es eine solche kulturelle Vielfalt im russischen Reich. Menschen verschiedener Nationen trugen mit dazu bei, dass das ländlich geprägte Zarenreich zu einer Großmacht wurde. Darunter auch Deutsche.

Vergöttert von den sogenannten Westlern, verteuft von den Slawophilen hinterließen die Deutschen viele Spuren in der Wirtschaft, Kultur – und im Zarenhof. Im früheren Zentrum der russischen Macht, in St. Petersburg, befand sich denn auch die größte deutsche Gemeinde. Rund 50 000 Deutsche sollen dort gegen Ende des 19. Jahrhunderts gelebt haben, rechnet Christian Neef in „Der Trompeter von Sankt Petersburg – Glanz und Elend der Deutschen an der Newa“ nach.

In seinem auf fundierter Recherche beruhenden Buch erinnert der Russlandkenner und frühere „Spiegel“-Korrespondent exemplarisch an das Schicksal einer Handvoll Deutscher, die voller Hoffnungen nach Russland gekommen waren, ehe sie die Folgen der Oktoberrevolution mit voller Macht und zum Teil am eigenen Leib zu spüren bekamen. Im Mittelpunkt dieser biografischen Reise steht der Blasmusiker und Komponist Oskar Böhme, der mangels Aussicht auf ein erträgliches Engagement in seiner Heimat 1898 sein Glück als Kornettist in St. Petersburg suchte.

Neef liefert jedoch keine plumpe Künstlerbiografie ab. Ihm geht es darum zu zeigen, wie Böhme und andere Deutsche in den Strudel der stalinistischen Säuberungen gerieten. Böhme steht dabei stellvertretend für viele zum Tode verurteilte Künstler. Immer eng an Archivmaterialien orientiert verfolgt Neef das Leben Böhmes bis zu dessen Verbannung nach Orenburg an der kasachischen Grenze wegen angeblicher Konspiration mit den „Volksfeinden“. Das Ende Böhmes dokumentiert der Autor anhand von offenbar manipulierten Verhörprotokollen des NKWD, aus denen hervorgeht, dass Böhmes Todesurteil schon vorher feststand.

Als Deutsche wurden auch die Nebenpersonen dieses Buches verfolgt. Das Brüderpaar Karl und Otto Kirchner, das in beider Fabrik nach der Revolution die Zarenmotive beliebter Abreißkalender abrupt in jene der Arbeiterführer umwandeln musste, wurde als Kapitalisten von der eigenen Belegschaft angefeindet. Beide verloren ihre Fabrik, konnten aber nach Berlin fliehen. Enteignet wurde auch der Apotheker Pöhl, an dessen altem Geschäft in St. Petersburg heute immerhin wieder der Name an ihn erinnert. Für den Untergang der evangelischen Gemeinde der Stadt steht der baltendeutsche Pastor Eduard Maas, der sich mit seiner Familie früh nach Tilsit absetzen konnte, wo später sein Enkel Armin Mueller-Stahl geboren wurde, der als Schauspieler berühmt werden sollte.

Neef porträtiert diese Schicksale mit viel Liebe zum Detail. Zu diesem Zweck vergrub er sich tief in die Archive und wälzte alte Tageszeitungen. So erfährt man en passant, dass am Tage von Böhmes Ankunft in Orenburg in dortigen Theater Gogols „Revisor“ auf dem Spielplan stand.

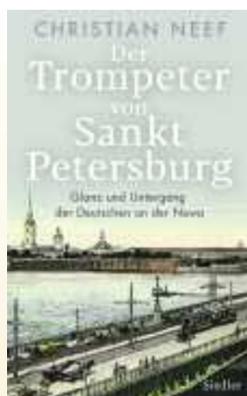
Eindringlich aber beschreibt er, wie die Deutschen während Stalins Terrorherrschaft verfolgt wurden, „nur weil sie Deutsche“ waren. So erging es auch Peter Amman, einem Opfer der Zwangskollektivierung auf dem Land. Wie Böhme landete er auf der sogenannten Deutschenliste. Beide wurden 1938 erschossen, wobei Böhme lange Zeit als verschollen galt. Erst 1995 konnten seine Todesumstände aufgeklärt werden.

Die Schilderungen der Verhaftungswelle erinnern an die Judenverfolgung in Deutschland, wenn gleich sie nicht dasselbe Ausmaß erreichten. Während man aber hierzulande weiter am Aufarbeiten der eigenen Geschichte ist, tun sich die Russen schwer damit. Neef erwähnt, dass im Zuge von Gorbatschows Perestroika Böhme im Jahr 1989 rehabilitiert wurde. Es klingt, als hätten die Rus-

sen damit einen Schlusstrich unter ihre eigene Geschichte des „Großen Terrors“ ziehen wollen.

Man muss Neef dafür dankbar sein, dass er mit seinem bis 1938 erzählendem Buch das Schicksal der Deutschen in St. Petersburg der Vergessenheit entrissen hat. Dazu hat er ein faktenreiches Buch vorgelegt, das sich in einem Rutsch lesen lässt, und Porträts geschaffen, die in einen spannenden historischen Kontext gebettet sind. Man kann die Russen nur bedauern: Mit Stalins Verfolgungskampagne gegen Deutsche haben sich die Russen selbst ein Bein gestellt und großes, vielfältiges Potenzial vernichtet.

Laut Neef haben die St. Petersburger immerhin einem Deutschen ein Denkmal gesetzt: dem aus Schlesien stammenden Fotografen Carl Bulla, dessen Schwarz-Weiß-Fotos der Stadt im Buch abgebildet sind. *Harald Tews*



Christian Neef: „Der Trompeter von Sankt Petersburg – Glanz und Untergang der Deutschen an der Newa“, Siedler Verlag, München 2019, gebunden, 384 Seiten, 28 Euro

Zum Nachdenken

Ja, auch dieses Buch ist bei Amazon käuflich zu erwerben und widerspricht damit seinem eigenen Anliegen. „Schnauze, Alexa! Ich kaufe nicht bei Amazon“ von Johannes Bröckers gibt einen Einblick in die Abläufe des Online-Giganten Amazon. Der lange Buchtitel enthält noch den Zusatz „Vorsicht! Dieses Buch liefert überzeugende Argumente“. Das aber stimmt nur zum Teil.

Jeder weiß, dass Amazon keine Sozialeinrichtung ist und möglichst viel Gewinn erzielen möchte. Wie der Journalist und Marketingberater argumentiert, geht jedoch ein Stück weit an der Lebenswirklichkeit vorbei, was man eben daran sehen kann, dass sein Verlag einen Verkauf über Amazon nicht ausdrücklich ausgeschlossen hat. Auf der anderen Seite

muss man dem dünnen und kleinformatischen Büchlein zugutehalten, dass es den Leser aufrüttelt und dieser seine Gewohnheit, alles – vom Rasenmäher bis zum Liter Milch – via Internet bei Amazon zu kaufen, ändern soll.

Aufgebaut ist die Streitschrift in sechs inhaltliche Kapitel, daran anschließend eine Literaturliste mit nur vier Titeln, dafür aber einer umfangreichen Linksammlung.

Bröckers beschränkt sich in seinem Text jedoch nicht auf den Ansturm auf Amazon, sondern bezieht in seine Überlegungen auch die Automatisierung des Alltags ein. Eine Wohnstätte war früher einmal ein Rückzugsort, heutzutage ist man nirgends mehr allein, überall hört einer oder etwas mit.

Gerade bei diesem Thema gibt es zwei Lager, und der Autor will im Leserkreis, zumindest wäre das zu wünschen, eine Debatte anstoßen. Jedenfalls bietet das Buch Gesprächsstoff, und das ist immer gut. *C. Rinser-Schrut*

Gefahren der Automatisierung



Johannes Bröckers: „Schnauze Alexa! Ich kaufe nicht bei Amazon“, Westend Verlag, Frankfurt am Main 2018, broschiert, 94 Seiten, 7,50 Euro

Zwei geniale Werke über das grandiose Scheitern des Kommunismus

Heute zählt Andrej Platonow zu den Klassikern der russischen Literatur. Zu Lebzeiten galten seine Werke als „inakzeptabel“ und duften nicht gedruckt werden. Die Helden würden nicht als „Revolutionäre“, sondern als „komische Käuze und Halbverrückte“ wahrgenommen, urteilte der berühmte Maxim Gorkij über Platonows Erstlingswerk „Tschewengur“. Der Autor selbst sah sein Werk mehr als Dokument über die Anfänge der kommunistischen Gesellschaft.

Sowohl die Handlung als auch die Sprache, die sich durch bewusst merkwürdig verdrehte grammatische Konstruktionen oder wie im zweiten Roman „Die Baugrube“ durch eine Vermischung von neuem „Sowjetsprech“, vermischt mit bäuerlichen Redewendungen und

religiösen Symbolen auszeichnet, wirken parodistisch, besonders, wenn deutlich wird, dass die Bevölkerung die ideologischen Begriffe nicht versteht. Es entsteht eine Sinnentleerung gepaart mit überraschenden und fantastischen Wendungen der Handlung.

Platonow, der selbst aus einfachen Verhältnissen stammte, war als junger Mann ein glühender Anhänger der Revolution. In den 20er Jahren erlebte er während seiner Tätigkeit als Inge-

nieur für Bewässerungstechnik und Elektrifizierung jedoch, wie sehr das Land unter Armut und Rückständigkeit litt. Diese Erkenntnis

schlug sich in seinen Werken nieder.

„Tschewengur“ deutet Skepsis gegenüber der Kollektivierung und

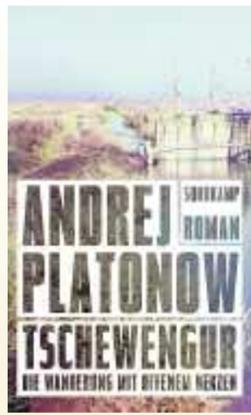
totalitären Erscheinungen des Kommunismus an. Der Roman spielt zur Zeit des ersten Fünf-Jahresplan. Die Helden Sascha Dwanow und der überzeugte Kommunist Kopjonkin, der mit seinem Pferd „Proletarische Kraft“ auf der Suche nach Rosa Luxemburgs Grab ist, begeben sich in die Steppe, in der die glückliche Zukunft des Kommunismus bereits begonnen haben soll. Da in der Stadt niemand so genau weiß, wie der Kommunismus funktioniert, wer-

den sämtliche Bauern vertrieben und bisherige Landstreicher angesiedelt. Sie ruhen sich aus, denn in Tschewengur arbeitet die Sonne, die zum Weltproletariat erklärt worden war. Gearbeitet wird nur sonnabends. Risse bekommt die schöne, heile Welt, als ein Kind stirbt, obwohl doch der Kommunismus angebrochen ist.

In der „Baugrube“ geht es um das Scheitern – ein „gemeinproletarisches Haus“ wird nie fertiggestellt. Was sich in der Baugrube ereignet, spiegelt sinnbildlich ein soziologisches Abbild der jungen Sowjetgesellschaft wider.

Platonows Hauptwerke „Tschewengur“ und die „Baugrube“, entstanden von 1926 bis 1927, wurden in der Sowjetunion aber erst 1988 veröffentlicht.

Manuela Rosenthal-Kappi



Andrej Platonow: „Tschewengur. Die Wanderung mit offenen Herzen“, Suhrkamp Verlag, Frankfurt 2018, gebunden, 580 Seiten, 32 Euro



Andrej Platonow: „Die Baugrube“, Suhrkamp Verlag, Frankfurt 2016, gebunden, 240 Seiten, 24 Euro

Keine Ahnung vom normalen Leben

Viele Deutsche erkennen ihr Land seit einiger Zeit nicht mehr wieder. So auch Erik Flügge, Geschäftsführer einer Beratungsgesellschaft in Köln und bekenndes SPD-Mitglied. Der musste sich seine Frustration nun in dem Buch „Deutschland, du bist mir fremd geworden“ von der Seele schreiben. Dabei kommt höchst Merkwürdiges zutage:

Dem smarten Yuppie, der viel im Lande unterwegs ist, machen nämlich nicht etwa die Überflutung mit illegalen Einwanderern und daraus resultierende Sicherheitsprobleme zu schaffen, sondern die Deutschen. Diese seien zunehmend rechts und voller Hass: „Hetzende Spießbürger“ hätten „tausende Anschläge auf Flüchtlingsheime“ verübt, und niemand stoppe diese „Terrorwelle.“ Derlei absurden Behauptungen folgt dann das noch obskurre Kapitel „Als die Kinder foltern lernten.“ Darin polemisiert der

Autor gegen den Nachwuchs der Deutschen, der angeblich mit großer Mehrheit dafür plädiere, mutmaßliche muslimische Terroristen zwecks Aussageerzwingung zu foltern.

Ansonsten sieht Flügge an allen Ecken und Enden „Rechtspopulisten“ im Aufwind, während die Linke in „einer Schweigespirale gefangen“ bleibe. Sobald er selbst sich in den sozialen Medien zu äußern wage, reagiere „ein Mob von Rechten“, der ihm zunehmend Angst einflöße.

Im Prinzip könnte man das Buch des Politikrates, der eine generadezu lachhafte

Realitätsblindheit und Paranoia entwickelt hat, halbgelesen welegen. Wenn da nicht die im weiten Text immer mal durchblitzende Einsicht des Autors wäre, dass die ganze linksgrüne Schickleria, der er mit angehört, vom Leben der „normalen“ Durchschnittsbürger in unserem Land kaum eine Ahnung hat. *Wolfgang Kaufmann*



Erik Flügge: „Deutschland, du bist mir fremd geworden. Das Land verändert sich – und wir uns mit?“, Kösel-Verlag, München 2018, gebunden, 158 Seiten, 18 Euro

Sich und andere schätzen lernen

Im vorliegenden Fall handelt es sich um ein Büchlein, das bequem in die Handtasche passt und die Wartezeit beim Zahnarzt, in der Bahn oder auf Reisen verkürzt. Die als Ausbilderin, Heilpraktikerin und Dozentin tätige Autorin Doris Huth schrieb den Ratgeber „Wertschätzung. In 30 Minuten wissen Sie mehr“.

Es ist ein Übungsbuch, das man in der genannten halben Stunde leicht durchlesen und durcharbeiten kann. Mithilfe eines Leitsystems wird der Leser durch das Buch geführt, wichtige Informationen sind blau gedruckt, Zusammenfassungen erlauben das Querlesen und am Ende sind jeweils wichtige Aspekte gebündelt. Doch worum geht es eigentlich?

Jeder Mensch möchte wertgeschätzt werden. Es ist sozusagen ein menschliches Grundbedürfnis im privaten Bereich und im Beruf. Die Autorin möchte mit ihrem Buch von der in unserer Gesell-

schaft üblichen, defizitorientierten Perspektive wegkommen, um den Blick im Umgang mit anderen und sich selbst auf eine wertschätzende Grundhaltung zu leiten.

Wertschätzung zeige sich, so die Autorin, durch das grundsätzliche Interesse an anderen Menschen, ihren Meinungen und ihren Anliegen. Es zeige sich in der Achtung der Werte anderer Personen und in einer positiven Grundhaltung, mit der man anderen Menschen wohlwollend und respektvoll gegenübertritt, ungeachtet ihrer Herkunft, Religion oder ihres Status.

Doch Status dem Normal-

bürger oft enge Verhaltensmuster im Wege. Anhand von Checklisten, kleiner Übungen und wertvoller Hinweise wird der Leser in kleinen Schritten auf den richtigen Weg gebracht, und er hat mit dem Büchlein einen fundierten, interessanten und hilfreichen Psychoratergeber in der Tasche.

Silvia Friedrich



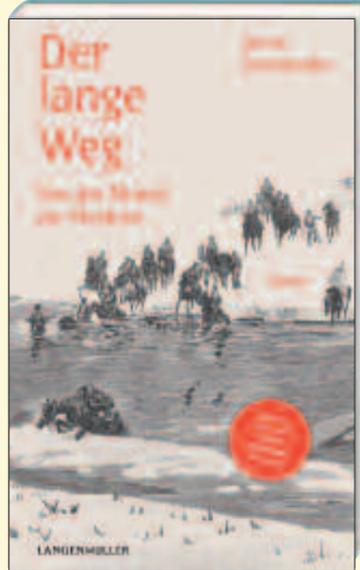
Dörthe Huth: „30 Minuten Wertschätzung“, Gabal Verlag, Offenbach 2019, broschiert, 96 Seiten, 8,90 Euro



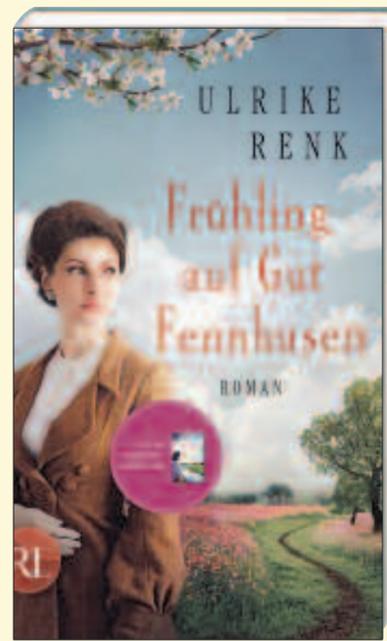
Harald Jähner
Wolfszeit
 Deutschland und die Deutschen 1945-1955
 Ausgezeichnet mit dem Preis der Leipziger Buchmesse 2019
 Harald Jähners große Mentalitätsgeschichte der Nachkriegszeit zeigt die Deutschen in ihrer ganzen Vielfalt: etwa den „Umerzieher“ Alfred Döblin, der das Vertrauen seiner Landsleute zu gewinnen suchte, oder Beate Uhse, die mit ihrem „Versandgeschäft für Ehehygiene“ alle Vorstellungen von Sittlichkeit infrage stellte; aber auch die namenlosen Schwarzmarkthändler, in den Taschen die mythisch aufgeladenen Lucky Strikes, oder die stilleren Hausfrauen am nicht weniger symbolhaften Nierentisch der anbrechenden Fünfziger. Das gesellschaftliche Panorama eines Jahrzehnts, das entscheidend war für die Deutschen und in vielem ganz anders, als wir oft glauben. 480 Seiten
 Nr. P A1360 Gebunden mit Schutzumschlag 26,00 €



Hans-Peter Hahn und Peter Körner
CD – Ostpreußischer Humor – Wenn bis weit nach Mitternacht der Lorbeer beim Marjellchen wacht
 Auf der Bühne hört man das Ostpreußische nur noch selten, aber wenn man es hört, dann ruft es Schmunzeln und Lachen hervor. Man wird sich nicht nur gern erinnern, sondern vor allem mit einem Augenzwinkern köstlich unterhalten. Einige Lieder wurden von den beiden Künstlern extra für dieses Hörbuch vertont. (Gesamtspielzeit: 133 Minuten)
 Nr. P 533147 Doppel CD 14,95 €



Arno Surminski
Der lange Weg
 Von der Memel zur Moskwa
 Ostpreußen im Jahr 1812. Martin Millbacher, Sohn eines Bauern an der Memel, lässt sich vom Glanz der Armee der „Zwanzigsprachigen“ verführen und zieht mit westfälischen Kanonieren für Napoleon in den Krieg. Er hofft auf Abenteuer und reiche Beute, doch sein Weg nach Moskau und zurück hält anderes für ihn bereit. Er gerät in die Schlachten von Smolensk und Borodino, erlebt die Feuersbrunst von Moskau und schließlich das massenhafte Sterben an der Beresina wie im litauischen Wilna. Sprachgewaltig erzählt Arno Surminski vom Schicksal des jungen Ostpreußen in den Wirren des napoleonischen Russlandfeldzugs. Sein Roman ist lebendige Geschichte, nicht aus der Sicht von Generälen und Monarchen, sondern aus der Perspektive der einfachen Soldaten. Kein Ruhmesblatt für die Herrscher, die für die Kriege verantwortlich sind ... 400 Seiten
 Nr. P A1380 Gebunden mit Schutzumschlag 24,00 €



Ulrike Renk
Frühling auf Gut Fennhusen
 Roman – Die Ostpreußen-Saga Teil 5
 Ostpreußen, 1926: Endlich ist der Frühling da. Bevor Frederike im Herbst die höhere Töchterschule besuchen wird, will sie das Leben auf dem Land noch einmal in vollen Zügen genießen. Mit ihrem Lieblingssperd Caramell unternimmt sie lange Ausritte oder verbringt ihre Zeit im Stall, schließlich werden dieses Jahr gleich drei Fohlen erwartet. Als ihre beste Freundin Thea zu Besuch kommt, scheint das Glück perfekt. Doch mit dem Müßiggang ist es nun vorbei, denn auf Gut Fennhusen soll ein Fest vorbereitet werden, das es so noch nie gegeben hat ... Eine zauberhafte Frühlingsgeschichte, die auf wahren Begebenheiten beruht. 224 Seiten
 Nr. P A1349 Gebunden 12,00 €



Wieder erhältlich
Sonderpreis € 9,99
Deutscher Schulatlas
 Reprint der Berliner Originalausgabe von 1910
 Dieser ursprünglich im Jahre 1910 erschienene Schulatlas beruht auf der 50. Auflage des Deutschen Schulatlases. Er bietet mit über 121 Haupt- und Nebenkarten einen umfassenden Überblick über Deutschland und die Welt zum Zeitpunkt des Erscheinens des Atlases im Jahr 1910. Große Deutschlandkarten, Karten zu Deutschlands Kolonien, Europa und verschiedene Weltkarten vermitteln einen übersichtlichen Eindruck der Welt vor dem 1. Weltkrieg. Ergänzt wird der Atlas durch einen Schulplan Berlins im Maßstab 1:20.000. Format 25 x 30 cm. 48 Seiten
 Nr. P 9965 Gebunden mit Schutzumschlag 9,99 €



Naturbersteinohrstecker mit verziertem Goldrand
 Ein Begleiter für jeden Tag und passend zu vielen Ketten und Anhängern. Die Naturbersteinohrstecker haben einen Durchmesser von circa 1 Zentimeter.
 Nr. P A1295 Ohrstecker 25,00 €



Fritz Baumgarten
Das Blumenelfchen (Format 27 x 21 cm)
 Das Blumenelfchen ist erwacht und hat die Blüten aufgemacht. Klingling, da läutet vor dem Haus die gute Milchfrau Miesemaus! Ein Bilderbuchklassiker des berühmten Bilderbuchillustrators Fritz Baumgartner, dessen Bilderbücher Millionenaufagen erreicht haben. 24 Seiten
 Nr. P A1135 Gebunden 8,95 €



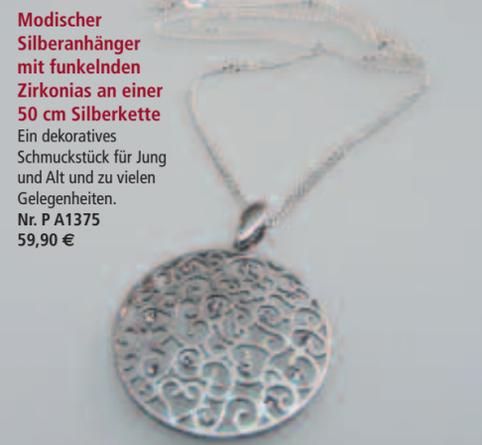
Manika Lemanova und Zdenek Miler
Der Maulwurf und das Osterfest
 Wie der Maulwurf und seine Freunde Ostern verbringen, erfährt man in diesem wunderschön illustrierten Bilderbuch mit festen Pappbilderbuchseiten. 12 Seiten
 Nr. P A1252 Gebunden 5,95 €



Naturbersteinohrhänger in Tropfenform
 Verschluss aus Silber (Höhe ca. 2 cm)
 Nr. P A1294 25,00 €



Die Welt hebt an zu singen – Geschichten und Gedanken aus Schlesien
 Schlesien verzaubert zu jeder Jahreszeit, das macht dieses christliche Jahreslesebuch deutlich. Es sammelt frische Geschichten und Gedichte von so bekannten Autoren wie Angelus Silesius, Joseph von Eichendorff, Gustav Freytag und Jochen Klepper, die zwischen Oder, Weichsel und dem Riesengebirge entstanden sind, und zeugt so an jedem Tag des Jahres von der einzigartigen Schönheit dieses Landstrichs. 128 Seiten.
 Nr. P A1033 Gebunden 9,95 €



Modischer Silberanhänger mit funkelnden Zirkonias an einer 50 cm Silberkette
 Ein dekoratives Schmuckstück für Jung und Alt und zu vielen Gelegenheiten.
 Nr. P A1375 59,90 €



Fritz Baumgarten
Schnatterich und Puttiputt (Format 27 x 21 cm)
 Herr Schnatterich, der Enterich, sagt: Puttiputt, so geht das nicht! Willst du in deinen jungen Tagen dich hier mit Eierlegen plagen? Komm mit, wir ziehen in die Welt! Sollst sehen, wie dir das gefällt! Fritz Baumgarten, der ein umfangreiches Werk hinterlassen hat, gehört zu den bekanntesten deutschen Kinderbuchillustratoren. 24 Seiten
 Nr. P A1256 Gebunden 8,95 €



Sonderpreis 12,90 €
Holzkestchen Königsberger Marzipan Teekonfekt
 200 Gramm vakuumverpackt
 Nr. P 5653 Marzipan 15,90 € / 12,90 €

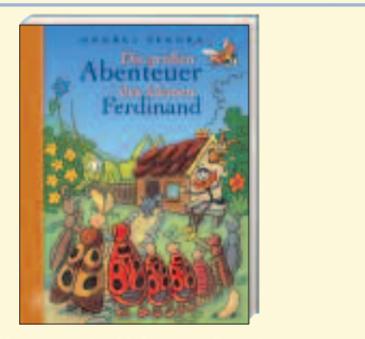


Osternest mit 7 Eiern
 7 gefüllte Ostereier im Osternest ohne Alkohol in einem hübschen langgestreckten Osternest.
 115 Gramm
 Nr. P A0342 Osternest 5,99 €



Sonderpreis € 9,95
 Horst Seeger/Egbert Herfurth (Illustrator)
Die große Liedertruhe
 Schöne alte und neue Volkslieder
 288 Seiten/Gebunden
 Nr. P A1247 9,95 €

Die „Liedertruhe“ ist ein Fundus voll großer Gefühle und Heimatverbundenheit. Sie enthält über 220 der schönsten und bekanntesten deutschen Volkslieder. Mit Noten und vierfarbig illustriert. Volkslieder lassen die Jahreszeiten erklingen und führen uns durch die Natur. Sie berichten von Liebe und Freundschaft, Abschied und Sehnsucht. Und sie begleiten uns durch die festlichen Stunden des Jahres. Mit sämtlichen Noten und den farbigen Illustrationen von Egbert Herfurth ist dieser Klassiker unter den Liederbüchern ein wahrer Schatz für Groß und Klein, der zum Blättern und Mitsingen einlädt!



Ondrej Sekora
Die großen Abenteuer des kleinen Ferdinand
 Was der Ameisenjunge Ferdinand zusammen mit seinen Freunden Fräulein Siebenpunkt, Frau Grille oder dem Käfer Tollpatsch zu Lande, zu Wasser und in der Luft erlebt, ist spannend, lustig und manchmal ganz unerhört ... 176 Seiten
 Nr. P A1253 Gebunden 14,90 €



Sonderpreis 13,50 €
Holzkestchen Königsberger Marzipan „Königsberger Schloss“
 200 Gramm vakuumverpackt
 Nr. P 5654 Marzipan 16,50 € / 13,50 €



Königsberger Marzipan-Herz
 Schwermer Marzipan-Herz einzeln in Cellophanfolie verpackt
 25 Gramm gefülltes Marzipan mit Zuckerguss in der Mitte. Das Marzipan-Herz der Coniserie Schwermer aus Königsberg in Ostpreußen ist auch eine traditionelle Muttertagsgabe.
 Nr. P 5659 Marzipan-Herz 1,50 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:
RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg
 GmbH & Co. KG
 Beethovenstraße 5 B
 97080 Würzburg
 Telefon 09 31/ 46 58 89-12
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

MELDUNGEN

Japan wird nationaler

Tokio – Wenn am 1. Mai der japanische Kaiser Akihito den Thron für seinen Sohn Naruhito räumt, wird traditionsgemäß auch ein Motto für die neue Regentschaft gewählt. Die Regierung des Kaiserreichs entschied sich für „Reiwa“, was in etwa „Schönes Zusammenleben“ bedeutet. Erstmals seit 1300 Jahre bezieht sich der Titel nicht auf die chinesische, sondern auf die japanische Literatur, was Beobachter als Symbol für die Rückkehr zu eher national gesinnter Politik deuten. *H.H.*

»Brexit gut für die Briten«

Berlin – Der Wirtschaftsexperte Bernd Stelter bezweifelt, dass der Brexit Großbritannien in die Krise führen wird. In einem Gastbeitrag für den „Focus“ schreibt er sogar, dass die Deutschen sich in zehn Jahren möglicherweise wünschen würden, selbst auch aus der EU ausgetreten zu sein. Während London mehr Freiheit gewinne, bleibe Deutschland in einem Netz aus Umverteilung und Stagnation gefangen. *H.H.*

ZUR PERSON

Komiker spielt den Präsidenten

Russlands Präsident Wladimir Putin reibt sich bestimmt schon die Hände. Sollte am Ostermontag in der Ukraine bei der Stichwahl zur Präsidentschaft zwischen dem bisherigen Amtsinhaber Petro Poroschenko und dem Komiker **Wladimir Selenskij** der Neuling gewinnen, könnten im Kreml die Krimsektorknallen knallen. Mit einem politischen völlig unerfahrenen Staatschef in Kiew wird Moskau im umkämpften Donbass leichtes Spiel haben.

Dass Selenskij als Favorit in die Stichwahl einzieht – er hatte die Vorwahl mit deutlichem Vorsprung sowohl vor Poroschenko als auch vor Polit-Veteranin Julia Timoschenko gewonnen –, ist eine Sensation. Allein das Versprechen, die Korruption zu bekämpfen, genügt offenbar, um die Wähler zu begeistern. In der Rolle des Präsidenten kennt ihn das Volk bereits aus einer Fernsehserie. Seit 2015 mimt er einen ukrainischen Staatschef in der TV-Satire „Diener des Volkes“.

Der 1978 im russischsprachigen Teil der Ukraine als Sohn jüdischer Eltern aufgewachsene Selenskij tourte nach einem Jura-Studium lange Zeit mit einer Komikergruppe durchs Land. Nach der Teilnahme an der ukrainischen Version von „Let's dance“ wurde er ein Serienstar beim Fernsehsender 1+1.

Weil dieser Sender vom Oligarchen Igor Kolomojskij geleitet wird, sehen Kritiker in Selenskij nur eine Marionette dieses von Israel aus agierenden Multimilliardärs. Selenskij streitet dieses ab, hält sich für unabhängig, lässt aber meist andere aus seinem Kompetenzteam für sich sprechen, darunter einen ehemaligen Finanz-, einen Wirtschaftsminister sowie einen Majdan-Kämpfer. Wohl auch, weil er des Ukrainischen nicht mächtig ist. Er lernt die Sprache gerade erst, so wie er auch Politik lernen muss, sollte er als Präsident gewählt werden, um Putin die Stirn zu bieten. *H. Tews*



Krafftutter

Besser verbieten

Wie man der Opposition das Geld wegnimmt, was wir von Stalins Schauprozessen lernen, und wovor Johannes Kahrs Angst hat / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

„Bühl, habe ich noch Geld?“, fragt der melancholische Kurfürst seinen Kanzler. „Majestät müssen nur befehlen!“, erwidert der durchtriebene Technokrat voll glitschiger Geschmeidigkeit. Es ist eine Schlüsselszene der genialen DEFA-Fernsehproduktion „Sachsens Glanz und Preußens Gloria“ aus den 80er Jahren – damals der absolute Renner für alle geschichtsinteressierten Deutschen, und zwar beiderseits der Zonengrenze.

Das waren noch Zeiten! Nein, nicht die 1980er mit ihrer elenden Zonengrenze, sondern das 18. Jahrhundert, in dem die Serie spielt. Wie alle absoluten Herrscher seiner Epoche konnte August III., König von Polen und Kurfürst von Sachsen, mit den sauer verdienten Steuergroschen seiner Untertanen tun, was er wollte.

Es war nämlich „sein“ Geld, gehörte der Institution des Monarchen, der darüber nach Belieben verfügen durfte. Der Kurfürst investierte vor allem in Kunst und stieg so zum bedeutendsten Mäzen seiner Zeit auf, der Sachsen in einem Glanz erstrahlen ließ, in dem sich noch heute ganz Deutschland sonnt.

Dass es sich beim Steuergeld um das Geld des Volkes handelt, darauf wäre zu Augusts Tagen nicht einmal sein bereits von allerhand fortschrittlichen Ideen infizierter preußischer Vetter in Berlin gekommen. Das sollte sich erst im Laufe des folgenden Jahrhunderts ändern, was den Herrschen immer anstrengender gemacht hat. In den Demokratien müssen die Regierenden dem misstrauischen Pöbel fortlaufend erklären, dass sie die Knete nur zum Besten der Bürger ausgeben. Grässlich, dieser quälende Rechtfertigungsdruck!

Doch keine Not währt ewig. So ist auch die gute alte Vorstellung vom Steuergeld als Eigentum der „Institution“ ins politische Denken zurückgekehrt. Diese Neubesinnung soll nun auch praktische Konsequenzen haben, mahnt der Kandidat der europäischen Christdemokraten und Konservativen für das Amt des EU-Kommissars, Manfred Weber, an. Er will, dass Parteien, die der EU feindlich gegenüberstünden, von der öf-

fentlichen Parteienfinanzierung aus dem Topf der Europäischen Union abgeschnitten werden. Es gebe schließlich „keine Institution auf der Welt, die so naiv ist, ihre eigenen Gegner zu finanzieren“, so Weber zur Begründung.

Das klingt logisch, sofern man das demokratische Gewäsch vom Steuergeld als Geld der Bürger fortwischen, wonach die „Institution“ bloß Treuhänder, aber keineswegs Eigentümer der staatlichen Kassen ist.

Die „staatliche“ Parteienfinanzierung, ob auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene, funktioniert derzeit proportional nach dem Wahlergebnis. Sprich: Die Bürger veranlassen durch ihre Wahlentscheidung selbst, wie viel jede Partei bekommen soll.

Wenn es nach Weber geht, soll dagegen nicht mehr der Wähler, sondern die „Institution“ der Herrschenden entscheiden, wer Geld bekommt und wer nicht. Und klar: Die ist doch nicht so naiv und pöppelt ihre eigenen Kritiker! Parteien dagegen, die auf Linie sind, bräuchten dann nur noch zu befehlen. Sie können ihre eigenen Zuschüsse in alle erdenklichen Höhen schrauben, ohne befürchten zu müssen, dass auch die gegnerische Seite davon profitiert.

Am einfachsten wäre es natürlich, gegnerische Parteien einfach zu verbieten. Vor so ein Verbot hat der Gesetzgeber während seiner demokratischen Irrfahrt Richtung „Rechtsstaat“ jedoch unerträglich hohe Hürden gesetzt. Die Voraussetzung für das Verbot besteht darin, dass die Partei aktiv und kämpferisch als Verfassungsfeind vorgehen muss. Ehe das bewiesen werden kann, muss erst geprüft werden, ob man offiziell überhaupt den Verdacht erheben darf. Steht der „Verdachtsfall“, wird die verdächtige Partei unter Beobachtung gestellt.

Erhärtet die Beobachtung den Verdacht, können die Mächtigen im Staate einen Verbotantrag stellen. Doch ob der vor Gericht durchkommt, ist dann immer noch offen. Diesen Zirkus hat Jo-

hannes Kahrs gründlich satt. Er will das künftig alles in einem Abwasch erledigen lassen. Die AfD müsse überprüft, dann beobachtet und schließlich verboten werden, in einem einzigen „Dreisatz“, wie der SPD-Haushaltspolitiker seinen Exekutionsplan nennt.

Dieser stürmische Elan nötigt Respekt ab. Wie der steile Kahrs die einzelnen Instanzen und Entscheidungsfundungen schwungvoll in einem Zug abhakt! Es schmeckt nach dem Rezept jener eindrucksvollen Schauprozesse des 20. Jahrhunderts. Damals hat man zwar penibel die Regularien eingehalten, um den Eindruck eines offenen Verfahrens zu erwe-

cken. In Wahrheit jedoch stand das Ergebnis von vornherein fest: **A n k l a g e, Schuldspruch, Hinrichtung** – man könnte es auch „Dreisatz“ nennen.

Zwischen Augusts Verständnis von Staatskasse und den Schauprozessen bei Stalin, Hitler und Co. liegen fast zwei Jahrhunderte. Johannes Kahrs ist Manfred Weber – historisch gesehen – also eindeutig voraus. In dem CSU-Politiker Weber spiegelt sich bloß das wider, was wir früher die „Arroganz der Macht“ nannten. Heute reden wir lieber nicht mehr so. Man würde uns als Gegner der „Institution“ abstempeln und damit zum „Feind der Demokratie“ erklären, was heikel werden könnte.

Kahrs ist schon weiter. Bei ihm tritt die ausgeprägte Paranoia zutage, welche alle Herrscher umtreibt, die sich vor dem Volk ängstigen, weil sie erkennen, dass sie gescheitert sind. Solche Herrscher fürchten, dass die Herde sie zum Teufel jagt, sobald die ganze Wahrheit über ihr Versagen ans Licht drängt. Also schwingen sie die Knute immer hysterischer und trachten danach, jede noch so kleine Zusammenrottung von Kritikern auseinanderzujagen.

Ist die Paranoia denn gerechtfertigt? Es sieht leider ganz so aus: Die Sozialdemokraten des Johannes Kahrs stehen vor einem unlösbaren Desaster. Sie haben alles gegeben, um von ihrem Versagen

abzulenken, sie haben mit vollen Händen Zusatzrenten unter Volk gestreut und weitere Geldgeschenke ins Fenster gestellt, haben gegen private Wohnungsgesellschaften gehetzt, um den Sozialneid der eingeschüchterten Mieter und verzweifelten Wohnungssucher zu entzünden und so neues Feuer unter dem Parteikessel zu entfachen.

Alles umsonst. Nach einem kurzen Aufflackern der Umfragewerte schwinden die Zahlen schon wieder dahin. Die Wähler spielen nicht mehr mit. Wo die Vertreter der SPD hinkommen, wollen die Leute von ihnen wissen, warum die Politik unter Mittäterschaft der Sozis mit der „Energiewende“ die Stromkosten immer höher treibt, obwohl das doch vor allem die „kleinen Leute“ trifft. Warum sie die Grenzen offenhält, obwohl die Probleme mit den Parallelschichten in den Gegenden am ärgsten drücken, in denen die einstigen SPD-Wähler wohnen. Warum SPD-Regierungen ganze Stadtviertel für Asylsucher bauen, während einheimische Arbeiter nicht wissen, wohin.

Keiner von diesen Idioten möchte mit den engagierten Sozialdemokrat*innen stattdessen über die wirklich wichtigen Fragen sprechen wie Eisbärenpopulation, Kampf gegen Rechts oder Gendersternchen. Ja, nicht einmal Diversität, Unisex-Toiletten oder klimaschonende Ernährung interessieren dieses Pack, von „Mehr Europa“ oder „Deutschland braucht mehr Zuwanderung“ ganz zu schweigen.

Was macht man, wenn die Herde wegzulaufen droht? Wenn Knute und Drohungen nicht mehr helfen, vergattert man den Ausweg, dann müssen die Viecher ja dableiben, ob sie wollen oder nicht. Wo die früheren SPD-Wähler diesen Ausweg gefunden haben, können wir an den Wahlbezirksergebnissen der Großstädte ablesen: Sieht's heute besonders blau aus, war hier früher mit Sicherheit SPD-Land.

Kahrs will mit dem AfD-Verbot übrigens gleich noch eine weitere Fliege töten: Thilo Sarrazin empfiehlt er, die SPD zu verlassen und der „Alternativen“ beizutreten. Super: Den hätten wir dann sozusagen gleich mit verboten.

MEINUNGEN

Rainer Wendt, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoG), kommentiert auf Facebook (27. März) die jüngste **Massenschlägerei** auf dem Berliner **Alexanderplatz**:

„Wenn Hunderte junge Männer, nahezu ausnahmslos mit ‚Migrationshintergrund‘, sich ‚versammeln‘, um ihre Feindschaft zu pflegen und notfalls mit Gewalt auszutragen, ist niemand zu sehen derjenigen, die uns ständig den Unfug von ‚Bereicherung‘ oder ‚Vielfalt durch Zuwanderung‘ erzählen wollen. Die sitzen dann entspannt beim Latte Macchiato in ihren dekadenten Luxusquartieren und plaudern über die nächsten Kurztrips mit Flugzeug, die sie planen, um sich ‚selbst ein Bild vom Klimawandel‘ zu machen.“

Nathan Warszawski erklärt im Portal „Freie Welt“ (29. März), von wo der **liberalen Demokratie** seiner Meinung nach wirklich **Gefahr** droht:

„Europa wird weniger von Migranten bedroht, als von seiner politischen Reaktion auf die Migration und die kulturelle Vielfalt. Schlecht angepasste Einwanderer sind eine Belastung für den Staat und eine Gefahr für die Sicherheit aller seiner Bürger. Ohne gemeinsame Identität gibt es keinen gemeinsamen liberalen demokratischen Staat.“

Frank Richter, Polizeipräsident in Essen und Mülheim, charakterisiert die **kriminellen Zweige kurdisch-arabischer Großfamilien im Gespäch** mit dem „Focus“ (28. März)

„In diesem Bereich ist die Integration voll gegen die Wand gefahren, weil sich viele dieser Leute gar nicht eingliedern wollen. Diese Menschen sehen den Staat nur als Beute an. Das gilt nicht für alle, aber zumindest für einen Teil. Nach unseren Erhebungen weisen diese Familien im Schnitt acht Kinder auf. Viele von ihnen leben offiziell von Hartz IV, da kommen mal schnell 5000 Euro pro Monat zusammen. Das ist die legale Grundlage, aber das reicht den kriminellen Familienzweigen nicht aus.“

Durch die **Benachteiligung** in der **Sozialversicherung zahlten Eltern je Kind insgesamt 50000 Euro mehr an den Staat, als sie von diesem bekämen**, sagt **Klaus Geiger** in der „Welt“ (1. April) und **wundert sich, warum gegen diese Ungerechtigkeit niemand aufbegehrt**:

„Die freie Welt diskutiert seit Jahren über die Gleichstellung von Frauen und von Homosexuellen. Viele Menschen waren in diesen Kämpfen sehr mutig ... Eltern aber werden bis heute durch Recht und Gesetz benachteiligt. Sie kämpfen kaum je einmal für die Verbesserung ihrer Lage. Nie gab es eine große Bürgerrechtsbewegung der Väter und Mütter.“

Jürgen Fritz ergründet in seinem Blog „JFB“ (28. März) den **Urgund der ideologischen Verblendung** und **kommt zu folgendem Schluss**:

„Ideologisch Verblendete haben nichts gegen Parteilichkeit an sich, sie haben nur etwas gegen Parteilichkeit, welche gegen sie gerichtet ist, und sie haben etwas gegen Unparteilichkeit. Solche können sie meist gar nicht verstehen. Das ist für sie etwas völlig Fremdes, auch kaum Nachzuvollziehendes.“